

USA: Adventisten begrüßen neues Gesetz zur Förderung internationaler Religionsfreiheit

Wie die Kommunikationsabteilung der Weltkirchenleitung der Siebenten-Tags-Adventisten (*Adventist News Network, ANN*) mitteilte, unterzeichnete Präsident Obama den Gesetzesentwurf am 16. Dezember nach einem fünfjährigen Verfahren, welches das Gesetz unter der Bezeichnung „Frank R. Wolf International Religious Freedom Act“ durchlaufen hatte. Das Gesetz ist nach dem ehemaligen US-Kongressabgeordneten Frank Wolf benannt, der sich über 20 Jahre lang für den Schutz religiöser Minderheiten auf der ganzen Welt eingesetzt hatte.

Laut ANN stärkte das neue Gesetz das Gewicht von Fragen der Religionsfreiheit innerhalb der US-amerikanischen Außenpolitik. So sei ein Training bezüglich Religionsfreiheit für alle Diplomaten vorgeschrieben, ebenso die weltweite Beobachtung religiöser Unterdrückung. Auch werde die Bedeutung des Sonderbotschafters für internationale Religionsfreiheit erhöht.

Reaktion der Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten

Dr. Ganoune Diop, Abteilungsleiter der Weltkirchenleitung der Siebenten-Tags-Adventisten für öffentliche Angelegenheiten und Religionsfreiheit (PARL), wies darauf hin, dass es ein Grundanliegen von PARL sei, solche Gesetzgebung zu fördern. Dies sei Teil des über 150-jährigen Einsatzes der Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten, Religionsfreiheit als ein grundlegendes Menschenrecht voranzubringen.

„Als Adventisten glauben wir, dass jeder Mensch unabhängig von seinem Wohnort das Recht hat, nach seinem Gewissen

Gottesdienst zu feiern oder eben auch nicht“, so Dwayne Leslie, stellvertretender Abteilungsleiter von PARL.

Rainer Geschke verlässt Medienzentrum „Stimme der Hoffnung“

Ohne Veränderung keine Bewegung

„Es ist Zeit für Veränderung“, so Rainer Geschke. „Leben ist Bewegung. Bewegung ist Veränderung. Nur wer etwas verändert, kann auch etwas bewegen!“ Im März 2002 nahm er, damals noch in Darmstadt, seine Tätigkeit als Rechnungsführer bei der „Stimme der Hoffnung“ auf und wurde 2010 zum stellvertretenden Geschäftsführer berufen.

Radio und TV mit 24-Stunden-Programmen

In dieser Zeit hat sich das Medienzentrum stark weiterentwickelt. Von 2004 bis 2006 wurde das neue Funkhaus in Alsbach-Hähnlein bei Darmstadt geplant und gebaut. Es folgte die Anerkennung als Ausbildungsbetrieb, und der Internetbereich entwickelte sich. Im Jahr 2008 erhielt das Medienzentrum die Radio-Sendelizenz. Die seit 1948 unter dem Namen „Stimme der Hoffnung“ beziehungsweise „Adventist World Radio“ durchgeführte Radio-Arbeit wurde nun als „Hope Channel Radio“ auf ein 24-Stunden-Programm ausgeweitet. 2009 folgte der Erwerb der Fernsehlizenz und der Start von „Hope Channel Fernsehen“, ebenfalls mit 24-Stunden-Programm.

Zum nunmehr europäischen Medienzentrum der Freikirche der

Siebenten-Tags-Adventisten gehören, neben „Hope Channel“ Radio und Fernsehen, die Internet- und EDV-Dienstleistungen sowie die Audio- und Video-Produktionen „Adventist Media Services“, die Blindenhörbücherei, das „Hope Bibelstudien-Institut“, ein christlicher Medienshop sowie die Bildagentur „ChurchPhoto“. Weitere Informationen unter www.stimme-der-hoffnung.de

Groß denken auch bei kleinen Anfängen

„Rainer Geschke hat entscheidend die Entwicklung des Medienzentrums mitgestaltet“, betonte der Geschäftsführer der „Stimme der Hoffnung“, Klaus Popa. Sein Motto sei stets gewesen: „Denke so groß, wie möglich, und fange so klein an, wie nötig.“ Geschke habe immer dazu ermutigt, sich nicht von Umständen einschränken zu lassen. „Sein Wunsch war stets, dass Menschen erfahren und erleben, dass Gott gütig ist und sie liebt.“

Ab dem 1.1.2017 wird Rainer Geschke seine neue Tätigkeit als Chefbuchhalter der Zusatzversorgungskasse und Immobilienverwaltung für die Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten in Deutschland in Hamburg antreten.

Weltfriedenstag 2017: „Gewaltlosigkeit – Stil einer Politik für den Frieden“

Gewalt ist immer ein Übel

„Die christliche Botschaft ist von allem Anfang an gewaltkritisch gewesen, auch wenn kirchliche Verkündigung und

Praxis diesen Impuls Jesu nicht zu allen Zeiten genügend wirksam gemacht haben mögen“, so der Vorsitzende der römisch-katholischen Deutschen Bischofskonferenz, Kardinal Reinhard Marx, in seinem Geleitwort. Gewalt, selbst wenn sie von ihren Zielen her gerechtfertigt sei beziehungsweise als „ultima ratio“ möglicherweise unumgänglich erscheine, stelle stets ein Übel dar. „Denn über Zerstörung und Tod hinaus prägt sie die Einzelnen wie die Völker auf lange Frist“, so der Kardinal. „Und gerade so gebiert Gewalt immer neue Gewalt. Diesen Kreislauf zu durchbrechen, ist das Ziel und das Programm einer Politik der Gewaltfreiheit.“ Auf allen Ebenen, im lokalen, nationalen und globalen Kontext, sei eine solche Politik deshalb gefordert. Es gehe darum, die Gewaltverhältnisse und die ungerechten Strukturen, die Gewalt hervorrufen können, Schritt für Schritt und immer neu auszutrocknen.

Gewaltfreie Friedenspolitik

Mehrere Beispiele für Gewaltlosigkeit als politische Praxis werden in der Arbeitshilfe vorgestellt. So beschreibt der Generalsekretär der Gemeinschaft Sant'Egidio mit Sitz in Rom, Dr. Cesare Zucconi, wie seine Organisation in verschiedenen Krisen- und Kriegsgebieten über viele Jahre hinweg „mit Geduld und Diskretion Beziehungen zu verschiedenen Akteuren des öffentlichen Lebens“ aufgebaut hat. Beispielsweise habe Sant'Egidio nach Einschätzung vieler Experten in Mosambik einen wesentlichen Anteil am Zustandekommen des Friedensvertrages gehabt, durch den ein 15-jähriger Bürgerkrieg beendet werden konnte. Winfried Nachtwei, langjähriges Mitglied des Deutschen Bundestages und Experte für Friedens- und Sicherheitspolitik, beschreibt zivile Konfliktbearbeitung als einen elementaren Baustein deutscher Friedenspolitik. Die Wirkung eines solchen Bausteins im Kontext christlicher Entwicklungszusammenarbeit wird von Sandra Koch, die derzeit als Fachkraft im „Zivilen Friedensdienst“ in Sierra Leone aktiv ist, mit einem Bericht aus ihrer Praxis veranschaulicht.

Gewaltprävention und Achtung der Menschenrechte

In einem kirchen- und zeitgeschichtlichen Rückblick auf die vergangenen 50 Jahre zeichnet Professor Dr. Ulrich Ruh, Theologische Fakultät der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg, Grundlinien und Entwicklungen des kirchlichen Friedensdenkens seit der Einführung des Welttags des Friedens durch Papst Paul VI. nach. Er stellt dabei auch die Bedeutung der großen Friedensschriften der katholischen deutschen und US-amerikanischen Bischöfe aus den Jahren 1983 und 2000 für die internationale Debatte heraus. Der Sozialethiker Professor Dr. Thomas Hoppe, Helmut-Schmidt-Universität der Bundeswehr in Hamburg, erläutert die Bedeutung von Instrumenten der Gewaltlosigkeit für die Überwindung struktureller Gewalt. Bischof Dr. Stephan Ackermann (Trier), Vorsitzender der Deutschen Kommission Justitia et Pax, beschreibt das Verhältnis zwischen Gewaltprävention und Achtung der Menschenrechte. Er macht deutlich, wie sehr es „in unserem Interesse liegt, die Kraft des Rechts, die Orientierung an Menschenrechten und Menschenwürde als große Leistung anzuerkennen, die nicht zuletzt Voraussetzung dafür ist, Konflikte ohne die Anwendung von Gewalt zu lösen“.

Durch interreligiöse Zusammenarbeit zum Frieden

Ausgehend von der alttestamentlichen Geschichte von Kain und Abel erläutert Professorin Dr. Ilse Müllner, Institut für Katholische Theologie der Universität Kassel, in einem bibeltheologischen Beitrag Gewaltunterbrechung als biblischen Weg zum Frieden. Texte aus Beirut und Jerusalem zur interreligiösen Zusammenarbeit als notwendige Bedingung für den Frieden regen zum Nachdenken über den Umgang zwischen Menschen verschiedener Religionszugehörigkeiten an. Der Präsident des Zentralkomitees der deutschen Katholiken, Professor Dr. Thomas Sternberg, Katholisch-Theologische Fakultät der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster, reflektiert in seinem Beitrag die Handhabung von Proteststimmungen in der deutschen Politik. Daneben bietet die Arbeitshilfe auch Anregungen für Gottesdienste und

Gebetsstunden.

Die Arbeitshilfe Nr. 291 „Gewaltlosigkeit – Stil einer Politik für den Frieden“ kann als pdf-Datei heruntergeladen werden unter:

http://www.dbk-shop.de/index.php?page=product&info=25848&dl_media=25225

Spanien: Adventistische Studentin erhält Umweltpreis

Für ihre Forschung über die „Auswirkungen von kontrolliertem Verbrennen auf physikalische, chemische und mikrobiologischen Aspekte von Erdboden“ wurde Pereira in Spanien ausgezeichnet. Der Preis sei die Initiative einer internationalen Stiftung zur Erforschung von Feuerökologie und Feuermanagement, teilte die Kommunikationsabteilung der teilkontinentalen Kirchenleitung der Siebenten-Tags-Adventisten in West- und Südeuropa mit Sitz in Bern (EUDNews) mit. „Ich war überrascht und fühle mich zugleich sehr geehrt“, sagte Pereira. Jede Sekunde im Labor und in der Feldforschung habe sich gelohnt. Janielle Pereira ist Mitglied der Freikirche Siebenten-Tags-Adventisten in Santo Antônio, Brasilien.

Im Rahmen des brasilianischen Regierungsprogramms „Wissenschaft ohne Grenzen“, zeigte Pereira bei der Vorstellung ihres Projekts in Spanien auf, wie organisches Material durch Brände verloren geht. Ihre Studie weise auf die Schäden durch Brände hin, die nicht nur die Biodiversität und das Ökosystem betreffen, sondern auch die Bodenerosion

erhöhen, die Luftqualität mindern, sowie andere ökologische Schäden verursachen. In Brasilien ist es laut EUDNews immer noch üblich, den Boden durch Brände für den Anbau vorzubereiten. Die Studie biete Anlass, diese Praxis zu überdenken.

Adventisten verurteilen Gewalttat in Berlin

„Mit Entsetzen und Trauer haben wir gestern Abend die Nachricht vom Anschlag auf einen Weihnachtsmarkt in Berlin aufgenommen. Heute müssen wir uns der grausamen Realität stellen. Wir leiden mit den Angehörigen der Opfer und beten für sie. Wir bangen mit den Verletzten und bitten Gott um Stärke und Weisheit für alle, die sich ihrer annehmen“, so Pastor Scholz.

„Mit Entschiedenheit distanzieren wir uns von denen, die diese schreckliche Tat dazu benutzen, gegen Menschen zu hetzen, die als Schutzsuchende in unser Land gekommen sind“, teilte der Kirchenleiter mit. „Stattdessen wollen wir uns von dem Wort des Apostels Paulus leiten lassen: ‚Lass dich nicht vom Bösen überwinden, sondern überwinde das Böse mit Gutem.‘ (Römer 12, 21). Das Kommen Gottes in die Welt, das Christen zu Weihnachten feiern, begründet unsere Hoffnung, dass Terror und Gewalt nicht das letzte Wort haben werden. Dieser Hoffnung mit Worten und Taten Raum zu geben, ist das Gebot der Stunde.“

**Aktionsbündnis „Gemeinsam für Flüchtlinge“ und Advent-
Wohlfahrtswerk**

Auch der Leiter des Aktionsbündnisses der Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten „Gemeinsam für Flüchtlinge“, Pastor Michael Götz, verurteilte „diese entsetzliche, sinnlose Tat auf das Schärfste.“ „Wir trauern mit den Menschen, die den Verlust ihrer Angehörigen beklagen müssen. In unseren Gedanken und mit unseren Gebeten sind wir bei allen, die durch diesen Anschlag verletzt worden sind und um ihr Leben ringen. Wir danken Rettungskräften und Polizei für den professionellen Einsatz und wünschen ihnen Kraft und Besonnenheit für ihren verantwortungsvollen Dienst“, so Götz in einer Stellungnahme des Aktionsbündnisses.

„Fassungslos müssen wir hinnehmen, wie mitten in das Leben und die Freude auf das bevorstehende Weihnachtsfest als Feier des göttlichen Lichtes und des geschenkten Lebens die Dunkelheit des Bösen und teuflischer Hass einbrechen“, teilte Pastor Lothar Scheel, Bundesgeschäftsführer des Wohlfahrtswerkes der Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten in Deutschland, mit. „Aber anstatt Hass mit Hass zu beantworten und Gewalt mit Gewalt, hören wir nicht auf, Lichter gegen die Dunkelheit anzuzünden“, so Scheel. „Wir trauern um die Opfer und hoffen für die Verletzten auf baldige Genesung. Ihnen sowie ihren Angehörigen gilt unsere aufrichtige Anteilnahme. Wir wünschen Ihnen über allen Schmerz, über Trauer und Wut hinweg Kraft und Zuversicht.“

Krankenhaus Waldfriede in vorsorglicher Alarmbereitschaft

Da am 19. Dezember um 20:40 Uhr die Vorkatastrophenwarnung vom Senat Berlin ausgelöst wurde, sei auch das adventistische Krankenhaus Waldfriede als Notfallkrankenhaus in Alarmbereitschaft gewesen, teilte Vorstand und Geschäftsführer Bernd Quoß mit. Um 22.00 Uhr sei zusätzlich noch eine Terrorwarnung dazu gekommen.

Alle Ärzte, Pfleger, Funktionspersonal und sonstige Mitarbeiter wären zu diesem Zeitpunkt schon in der Lage gewesen, die ersten Opfer zu versorgen, so Quoß. Zahlreiche Mitarbeiter hätten sich freiwillig von zu Hause aus gemeldet,

ob sie den Dienst aufnehmen sollten, da keiner zu diesem Zeitpunkt das Ausmaß der Gewalt kannte.

Da Waldfriede aber nicht im unmittelbaren Umfeld des Anschlages liege und die Verletzten durch nahegelegene Krankenhäuser versorgt werden konnten, musste kein Patient in Waldfriede aufgenommen werden, berichtete Quoß.

Veranstaltungen von Adventgemeinden in Berlin

Morgen, am 21. Dezember, um 17.30 Uhr, lädt die Adventgemeinde Berlin-Lichtenberg, Pfarrstraße 132, zu einem Gedenk- und Fürbittgottesdienst ein. Der Abend steht unter dem Leitmotiv „Der Kriegsbogen soll zerbrochen werden, denn er wird Frieden gebieten den Völkern“ (Sacharja 9,10).

Am Donnerstag, den 22. Dezember um 19:00 Uhr lädt die Adventgemeinde Berlin-Spandau, Tiefwerder Weg 5-7, zu einem Gedenk- und Fürbittgottesdienst ein.

Kolumbien: 600 Fahrräder für Schüler aus bedürftigen Familien

Die Initiative „Räder für Bildung“ habe ihre Jahresaktion in einer der von Trockenheit am meisten betroffenen Regionen in Nordkolumbien mit der Übergabe der Fahrräder abgeschlossen, teilte die nordamerikanische Kirchenzeitschrift Adventist Review (AR) mit.

„Diese Aktion hat große Auswirkungen in dieser bedürftigen

Kommune gehabt“, sagte Mauricio Buitrago, Jugendabteilungsleiter der Adventisten in Nordkolumbien. Viele der Kinder dort hätten täglich einen Schulweg von drei bis vier Stunden Fußweg auf Naturstraßen bei Wüsten-Klima.

Mehr als 100 Freiwillige, darunter viele Helfer von der Colombia Adventist University, Medellin, und Kirchenmitglieder hätten gut erhaltene Fahrräder gesammelt, repariert und lackiert. Die Initiative „Räder für Bildung“ habe dabei mit dem Sozialdepartement von Uribia zusammengearbeitet.

„Wir sind Gott sehr dankbar für diese hervorragende Initiative der adventistischen Kirche“, sagte Jaineth Daza, eine Leiterin der Sozialarbeit in Uribia. Es gäbe viele Kinder, die keinen Zugang zu Bildung hätten, weil sie über kein entsprechendes Transportmittel verfügten.

Adventisten in Kolumbien

In Kolumbien, mit knapp 49 Millionen Einwohnern, leben rund 250.000 Adventisten, die durch Glaubenstaufe Mitglieder der Kirche wurden. Sie feiern am Samstag (Sabbat), dem biblischen Ruhetag, in 1.586 Kirchengemeinden ihren Gottesdienst, unterhalten 27 Grund- und 23 Sekundarschulen, eine Universität, zwei Altersheime und drei Gesundkostfabriken.

Eigentümerwechsel bei adventistischer Verlagsgruppe

in Lüneburg

Am 14. Dezember 2016 wurde der Verkauf der Geschäftsanteile der Saatkorn-Verlag GmbH an die überregionalen Kirchenleitungen der Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten in Nord- und Süddeutschland (Norddeutscher und Süddeutscher Verband) zu jeweils gleichen Teilen besiegelt.

Ab 1.1.2017 gehört die Verlagsgruppe der Freikirche nun auch rechtlich zu dem Gebiet, in dem sie hauptsächlich tätig ist. Durch die Angliederung an die Freikirche in Deutschland ist eine engere Zusammenarbeit zwischen dem Verlag und der Freikirche möglich.

Saatkorn-Verlagsgruppe Lüneburg

Zur Saatkorn-Verlagsgruppe mit Sitz in Lüneburg gehören der Advent-Verlag in Lüneburg, der Wartberg Verlag in Gudensberg (bei Kassel) und die Christa Medien GmbH. Im Jahre 1895 in Hamburg gegründet, hat der Saatkorn-Verlag eine mehr als 120-jährige Tradition. Im Jahr 1994 hat der Verlag sein historisches Domizil in Hamburg verlassen und ist nach Lüneburg gezogen. Die Verlagsgruppe hat insgesamt etwa 30 Beschäftigte.

Advent-Verlag

Der Advent-Verlag (www.advent-verlag.de) ist der Verlag der Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten in Deutschland. Er gibt Bücher zu folgenden Themengebieten heraus: Orientierung und Lebenshilfe, Erzählungen, Bücher zur Bibel und Theologie. Um die kontinuierliche Herausgabe neuer Bücher zu gewährleisten, wurde 1995 der „Leserkreis Advent-Verlag“ gegründet. Außerdem erscheint dort das *Studienheft zur Bibel*, die Kirchenzeitschrift *Adventisten heute*, die Zeitschrift *Zeichen der Zeit* mit christlichen Inhalten von allgemeinem Interesse und demnächst das neue christliche Magazin *present*.

Wartberg Verlag

Der Wartberg Verlag (www.wartberg-verlag.de) wurde 1984 gegründet als Regionalverlag mit historischen Bildbänden zu lokalen und stadtgeschichtlichen Themen. Er verkauft auch nach Frankreich und Österreich. Mit Buchreihen wie historischen Städtebildbänden, regionalen Farbbildbänden, Freizeitführern und historischen Büchern zu Regionalthemen im gesamten Bundesgebiet, gehört der Wartberg Verlag seit der Jahrtausendwende zur Saatkorn-Verlagsgruppe. Er veröffentlicht jährlich mindestens 100 Neuerscheinungen.

Christa Medien GmbH

Die Christa Medien GmbH (www.christa-medien.eu) vertreibt russischsprachige christliche Literatur in Deutschland. Zum Programm gehören neben Buchklassikern wie Bibeln, einem jährlich erscheinenden Andachtsbuch und einer breiten Palette an allgemeiner christlicher Literatur vor allem Studienhefte zur Bibel und eine missionarisch ausgerichtete Zeitung.

UNO - Sonderberichterstatter für Religionsfreiheit trifft adventistischen Repräsentanten bei der UNO

Ahmed Shaheed (52) war bisheriger UN-Sonderberichterstatter für Menschenrechte im Iran und früherer Außenminister der Malediven. Er löste dieses Jahr den Theologen, Philosophen und Historiker Heiner Bielefeldt als UN-Sonderberichterstatter für Religions- und Weltanschauungsfreiheit ab. Dieser hatte die

Aufgabe 2010 übernommen.

„Ich habe Dr. Shaheeds Arbeit als Sonderberichterstatter für Menschenrechte im Iran verfolgt und mir ist sein leidenschaftliches Engagement für die Verteidigung der Wehrlosen und für jene, die keine Stimme haben, sofort aufgefallen“, sagte Dr. Nelu Burcea. Dieser Eindruck habe sich beim Gespräch mit Shaheed bestätigt. Er begrüße die Möglichkeit mit Shaheed zusammenzuarbeiten, „um die erstrangige Freiheit zu fördern – die Freiheit, gemäß dem eigenem Gewissen glauben und anbeten zu können“, so Burcea.

Er habe Ahmed Shaheed das weltweite Wirken der Kirche der Siebenten-Tags-Adventisten vorgestellt. Ebenso den rund 150-jährigen Einsatz der Kirche, die Religionsfreiheit für alle Menschen zu verteidigen. Gemeinsam hätten sie auch die Herausforderungen für das Anliegen der Religionsfreiheit in verschiedenen Weltgegenden besprochen.

Der Rumäne Nelu Burcea repräsentiert die Kirche der Siebenten-Tags-Adventisten bei der UNO. Er nimmt regelmäßig an Sitzungen des UNO-Menschenrechtsrats in New York City/USA und in Genf/Schweiz teil. Es sei seine Aufgabe, die adventistische Kirche auf der internationalen Bühne bekannt zu machen sowie gute Beziehungen mit jenen aufzubauen, welche die Ziele der Kirche in Bereichen wie Menschenrechte und humanitärer Versorgung teilten, schreibt ANN.

Menschenrechtsblogger eröffnen in Osteuropa länderübergreifende Plattform

Der Anlass für den neuen Menschenrechtsblog seien die gewaltigen Umwälzungen, die vor 25 Jahren Osteuropa erschütterten, so IGFM. Am 8.12.1991 unterzeichneten die Präsidenten Russlands, der Ukraine und Weißrusslands den sogenannten Vertrag von Minsk, in dem die Auflösung der Sowjetunion festgehalten wurde. Die Altlasten von 70 Jahren kommunistischer Diktatur wirkten bis heute nach, erläutert die IGFM. Frühere Funktionäre der Kommunistischen Partei behielten in den Nachfolgestaaten die Macht. Einzelnen sei es gelungen, sich unrechtmäßig große Teile des staatlichen Vermögens anzueignen. Das Fundament für das Fortbestehen von Korruption und Willkür sei damit gelegt worden.

Die Hoffnung, dass diese Probleme doch noch überwunden werden könnten, ruhe laut der Menschenrechtsorganisation auf der jungen Generation. Das Internet sei gegenwärtig „die einzige ökologische Nische der Meinungsfreiheit“ und daher der einzige Boden, auf dem sich die Zivilgesellschaften Osteuropas entwickeln könnten, so die IGFM.

Zur länderübergreifenden Plattform für Menschenrechte, die News auf Deutsch, Englisch und Russisch publiziert:
www.humanrights-online.org

Kroatien: Adventistischer Pastor erhält Menschenrechtspreis 2016

Dr. Matak ist adventistischer Pastor, Theologe und Generalsekretär der kroatischen Gesellschaft für Religionsfreiheit. Im Sommer 2016 war Matak Teil einer Delegation von Kirchenvertretern aus Kroatien, die die religiösen und politischen Führungskräfte im Iran besuchten. In seiner Dankesrede betonte Matak die Notwendigkeit persönlicher moralischer Pflichten um menschliche Freiheit und Religionsfreiheit zu erlangen, so tedNEWS.

Neben Matak wurden noch zwei weitere Personen gewürdigt: Dr. Dubravka Šimonovic, Sonderberichterstatteerin der Vereinten Nationen über Gewalt gegen Frauen, sowie der Journalist Dr. Inoslav Bešker.

Kroatisches Helsinki Komitee

Das verleihende Komitee wurde im März 1993 gegründet, um die Menschenrechte in Kroatien zu schützen und zu fördern. Zuerst Teil der Internationalen Helsinki Föderation wurde das Komitee schließlich im April 2003 als lokale Nicht-Regierungs-Organisation unter kroatischem Gesetz anerkannt.

Adventisten in Kroatien

Die Kirche der Siebenten-Tags-Adventisten umfasst in Kroatien bei rund 4,2 Mio. Einwohnern 2.779 erwachsen getaufte Mitglieder, die samstags (am Sabbat) in 84 Kirchengemeinden Gottesdienst feiern.

Schutz der Religionsfreiheit „politische Notwendigkeit“

„Religionsfreiheit ist ein Menschenrecht, dennoch ist sie weltweit gefährdet. Insbesondere die Lage von Christen hat sich 2016 in vielen Ländern noch einmal verschärft. Sie schützen ist eine politische Notwendigkeit“, betonte der Beauftragte der Deutschen Evangelischen Allianz beim Deutschen Bundestag, Uwe Heimowski. Am 14. Dezember übergab Heimowski die Jahrbücher „Religionsfreiheit 2016“ und „Verfolgung und Diskriminierung von Christen 2016“ an die Abgeordneten des Deutschen Bundestags.

Jahrbücher „Religionsfreiheit 2016“ und „Verfolgung und Diskriminierung von Christen 2016“

Das Jahrbuch „Religionsfreiheit 2016“ enthält Beiträge von Angela Merkel, Volker Kauder, Annette Schawan und Heiner Bielefeldt, dazu Beiträge von Aleviten, Jesiden und Bahai. Das Jahrbuch „Verfolgung und Diskriminierung von Christen 2016“ geht auf die Situation religiöser Minderheiten in deutschen Flüchtlingsunterkünften ein und behandelt als besonderen Schwerpunkt die Länder China, Irak, Iran, Indonesien und Türkei.

Die Jahrbücher werden jährlich von der Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte, dem Internationalen Institut für Religionsfreiheit und den Religionsfreiheitsarbeitskreisen der drei deutschsprachigen Allianzen, der Deutschen Evangelischen Allianz, der Schweizerischen Evangelischen Allianz und der Österreichischen Evangelischen Allianz von Thomas Schirmacher, Max Klingberg und Ron Kubsch herausgegeben.

Die beiden als Wendebuch zusammengebundenen Jahrbücher erschienen am 8. Dezember im Buchhandel. Beide Jahrbücher werden zum Download zur Verfügung gestellt unter: <https://www.bucer.de/institute/iirf.html>

47 neue Studierende in Friedensau im Wintersemester 2016

Fachbereich Theologie

Im Wintersemester 2016/2017 studieren 200 Studierende an der Hochschule. Das Semester begann mit 10 Studierenden mehr als im Vorjahr. 51 Personen sind im Fachbereich Theologie eingeschrieben, 24 davon in einem der zwei Masterprogramme „Master of Arts Theologie“ (M.A. – vier Semester) oder „Master of Arts Theological Studies“ (M.T.S. – englischsprachig, vier Semester). 2016 gab es hier sieben Neuzugänge.

Fachbereich Sozialwesen

Der Fachbereich Christliches Sozialwesen verzeichnet 125 Studierende, davon sind 88 Studierende in einem der vier Masterprogramme eingetragen: „Master of Arts Counseling/Beratung“ (M.A. – vier Semester), „Master of Arts International Social Sciences“ (M.A. – englischsprachig vier Semester), „Master of Arts Sozial- und Gesundheitsmanagement“ (M.A. – berufsbegleitend sechs Semester) und „Master of Arts Musiktherapie“ (M.A. – berufsbegleitend sechs Semester).

Hohe Integration ausländischer Studierender

Den Studienvorbereitungskurs „Deutsch für Ausländer“ belegen 24 Studierende. An der Hochschule studieren momentan 93 ausländische Studierende aus 34 Ländern mit Herkunftsstaaten wie Bangladesch, China, Myanmar und Simbabwe. Dies entspricht einem Ausländeranteil von 47 Prozent. Bereits 2010 hatte die Theologische Hochschule den Integrationspreis der Landesrektorenkonferenz erhalten. Die jährlich vergebene Auszeichnung würdigt Bemühungen um die Integration von ausländischen Studierenden und Wissenschaftlern. Die Landesrektorenkonferenz ist ein Gremium der zehn staatlichen und privaten Hochschulen und Universitäten Sachsen-Anhalts.

Die Theologische Hochschule Friedensau befindet sich in Trägerschaft der evangelischen Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten. Sie wurde 1899 gegründet und erhielt 1990 die staatliche Anerkennung. Weitere Informationen: www.thh-friedensau.de

USA: Adventist zum Minister für Wohnungsbau und Stadtentwicklung nominiert

„Ben Carson hat einen brillanten Geist und ist leidenschaftlich daran interessiert, Gemeinden und Familien in diesen Gemeinden zu stärken“, wird der designierte US-Präsident Trump laut Mitteilung der adventistischen Kirchenzeitschrift „Adventist Review“ (AR) zitiert. „Wir haben ausgiebig über meine Agenda zur Städteerneuerung gesprochen“. „Ben teilt meinen Optimismus in Bezug auf die Zukunft unseres

Landes“. „Er ist ein harter Wettkämpfer, der niemals aufgibt“, so Trump.

Aufgabenbereiche

„Ich denke, dass ich einen entscheidenden Beitrag liefern kann, speziell durch die Stärkung von Gemeinden, die am meisten Unterstützung brauchen. Wir haben viel Arbeit damit, jeden Bereich unserer Nation zu verbessern und sicher zu stellen, dass der Wohnbedarf gedeckt wird“, so Ben Carson nach AR. Das Ministerium für Wohnungsbau und Stadtentwicklung wurde 1965 gegründet und kümmert sich um Wohnbedarf, gerechte Wohnungsbaugesetze sowie darum, dass örtliche Gemeinden in den USA verbessert und gefördert werden. Das Ministerium verfügt laut AR über einem jährlichen Etat von 48 Milliarden US-Dollar (rund 45 Milliarden Euro).

Zur Person

Der Neurochirurg Ben Carson ist Afroamerikaner und leitete bis zu seiner Pensionierung im Jahr 2013 die Abteilung für Pädiatrische Neurochirurgie am Johns Hopkins Krankenhaus in Baltimore. Carson ist in Detroit, Michigan, geboren und aufgewachsen. Er nahm 2015 eine Zeit lang am Auswahlverfahren der Republikaner zur US-Präsidentschaftskandidatur teil.

In seiner Autobiographie „Begnadete Hände“ berichtet er von seiner Kindheit in Armut, die er erfolgreich durch Bildung und großen persönlichen Einsatz hinter sich ließ. 1987 gewann Carson durch die Trennung von siamesischen Zwillingen, die am Hinterkopf zusammengewachsen waren, weltweite Reputation. Seitdem verliehen ihm mehr als 60 Universitäten die Ehrendoktorwürde. 2008 bekam Carson vom damaligen US-Präsident George W. Bush für sein Lebenswerk die „Medal of Freedom“ überreicht, die höchste zivile Auszeichnung der USA. Carson ist verheiratet mit Candy und Vater von drei Kindern. Er ist Mitglied der Spencerville-Adventgemeinde in Silver Spring, Maryland, USA.

Erklärung der Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten

Die Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten tritt für eine strikte Trennung von Kirche und Staat ein. Bereits im Laufe des Vorwahlkampfes zu den Präsidentschaftswahlen in den USA hatte auch die Kirchenleitung in Deutschland eine Erklärung zur „Kandidatur für politische Ämter“ abgegeben. Darin heißt es: „Personen, die für politische Wahlämter kandidieren, werden von der Kirche der Siebenten-Tags-Adventisten darin weder unterstützt, noch gehindert.“ „Persönliche oder religiöse Äußerungen von Kandidierenden im Rahmen des Wahlkampfes werden von der Kirche als deren Meinung eingestuft und nicht kommentiert. Derartige Äußerungen sind nicht mit den Glaubensartikeln oder Auffassungen der Kirche der Siebenten-Tags-Adventisten gleich zu setzen.“

Neuer Vorsitzender der Deutschen Evangelischen Allianz

Der 60-jährige Ekkehart Vetter war in den letzten fünf Jahren schon als 2. Vorsitzender der Deutschen Evangelischen Allianz auch Stellvertreter von Michael Diener. Dem leitenden Geschäftsführenden Vorstand gehört er seit 2008 an; der als Hauptvorstand bezeichneten DEA-Mitgliederversammlung seit 2004. Vetter ist im Hauptamt seit 23 Jahren leitender Gemeindepastor der Ursprungsgemeinde des 1909 gegründeten Verbands in Mülheim/Ruhr. Im Nebenamt leitet er seit 2003 als Präses den freikirchlichen Verband, zu dem derzeit 43 Gemeinden in Deutschland mit rund 4.700 Gemeindemitgliedern

gehören. Ekkehart Vetter ist mit der Theologin und Gemeindereferentin Sabine Vetter verheiratet. Sie haben sechs Kinder und zehn Enkelkinder.

Ein Ehrenamt zu viel

Vetter folgt dem 54-jährigen Präses des Evangelischen Gnadauer Gemeinschaftsverbands, Dr. Michael Diener, Kassel, der sein Amt ein Jahr vor Ablauf der sechsjährigen Wahlperiode zur Verfügung stellt. Seinen Rücktritt hatte er bereits am 1. März 2016 öffentlich bekannt gegeben, nachdem er im Spätherbst 2015 durch die Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland in deren Leitungsgremium, den Rat der EKD, gewählt wurde. Das mit hohem zeitlichem Aufwand verbundene ehrenamtliche Mandat führt Diener neben seinem Hauptamt und einer Vielzahl an weiteren Ehrenämtern in christlichen Werken und Verbänden. Daneben lasse sich aber nicht auch noch der Vorsitz der Deutschen Evangelischen Allianz wahrnehmen, so Diener. Das sei ihm schon vor der Wahl in den Rat der EKD deutlich gewesen.

Die Wahl eines Nachfolgers für Ekkehart Vetter als 2. Vorsitzender der DEA ist für die Frühjahrssitzung 2017 vorgesehen.

Deutsche Evangelische Allianz

Die DEA versteht sich als ein Bund von Christusgläubigen, die verschiedenen christlichen Kirchen, Gemeinden und Gruppen angehören. Als hauptamtlicher Generalsekretär amtiert seit 1. April 1988 Hartmut Steeb, Stuttgart. Der Sitz und die Geschäftsstelle der Deutschen Evangelischen Allianz befinden sich Bad Blankenburg/Thüringen, wo die Bewegung auch das Tagungszentrum „Evangelisches Allianzhaus“ unterhält.

Schweiz: Über 400 bei Flashmob für verfolgte Christen

Auf die Straße in Bern, Genf und Zürich gingen die Teilnehmenden der Aktion, weil sich die Verfolgungssituation von Christen in den vergangenen Jahren in einigen Ländern wesentlich verschärft habe, schreibt die Arbeitsgemeinschaft Religionsfreiheit der Schweizerischen Evangelischen Allianz in einer Medienmitteilung. Hinzu komme, dass Christen, die fliehen, in den Flüchtlingszentren der Aufnahmeländer oft Anfeindungen wegen ihres Glaubens ausgesetzt seien.

„Die Solidarität mit den verfolgten Christen ist wichtig, ebenso das öffentliche Hinweisen auf die groben Menschenrechtsverletzungen, welche diese Menschen erdulden müssen“, sagte Patrick Schäfer, Präsident des Organisationskomitees. Die Aktionen hätten mitten in der Hektik der Adventszeit einen Kontrast gebildet und seien von den Passanten mit Interesse verfolgt worden, so Schäfer.

Kein Fortschritt beim Recht auf Kriegsdienstverweigerung

in Europa

Weiterhin Diskriminierung von Kriegsdienstverweigerern in Europa

Zwei symptomatische Beispiele für diese Beobachtung sieht Schneider in der fortgesetzten Diskriminierung von Kriegsdienstverweigerern in der Türkei und in Griechenland. Seit über einem Jahrzehnt missachte die türkische Regierung das wegweisende Urteil des Europäischen Menschenrechtsgerichtshofes, welches im Januar 2006 dem Kriegsdienstverweigerer Osman Murat Ülke Recht gegeben und die Türkei dazu verurteilt hatte, das Menschenrecht auf Kriegsdienstverweigerung aus Gewissensgründen gesetzlich zu regeln. Griechenland betreffend hätten in den zurückliegenden Monaten drei internationale Menschenrechtsinstitutionen auf schwer wiegende Verletzungen des Rechts auf Kriegsdienstverweigerung hingewiesen. Trotz deutlicher Abmahnungen durch den UN-Menschenrechtsrat, den UN-Menschenrechtsausschuss und den Europäischen Menschenrechtsgerichtshof bleibe die griechische Regierung untätig.

Vergleichbarer Fall, unterschiedliche Handhabung

Als bedenkliche Tendenz beklagt das Europäische Büro für Kriegsdienstverweigerung weiterhin die unberechenbare Situation, der sich Kriegsdienstverweigerer im Asylverfahren ausgesetzt sehen. Vor Verfolgung geflohene Kriegsdienstverweigerer mit vergleichbaren Biografien würden nach Schneiders Aussage das eine Mal anerkannt, ein anderes Mal abgelehnt; je nachdem in welchem europäischen Staat sie ihren Asylantrag eingereicht hatten.

Wenige Lichtblicke

Zu den wenigen Lichtblicken des Jahres 2016 gehöre die Haftentlassung des ukrainischen Kriegsdienstverweigerers Ruslan Kotsaba, der seine Mitbürger dazu aufgerufen hatte, sich dem Brudermord im Ukraine-Konflikt zu verweigern. Nicht

zuletzt dank einer internationalen Solidaritätskampagne habe er das Gefängnis nach 18 Monaten verlassen können. Auch die Anerkennung des Rechts auf Kriegsdienstverweigerung in dem von Kurden kontrollierten Kanton Cizre im Nordosten Syriens, einem Schauplatz des Kampfes mit dem IS, markiere eine positive Entwicklung gegen den vorherrschenden Trend.

Bundesregierung soll aktiv werden

Es ist nach Ansicht Schneiders ein Skandal, dass Mitgliedsstaaten des Europarats, und mit Griechenland auch der Europäischen Union, das Recht auf Kriegsdienstverweigerung völkerrechtswidrig und dauerhaft verletzt, ohne Sanktionen befürchten zu müssen. Die Glaubwürdigkeit der internationalen Menschenrechtsinstitutionen, so der EBCO-Vorsitzende, werde massiv beschädigt, wenn die Umsetzung ihrer Entschlüsse und Urteile nicht erreicht werden könne. Es sei deshalb wichtiger denn je, dass Nichtregierungsorganisationen und Kirchen die nationalen Regierungen an ihre internationale Verantwortung für den Schutz der Kriegsdienstverweigerer erinnern. Auf dem Hintergrund der deutschen Erfahrungen mit Kriegsdienstverweigerung und Zivildienst biete sich hier besonders für die Bundesregierung ein unterstützenswertes Politikfeld an.

Die EBCO-Studie „Kriegsdienstverweigerung in Europa 2016“ ist die derzeit aktuellste und umfassendste Veröffentlichung zum Thema. Ihr englischsprachiger Text kann im Internet unter www.ebco-beoc.org heruntergeladen werden.

Menschenrechtstag: Kirchen zur Unverfügbarkeit der menschlichen Würde

„Die Würde jedes Menschen ist dabei keine Frage von Selbstbestimmung, sondern geht dieser stets voraus. Weil kein Mensch seine Würde selbst garantieren kann, gilt Würdeschutz immer der und dem Anderen. Würdeschutz betrifft alle, überall auf der Welt“, so die drei Kirchen.

Das Ende der Unverfügbarkeit ist der Anfang der Entwürdigung

Die Würde der Menschen und der Kreatur könne gerade nicht gemacht, sondern müsse gelassen – zugelassen – werden. Appelle an die Menschenwürde reichten nicht aus, sondern es sei ein Umdenken angesagt, mit einem entsprechenden Handeln. „Das Ende der Unverfügbarkeit ist der Anfang der Entwürdigung“, schreiben die drei Kirchen.

Verlautbarung zum Menschenrechtstag der christ- und römisch-katholischen sowie der reformierten Kirchen der Schweiz „Zwischen Machen und Lassen“ – Zur Unverfügbarkeit der menschlichen Würde:
http://www.kirchenbund.ch/sites/default/files/media/pdf/themen/menschenrechte/MR_2016/verlautbarung_2016_d.pdf

Adventistischer Theologe zur Menschenwürde: Menschen sind wichtiger als Objekte

Im Februar 2016 sprach Dr. Ganoune Diop, Direktor der Abteilung für Außenbeziehungen und Religionsfreiheit (PARL) der Weltkirchenleitung der Siebenten-Tags-Adventisten im Einleitungsreferat auf dem UNO-„Symposium zur Rolle der Religionen und religiöser Organisationen in internationalen Angelegenheiten“ in New York/USA zur Menschenwürde im Zusammenhang mit religiös motivierter Gewalt.

Extremistische Gewalt werde auch durch eine theologische

Perspektive gefördert, die Ideen oder Gegenstände vor den Respekt und die Achtung anderer Menschen setze, sagte der aus Senegal stammende Theologe. „Menschen sind wichtiger als Kathedralen, Kirchen, Moscheen oder Schreine“, so Diop. Es gehe darum mit Unterschiedlichkeiten würdevoll umzugehen und sich um die „körperliche, emotionale und geistige Unversehrtheit jedes Menschen zu kümmern“. Adventisten hätten von ihrem theologischen Verständnis der Schöpfung einen wichtigen Beitrag zur Förderung der Würde des Menschen zu leisten. Das Geschaffensein des Menschen im Bilde Gottes „gibt uns ein einzigartiges Verständnis der Einheit der menschlichen Familie“, so Diop.

Kulturfreiheit aber keine Religionsfreiheit auf der Arabischen Halbinsel

Konversion von Muslimen streng verboten

Erzbischof Dr. Ludwig Schick, Vorsitzender der Kommission Weltkirche der Deutschen Bischofskonferenz, wies auf die unterschiedliche Lage der Christen in den verschiedenen Staaten der Arabischen Halbinsel hin. „Grundsätzlich muss zwischen den Golfstaaten und Saudi-Arabien unterschieden werden.“ Der Jemen sei aufgrund des Krieges noch einmal eigens zu betrachten. In den Golfstaaten könnten Christen ihren Glauben relativ frei leben: „Es gibt Kulturfreiheit, aber keine Religionsfreiheit“, so Erzbischof Schick. Zur Religionsfreiheit gehöre, dass niemand wegen seines Glaubens

benachteiligt, bedrängt oder verfolgt werden darf. Alle Menschen sollten nach ihrem Glauben leben können. Auch ein Religionswechsel gehöre zur Religionsfreiheit. Doch auf der Arabischen Halbinsel seien ein aktives Werben für das Christentum oder gar die Konversion von Muslimen streng verboten und würden strafrechtlich verfolgt.

In Saudi-Arabien wären die Lebensbedingungen für Christen deutlich schlechter, betonte Erzbischof Schick. Dort dürfe nur der Islam, vorzugsweise in seiner rigoristischen wahhabitischen Auslegung, praktiziert werden. „Schon der Besitz christlicher Kultgegenstände ist verboten.“ Für die geschätzt 1,5 Millionen Christen in Saudi-Arabien gäbe es keine einzige Kirche und die Gläubigen seien gezwungen, sich heimlich in Privathäusern und Hotels zu treffen.

Arbeitsmigranten bilden die christlichen Kirchen

Den meisten Menschen in Deutschland sei nicht bekannt, dass Christen in nennenswerter Zahl auf der Arabischen Halbinsel lebten. Besonders in den Golfstaaten habe sich in den vergangenen Jahrzehnten eine lebendige Migrantenkirche entwickelt, informierte der Erzbischof. Schätzungen gingen davon aus, dass Christen in Oman bis zu vier Prozent, in Katar und in den Vereinigten Arabischen Emiraten neun Prozent, in Kuwait zwölf Prozent und in Bahrain 15 Prozent der Bevölkerung ausmachten. Die Mehrheit der Christen gehöre der römisch-katholischen Kirche an. Die christlichen Kirchen auf der Arabischen Halbinsel bestünden fast ausschließlich aus Arbeitsmigranten, die sich nur für einige Jahre in der Region aufhielten. Die Mehrheit komme aus Indien und von den Philippinen. Daneben bildeten Afrikaner, Christen aus den verschiedenen arabischen Ländern und einige wenige Europäer und Amerikaner die Ortskirchen.

Heimat auf Zeit

Die Christen seien sich darüber im Klaren, dass die Arabische Halbinsel nur „Heimat auf Zeit“ sei, welche sie nach Auslaufen der jeweiligen Arbeitsverträge wieder verlassen müssten. Wie

alle Migranten lebten auch die Christen in einer Art Parallelgesellschaft, die neben den einheimischen Gesellschaften bestehe und kaum Kontakte zu Einheimischen ermögliche, so Ludwig Schick.

Trotz aller Unterschiede von Herkunft, Nationalität und Ritus bildeten die Christen in der Region aufgrund ihres Glaubens eine Gemeinschaft. Die Kirchen seien nicht nur Orte des religiösen Lebens, sie böten auch Freizeitaktivitäten und Hilfe an, den oft sehr harten Arbeitsalltag zu bestehen. „Gerade in der Fremde sind Glaube und Kirche wichtig, um den Menschen Heimat zu geben“, hob der Erzbischof hervor.

Etwa drei Millionen Christen leben auf der Arabischen Halbinsel

Der Apostolische Vikar für das südliche Arabien (Vereinigte Arabische Emirate, Oman, Jemen), Bischof Paul Hinder, berichtete über die Situation vor Ort: „Schätzungen zufolge dürfte die Anzahl der ausländischen Christen auf der Arabischen Halbinsel gegenwärtig bei mindestens drei Millionen liegen. Einheimische Christen gibt es praktisch keine.“ Er erläuterte, dass die Wohnbevölkerung in den Golfstaaten zu einem großen Prozentsatz aus Ausländern bestehe. Die staatliche Haltung gegenüber den Christen schwanke von Land zu Land. „Länder wie zum Beispiel Bahrain, die Vereinigten Arabischen Emirate oder das Sultanat Oman sind recht tolerant.“ In den Vereinigten Arabischen Emiraten existierten acht katholische Pfarreien. 50.000 Gläubige nahmen in Dubai jedes Wochenende an den Messfeiern teil. „Wir sind auf der Arabischen Halbinsel eine Kirche aus Migranten für Migranten. Unsere Vitalität hängt vom außerordentlichen religiösen Engagement der Gläubigen ab“, betonte Bischof Hinder.

Religionspolizei unterbindet Gottesdienste in Saudi-Arabien

Der Direktor des Missionswissenschaftlichen Instituts Missio in Aachen, Professor Dr. Harald Suermann, ging auf die Situation der Christen in Saudi-Arabien ein. Er erklärte, dass Christen nach dem Koran eine geschützte Minderheit seien, die

das Recht habe, ihren Glauben zu leben und eigene Gotteshäuser zu unterhalten. Das werde in Saudi-Arabien jedoch eingeschränkt. „Liturgische Feiern sind dort verboten und können nur privat unter großer Gefahr vollzogen werden. Regelmäßig würden Gottesdienste von der saudischen Religionspolizei, der muttawa, durch Razzien und Verhaftungen unterbunden“, so Professor Suermann. Für viele Christen bleibe nur die Möglichkeit, über Streaming-Angebote im Internet an Gottesdiensten teilzunehmen. Er wies darauf hin, dass innerhalb des saudischen Königshauses um die zukünftige Ausrichtung des Landes gerungen werde. Einerseits gäbe es Strömungen, die sich für gesellschaftliche Reformen einsetzten, andererseits Versuche, die aktuellen Verhältnisse zu stabilisieren. Ob es für die Christen und andere religiöse Minderheiten im Land in absehbarer Zeit zu Veränderungen komme, sei im Moment noch nicht abzusehen.

Arbeitshilfe „Arabische Halbinsel“

In der Arbeitshilfe, die in Berlin der Öffentlichkeit vorgestellt wurde, finden sich zahlreiche Hintergrundinformationen zum Christentum in den verschiedenen Ländern der Arabischen Halbinsel. Neben einem Einführungsartikel des anglikanischen Pfarrers Andy Thompson aus Abu Dhabi, der einen Überblick über die Geschichte des Christentums in der Region vermittelt, gibt es einen aktuellen Bericht von Bischof Hinder über die Lage der Christen im Jemen. Die Situation der Arbeitsmigranten in Oman wird ebenso thematisiert wie die Frage der Religionsfreiheit in Saudi-Arabien. Ein Bericht über einen Besuch auf einem der „Kirchen-Compounds“ an einem Wochenende gibt einen Einblick in die unterschiedlichen christlichen Kirchen, Traditionen und Riten auf der Arabischen Halbinsel. Die Arbeitshilfe kann im Internet unter http://www.dbk-shop.de/de/deutsche-bischofskonferenz/arbeitshilfen/solidaritaet-verfolgten-bedraengten-christen-unserer-zeit-arabische-halbinsel.html?info=25844&dl_media=25216 heruntergeladen werden.

Gebetstag für verfolgte und bedrängte Christen am zweiten Weihnachtstag

Am Gedenktag des ersten christlichen Märtyrers Stephanus, am 26. Dezember, erinnert die römisch-katholische Kirche in Deutschland seit 2012 besonders derjenigen Christen, die heute überall auf der Welt aufgrund ihres Glaubens verfolgt werden. Im Mittelpunkt des diesjährigen „Gebetstags für verfolgte und bedrängte Christen“ stehen besonders die Christen in Saudi-Arabien, die ihren Glauben nur im Untergrund leben können.

EU-Tagung mit religiösen Führungspersönlichkeiten

Bei der Tagung der EU-Kommission sprachen hochrangige Vertreter von Christentum, Judentum und Islam über Migration, Integration und europäische Werte. Im Gespräch mit „Radio Vatikan“ sagte Folger, bei einer solchen Debatte würden sich die religiösen Führungspersönlichkeiten gewissermaßen „in einem Echoraum“ befinden, „wo man mit Gleichgesinnten spricht“. Namentlich christliche Verantwortungsträger hätten aber darauf hingewiesen, dass in ihren jeweiligen Kirchen „auch ganz andere Meinungen“ vorhanden seien. „Es gibt einen Konsens, dass man etwas tun muss und dass die Menschenliebe im Vordergrund stehen soll, aber es gibt keinen Anspruch, dass dieser Konsens auch der Konsens auf der Straße ist“, sagte Oberrabbiner Folger.

Der jüdische Geistliche warnte vor einer kurzfristigen Strategie im Umgang mit der Flüchtlingskrise. Polizeidaten

etwa aus Deutschland und Frankreich zeigten klar, dass nicht die erste Generation, sondern Angehörige der zweiten oder dritten Generation Schwierigkeiten bei der Akzeptanz europäischer Werte hätten und straffällig würden: „Man muss aufpassen: die Integration besteht nicht nur aus der Aufnahme von neuen Flüchtlingen, aus Sprachunterricht und Versorgung mit Arbeit und Dach über dem Kopf. Erst wenn die zweite Generation gut integriert ist, kann man sagen, dass man erfolgreich ist – wenn sich die Leute mit Europa identifizieren und die demokratischen Werte Europas zu ihren eigenen gemacht haben“. Das verlange die richtigen Schritte auf beiden Seiten, von Migranten und Aufnahmeländern, so Folger.

Rechtsextremer, linksextremer und radikalmuslimischer Antisemitismus

Antisemitismus in Europa kommt heute nach den Worten des Oberrabbiners aus verschiedenen Richtungen. Folger unterschied zwischen rechtsextremem, linksextremem und radikalmuslimischem Antisemitismus, „und man soll nicht den einen Antisemitismus allein sehen und die anderen Arten vergessen“. In Papst Franziskus sieht der neue Wiener Oberrabbiner, der seit 1. September im Amt ist, einen sehr guten Verbündeten: „Wir freuen uns sehr über bestimmte Aussagen von Papst Franziskus, die wesentlich dazu beitragen, dass den Menschen bewusst wird, dass der Antisemitismus manchmal breiter ist als man öffentlich berichtet“.

Arie Folger war von 2003 bis 2008 Rabbiner der Israelitischen Gemeinde Basel (Schweiz) und arbeitete danach als Verlagsdirektor des Amerikanischen Rabbinerverbandes. Seit September 2011 war er als Oberrabbiner der Israelitischen Kultusgemeinde München tätig und 2015/2016 als Rabbiner im Dienst der Jüdischen Gemeinde Karlsruhe. Am 1.6.2016 trat er das Amt als Oberrabbiner in Wien an. Er wurde 1974 in Belgien geboren und absolvierte seine Ausbildung zum Rabbiner unter anderem in Wilrijk (Belgien), Gateshead (England) sowie in

Jerusalem und New York. Rabbiner Arie Folger ist verheiratet und hat sechs Kinder.

„Aus der Praxis“: neue TV-Serie im Hope Channel

Das Themenspektrum der TV-Serie „Aus der Praxis“ reicht von medizinischen Inhalten bis hin zu seelsorgerlichen Fragen: „Wie lebe ich mit Krebs?“, „Schilddrüsen-Erkrankungen“ oder „Angstfreies Krankenhaus“ sind einige der Themen, die Anfang Dezember 2016 im Krankenhaus Waldfriede als Sendung aufgezeichnet und ab Februar 2017 auf dem Hope Channel ausgestrahlt werden. Damit wird ein Schwerpunkt des Fernsehsenders zu psychischer und physischer Gesundheit weiter verstärkt.

Krankenhaus Waldfriede

Das Krankenhaus Waldfriede in Berlin ist ein Akutkrankenhaus mit 170 Betten in Trägerschaft der evangelischen Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten. Es ist akademisches Lehrkrankenhaus der Charité und darüber hinaus europäisches Ausbildungszentrum für Operationstechniken in der Koloproktologie.

Hope Channel Deutschland

Hope Channel Deutschland ist einer von mehr als 48 Sendern der gleichnamigen internationalen Senderfamilie. Er gehört zum europäischen Medienzentrum „Stimme der Hoffnung“ der Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten mit Sitz in Alsbach-Hähnlein bei Darmstadt. Mehr Informationen unter:

Geschäftsführer von ADRA Deutschland spricht auf Weltgipfeltreffen der Vereinten Nationen

Partnerschaften in humanitärer Hilfe

Molke ermutigte die anwesenden Vertreter der Weltreligionen und Politiker verschiedener Nationen sowie der Europäischen Union, Partnerschaften in der Humanitären Hilfe einzugehen. Es sei wichtig, erfolgreich umgesetzte Konzepte bekannt zu machen und mehr Einfluss zu nehmen auf die Gesetzgebung, die Entscheider in den eigenen Organisationen oder die Geldgeber.

Auf friedensstiftende Sprache achten

„Religiöse Parolen und Überzeugungen werden oft in kriegerischen Konflikten und Spannungsgebieten missbraucht, um Interessen, die im sozioökonomischen Bereich verwurzelt sind, zu vertreten und Konflikte anzuheizen“, so der ADRA-Geschäftsführer. Da religiöse Leiter mit ihrem Einfluss sowohl ökonomischen als auch sozialen Ungerechtigkeiten durch religiös motiviertes Verhalten begegnen könnten, müssten sie besonders auf eine friedensstiftende Sprache achten und dürften sich nicht für andere Interessen instrumentalisieren lassen.

Weltgipfel für Religion, Frieden und Sicherheit

Der 1. Weltgipfel für Religion, Frieden und Sicherheit (Global Summit on Religion, Peace and Security) fand unter Mitwirkung der Internationalen Vereinigung zur Verteidigung und Förderung der Religionsfreiheit (International Association for the Defense of the Religious Liberty) und dem UN-Sonderberater für die Verhinderung von Völkermord, Adama Dieng, vom 23.-25.11.20016 im Genfer Palast der Nationen statt.

Adventisten in Bangladesch mit Kinderschutzprogramm gegen Kinderehen

Vielfältige Gründe für Kinderheirat

Faktoren für Kinderehen in Bangladesch seien vielfältig und kompliziert, schreibt die nordamerikanische Kirchenzeitschrift „Adventist Review“ (AR). Arme Familien hätten nicht die Finanzen, um sowohl Söhne als auch Töchter zu unterstützen, was dazu führe, dass die Söhne Priorität bei Schulbildung und anderen Privilegien haben. Damit gekoppelt sei die Tradition, dass die Familie der Braut eine Mitgift an den Bräutigam gibt. Je jünger die Braut, desto geringer die Mitgift. Das führe dazu, dass es für arme Familien wirtschaftlicher ist, ihre Töchter früh zu verheiraten.

Negative Auswirkungen von Kinderheirat grösser als erwartete Vorteile

„Innerhalb von ungefähr zwei Jahren nach einer Kinderheirat kehren die Mädchen oft mit einem Kind in ihre Herkunftsfamilien zurück, und damit ist die Familie noch

stärker belastet als zuvor“, teilte Ofelia Raksham, Koordinatorin der adventistischen Nichtregierungsorganisation „Kinderrechte und Kinderschutz“ (CRP) mit. Wenn das Mädchen bei ihrem Mann bleibe, erhöhe dies die Gefahr häuslicher Gewalt.

CRP-Strategie gegen Kinderehen

Es sei Teil der CRP-Strategie über Schulen die Kommunen zu erreichen, berichtete AR. CPR führe in adventistischen Schulen im Land Sensibilisierungsprogramme durch. Missbrauch werde identifiziert, den Kindern werde erklärt, was ihre Rechte seien und wie sie sich gegen Übergriffe wehren könnten.

Adventisten in Bangladesch

In Bangladesch, mit einer Bevölkerung von rund 160 Millionen, gehören 90 Prozent der Einwohner dem Islam an und rund neun Prozent dem Hinduismus. Im Land leben 29.000 Mitglieder der evangelischen Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten. Sie unterhalten 152 Grund- und neun weiterführende Schulen, ein College, eine Klinik und einen Verlag.

Designer mitten im Paradies

Dankbarkeit – Schlüssel für ein glückliches Leben

Harald Glöockler, der neben Mode auch Schmuck, Möbel und Tapeten kreiert, wählte für seine Schubergestaltung den Bibelvers „Du erntest, wo du nicht gesät hast, und du sammelst ein, wo du nicht ausgestreut hast“ (Matthäus 25,24). „Dass Gott da ist, ist für mich definitiv klar. Er ist vorhanden in Form einer großen Liebe“, so der 51-Jährige. Die Bibel sei für ihn ein Ratgeber. „Man findet dort Weisheit, manchmal auch

zwischen den Zeilen“, sagte er bei der Präsentation seiner Schmuckschuber-Edition. Man könne Gott alles sagen was einen bewege. Heilig sei die Bibel nur, wenn sie auch benutzt werde, sonst wäre sie nur eine Dekoration. Mit dem von ihm gewählten Bibelvers wolle Glöckler Menschen aus ihrem trostlosen Alltag herausholen. Bei Gott gebe es keinen Mangel. In der von ihm für den Schuber gestalteten paradiesischen Szene, in die er sich selbst hineingestellt hat, verspürten die Vögel keinen Mangel, denn Gott sorge für sie. Statt sich über Mangel zu beklagen, sollten Menschen bedenken, was sie alles haben. „Wer dankbar ist, hat mehr von dem was er hat“, so der Designer. Dankbarkeit sei der Schlüssel für ein glückliches Leben.

Weitere Schmuckschuber von Künstlern und Prominenten

Künstler und andere Prominente haben weitere exklusive Sammlereditionen im Schmuckschuber gestaltet, informierte der Generalsekretär der Deutschen Bibelgesellschaft Dr. Christoph Rösel. Dazu zählten der Trainer Jürgen Klopp, die Illustratoren Janosch und Peter Gaymann, die Schauspielerin Uschi Glas, Musiker und Kreative wie Klaus Meine von den „Scorpions“, Angelika und Dieter Falk, Wolfgang Dauner und Randi Bubat sowie Joe Hennig. „Wir freuen uns, dass so viele bekannte Persönlichkeiten bereit sind, sich kreativ mit der Bibel zu beschäftigen.“ Ziel sei es, dass diese Ausgaben auch Menschen zur Bibel greifen lassen, die nicht zu den klassischen Bibellesern gehören, so Rösel.

Bereits über 200.000 Exemplare der neuen Lutherbibel verkauft

Die Lutherbibel 2017 erscheint in gedruckten und digitalen Formaten, zum Beispiel als E-Book, App und Computersoftware. Darüber hinaus gibt es die Psalmen der Lutherbibel auch als Hörbuch. Die komplette Hörbibel, gelesen von Rufus Beck, ist im Frühjahr nächsten Jahres erhältlich.

Eingeführt wird die revidierte Lutherbibel gemeinsam von der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) und der Deutschen Bibelgesellschaft. Zehn Jahre dauerte die inhaltliche Bearbeitung von der ersten Anfrage über die Arbeit einer EKD-

Kommission bis zur Drucklegung. Die Lutherbibel 2017 erscheint zum 500. Reformationsjubiläum, das seit dem 31. Oktober diesen Jahres gefeiert wird. Von der Startauflage sind inzwischen mehr als 200.000 Exemplare verkauft.

ADRA Deutschland legt Jahresbericht vor

„Als Teil eines global agierenden Netzwerkes hilft ADRA Deutschland jährlich Millionen Menschen – unabhängig von der ethnischen Herkunft, dem Geschlecht, der Religion oder Weltanschauung, einer Behinderung, dem Alter oder der sexuellen Identität“, heißt es im ADRA-Jahresbericht 2015. „Nothilfe und nahtlose Übergänge zur Selbsthilfe sind in unseren Projekten stets das Ziel für eine langanhaltende Entwicklung“, schreibt der Geschäftsführer von ADRA Deutschland, Pastor Christan Molke, im Vorwort. Viele Aktivitäten seien bestimmt und herausgefordert gewesen durch die weltweite Flüchtlingskrise.

Als Beispiele der Projektarbeit für das Jahr 2015 nennt der Geschäftsbericht: Hilfe für Binnenvertriebene und Frauen im Nordosten Indiens; Umweltschutz und ein gesünderes Leben für Massai-Familien in Tansania; Katastrophenvorsorge in Vietnam; Unterstützung nach dem schweren Erdbeben in Nepal; Unterstützung einer Anlaufstelle für Asylinformationen in Belgrad; Weihnachtspaketaktion „Kinder helfen Kindern“, Freiwilligenprogramme und drei ADRA-Shops in Weiterstadt, Bergisch Gladbach und Lüdenscheid.

Rund 11,5 Millionen Euro hat das Hilfswerk im Jahr 2015 laut Bericht für seine Aufgaben ausgegeben. Dabei schlugen die allgemeinen Verwaltungskosten mit knapp 16,2 Prozent zu Buche, während 82,3 Prozent des Budgets den Entwicklungs- und Hilfsprojekten sowie entwicklungspolitischer Bildung zugutekamen.

Zu den finanziellen Mitteln trugen 2015 im Wesentlichen bei (Zahlen gerundet): 2,8 Millionen Euro aus privaten Spenden; 2 Millionen Euro seitens der „Aktion Deutschland Hilft“; 6 Millionen Euro seitens der Europäischen Union; 1,3 Millionen Euro von der Europäischen Kommission Humanitäre Hilfe (ECHO); 7 Millionen Euro vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung.

Der Jahresbericht 2015 von ADRA Deutschland e. V. kann im Internet unter www.adra.de/geschaeftsberichte heruntergeladen werden.

Asylanträge türkischer Soldaten „wohlwollend prüfen“

Kürzlich war bekannt geworden, dass in Rheinland-Pfalz mehrere türkische Soldaten vom Hauptquartier der NATO-Luftstreitkräfte im pfälzischen Ramstein und auch deren Familienmitglieder in Deutschland Asyl beantragt haben. Über die Gründe der Soldaten und ihrer Familienangehörigen wurde nichts bekannt. Sie dürften aber im Zusammenhang mit der aktuellen politischen Situation in der Türkei nach dem gescheiterten Putschversuch stehen.

„Durch die Rechtsprechung des Straßburger Menschengerichtshofes ist die Kriegsdienstverweigerung aus Gewissensgründen als Menschenrecht anerkannt. Der Schutz Betroffener ist deshalb von den Mitgliedsstaaten des Europarats verbindlich zu gewährleisten“, betonte der EAK-Bundesvorsitzende Dr. Christoph Münchow. Doch das Europaratsmitglied Türkei habe hierzu keine klaren Regeln und Gesetze erlassen. Die Situation von Kriegsdienstverweigerern in diesem Land wäre daher äußerst unsicher. Deshalb sei es nicht zu verantworten, wenn die Soldaten gegen ihren Willen zurück in die Türkei müssten, so Münchow. Deutschland sollte klare Positionen beziehen und Kriegsdienstverweigerern, denen in ihrem Heimatland Verfolgung, Diskriminierung, soziale Ausgrenzung und Gefängnis drohe, Schutz bieten, forderte auch EAK-Geschäftsführer Wolfgang Burggraf.

Die Evangelische Arbeitsgemeinschaft für Kriegsdienstverweigerung und Frieden (EAK) ist innerhalb der „Konferenz für Friedensarbeit im Raum der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD)“ der Dachverband für diejenigen, die in den evangelischen Landeskirchen und Freikirchen für Fragen der Kriegsdienstverweigerung (KDV) und Friedensarbeit zuständig sind.

Kein Asyl in Deutschland für amerikanischen

Kriegsdienstverweigerer

Bereits 2007 desertiert

Der ehemalige US-Soldat Shepherd hatte sich 2007 durch Desertion aus der Kaserne Katterbach bei Ansbach einem Einsatzbefehl als Hubschraubermechaniker für den Irak entzogen. Er befürchtete, unterstützend an Kriegsverbrechen der US-Armee beteiligt zu sein. Darum beantragte er 2008 Asyl in Deutschland, was vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge abgelehnt wurde. Gegen diese Entscheidung klagte er vor dem Verwaltungsgericht in München, welches das Verfahren zunächst aussetzte, bis der Europäische Gerichtshof (EuGH) im vergangenen Jahr entschied, dass die Entscheidung über den Asylantrag bei den deutschen Behörden und Gerichten liege.

Gericht für die Bewertung des Irakkriegs nicht zuständig

Nach Ansicht des Verwaltungsgerichts wäre die Desertion des Klägers nicht das letzte Mittel gewesen, um seine befürchtete Beteiligung an Kriegsverbrechen im Irak zu vermeiden. In einer Pressemitteilung der Kammer heißt es, der Kläger habe sich trotz vorgetragener erheblicher und langjähriger Zweifel an der Rechtmäßigkeit des Einsatzes der US-Streitkräfte im Irak bis zum April 2007 nicht ernsthaft mit der Möglichkeit der Kriegsdienstverweigerung beschäftigt. Auch habe er sonst keine Versuche unternommen, etwa in eine andere Einheit versetzt oder aus den Streitkräften entlassen zu werden. Zudem hätte der Kläger nach Ansicht des Gerichts nicht glaubhaft machen können, dass er bei seinem konkreten weiteren Einsatz im Irak mit hinreichend hoher Wahrscheinlichkeit mit seiner Einheit in die Begehung von Kriegsverbrechen verwickelt worden wäre. Das Verwaltungsgericht habe in diesem Verfahren weder klären müssen, ob der Einmarsch der Koalitionstruppen im Jahr 2003 in den Irak völkerrechtswidrig war, noch, ob die Koalitionstruppen, insbesondere die Streitkräfte der Vereinigten Staaten, Kriegsverbrechen im Irak begingen.

Kläger darf in Deutschland bleiben

Der jetzt 39-Jährige dürfe aber weiterhin in Deutschland bleiben, denn er habe eine von einem Asylantrag unabhängige Niederlassungserlaubnis, so sein Anwalt Reinhard Marx. André Shepherd wird von dem in Offenbach ansässigen Verein „Connection“ (www.connection-ev.org), der sich international für Kriegsdienstverweigerer und Deserteure einsetzt, schon seit Jahren begleitet. Zudem wird er aus dem Rechtsmittelfonds der Menschenrechtsorganisation „Pro Asyl“ unterstützt.

Kritik am Urteil

Beide Organisationen kritisierten das Urteil in einer Medienmitteilung. Es habe sich herausgestellt, dass die fünfköpfige Kammer sich einzig und allein auf die Glaubhaftigkeit des Klägers konzentrierte, Sachverhalte abfragte, die bis zu zwölf Jahre zurückliegen und meinte, das Gewissen des Klägers zu jeder Zeit „messerscharf prüfen“ zu können. Einerseits sei vom Kläger erwartet worden, dass er seine Sicht aus damaliger Situation heraus schildere, andererseits habe das Gericht die von ihm damals getroffenen Entscheidungen aus heutiger Sicht bewertet.

„Würde man den Maßstab des Gerichts anlegen, müsste ein Verweigerer eines völkerrechtswidrigen Krieges oder von völkerrechtswidrigen Handlungen von Anfang an völlig stringent und kompromisslos vorgehen“, beklagte Bernd Mesovic von „Pro Asyl“. Dass sich eine Gewissensentscheidung über längere Zeiträume entwickle, hätte in der Logik des Verwaltungsgerichts keinen Platz gehabt.

„Die Verhandlungsführung war von Voreingenommenheit geprägt“, meinte Rudi Friedrich von Connection e. V. Als Beobachter habe er den Eindruck gehabt, dass die Kammer die Entscheidung und den Asylantrag von André Shepherd völlig abgelöst von der Realität des Krieges im Irak sehen wollte. Der Betroffene sagte nach dem Urteil: „Ich habe von Anfang an umfassend alle wesentlichen Sachverhalte dargestellt. Ich hätte mir gewünscht, das Gericht hätte den schwierigen Weg innerhalb des

US-Militärs, eine meinem Gewissen entsprechende Haltung herauszubilden, gewürdigt.“

Anwalt will in Berufung gehen

„Eigentlich hat das Gericht nur einen Satz im Urteil des Europäischen Gerichtshofes zugrunde gelegt, in dem darauf abgestellt wird, dass hohe Maßstäbe bei Asylanträgen von Soldaten angenommen werden müssten, wenn Sie sich freiwillig zum Militär melden“, erklärte Rechtsanwalt Reinhard Marx im Anschluss an die Anhörung. „So eng interpretiert hätte damit kein Berufssoldat jemals eine Chance Asyl zu erhalten.“ Gegen das Urteil kann der unterlegene Kläger innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe der vollständigen Entscheidungsgründe beim Bayerischen Verwaltungsgerichtshof in München die Zulassung der Berufung beantragen. Rechtsanwalt Marx machte deutlich, dass er für seinen Mandanten eine Berufungsklage vorbereiten werde.

Kriegsdienstverweigerung ein Menschenrecht

„Ich hätte es begrüßt, wenn das Gericht im Verfahren andere Schwerpunkte gesetzt und stärker die Glaubens- und Gewissensfreiheit jedes Menschen unterstrichen hätte“, sagte auch Wolfgang Burggraf, Geschäftsführer der Evangelischen Arbeitsgemeinschaft für Kriegsdienstverweigerung und Frieden (EAK), der als Prozessbeobachter in München war. Es müsse möglich sein, dass Soldatinnen und Soldaten jederzeit einen Einsatz aus Gewissensgründen verweigern könnten. Er hoffe, dass dies in der nächsten Instanz gewürdigt werde. Denn solche Entscheidungen wie eine Kriegsdienstverweigerung oder sogar eine Desertion als letztes Mittel seien mutige persönliche Schritte aus Gewissensnot, die es zu achten gelte. „Kriegsdienstverweigerung ist ein Menschenrecht“, betonte Burggraf.

US-Streitkräfte gehen hart mit Kriegsdienstverweigerern um

Holger Teubert, Leiter des Referats für Kriegsdienstverweigerung der Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten in Deutschland, wies darauf hin, dass es in den

US-Streitkräften kaum Verständnis für Kriegsdienstverweigerer in ihren Reihen gebe. Da in den Vereinigten Staaten die Wehrpflicht schon seit langem ausgesetzt ist, dienen dort nur Freiwillige als Soldaten und Soldinnen. Von ihnen werde daher erwartet, dass sie gegebene Befehle auch befolgen.

Teubert erinnerte dabei an den adventistischen Marineinfanteristen Joel David Klimkewicz. Er war bereits von 1999 bis 2002 Soldat und verpflichtete sich anschließend für weitere zwei Jahre, sodass er zum Corporal (Unteroffizier) befördert wurde. Während dieser Zeit besuchte er an Bord eines Kriegsschiffes die Bibelstunden eines Militärgeistlichen der Siebenten-Tags-Adventisten und schloss sich im Oktober 2002 nach seiner Neuverpflichtung der Freikirche an. Erst allmählich sei ihm bewusst geworden, dass er als Christ keine Waffe in die Hand nehmen könne. Daraufhin teilte er seinen Vorgesetzten mit, dass er ohne Waffe in der Armee dienen wolle. Um zu beweisen, dass er kein Feigling oder Drückeberger sei, meldete er sich zweimal vergeblich zu einem Einsatz im Irak, um dort freiwillig Landminen zu räumen; ein Dienst, bei dem er kein Gewehr hätte tragen müssen.

Doch die Anerkennung als Kriegsdienstverweigerer aus Gewissensgründen wurde im März 2004 abgelehnt. Der Kommandeur des zweiten Pionierbataillons der zweiten US-Marinedivision befahl ihm im Mai 2004 die Teilnahme an einer Waffenausbildung zur Vorbereitung auf einen Irakeinsatz. Nach zweimaliger Befehlsverweigerung wurde Klimkewicz abgeführt und im Dezember 2004 vor ein Militärgericht des Marinekorps im US-Stützpunkt Camp Lejeune, North Carolina/USA, gestellt. Das Gericht degradierte den Unteroffizier zum Gefreiten, verurteilte ihn zu sieben Monaten Gefängnis und verfügte, dass er nach der Haft unehrenhaft aus dem Marinekorps entlassen wird.

Da gegen das Urteil verschiedene Widerspruchsverfahren liefen, kam Klimkewicz bereits am 6. April 2005 vorzeitig aus der Haft frei und wurde unehrenhaft aus dem Militärdienst entlassen. Im Gefängnis erhielt Klimkewicz keinen Sold, sodass er seine

japanische Frau Tomomi und seine damals dreijährige Tochter nicht finanziell unterstützen konnte. Mitglieder der adventistischen Gemeinde in Jacksonville/North Carolina, zu welcher der Verurteilte gehörte, kümmerten sich um die Familie. Erst im Mai 2007 erfuhr Klimkewicz für seine Gewissensentscheidung Anerkennung, indem ein Gericht seine unehrenhafte Entlassung aus der Armee in eine ehrenhafte umwandelte. Nach seiner Entlassung aus dem Gefängnis begann Joel David Klimkewicz mit einem Theologiestudium. Er ist inzwischen ordiniertes Pastor der Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten in den USA und promoviert gegenwärtig in Theologie.

Der Fall Klimkewicz sei durch die Generalkonferenz (Weltkirchenleitung) der Siebenten-Tags-Adventisten weltweit bekannt gemacht worden. Viele Adventisten bekundeten ihm ihre Solidarität und beteten für ihn, so Teubert. Unterstützung erhielt er auch durch das Rechtsberatungsbüro der Generalkonferenz, das einen Prozessbeobachter entsandte, und durch Adventist Chaplaincy Ministries der Weltkirchenleitung zu deren Aufgaben auch die Militärseelsorge gehört. Nach der Verurteilung hatten sich ebenfalls die beiden republikanischen Kongressabgeordneten Dale E. Kildee (Michigan) und Roscoe G. Bartlett (Maryland), die selbst Siebenten-Tags-Adventisten sind, für Klimkewicz eingesetzt.

Das Beispiel zeige laut Teubert, dass es für Militärangehörige in den US-Streitkräften sehr schwer sei mit ihrer Gewissensentscheidung, keine Waffe mehr in die Hand zu nehmen, erstgenommen zu werden. Durch ihren freiwilligen Eintritt in die Armee werde ihnen stattdessen Feigheit unterstellt. Man gehe hart mit ihnen um, damit anderen Soldaten und Soldatinnen klar werde, dass man sich durch Kriegsdienstverweigerung nicht einfach einem Einsatz entziehen könne.

„Der Islam kennt im Grunde das nicht, was wir Religionsfreiheit nennen“

Rom/Italien und Damaskus/Syrien, 18.11.2016 (poi/CBS-KULTUR-INFO/APD) „Der Islam kennt im Grunde das nicht, was wir Religionsfreiheit nennen.“ Dies betonte der syrisch-katholische Erzbischof von Hassake-Nusaybin, Jacques Behnan Hindo, vor den Journalisten, die in Rom zur Präsentation des vom internationalen Hilfswerk „Kirche in Not“ erstellten „Berichts zur Religionsfreiheit weltweit 2016“ gekommen waren. Der Erzbischof erinnerte daran, dass es im Koran viele Verse gebe, welche die Tötung von Nichtmuslimen erlauben. Das Problem sei aber nicht so sehr die Existenz dieser Verse, sondern deren wörtliche Interpretation durch fundamentalistische Muslime.

Diese wörtliche Interpretation werde nicht nur von den IS (Daesh)-Terroristen vertreten, sondern von den meisten der rund 300 bis 400 Rebellen-Organisationen, die gegen die Regierung in Damaskus kämpfen, betonte Behnan Hindo. Die von den Gruppen proklamierte „Treue zum reinen Islam“, vor allem zum kanonischen Recht der „Scharia“, mache diese Organisationen intolerant gegenüber allen anderen Religionen. Wer nicht Muslim sei, dürfe nur als „Dhimmi“, als Bürger zweiter Klasse, existieren und müsse eine Sondersteuer, die „Dzisyā“, zahlen.

Der Erzbischof machte darauf aufmerksam, dass der islamistische Extremismus auf die wahabitische Konzeption zurückgeht, die aus dem Königreich Saudi-Arabien stamme und dort den Rang einer Staatsideologie einnehme. Wahabitisch

beeinflusst sei das Denken der IS (Daesh)-Terroristen, aber auch der Islam, der in den von den Golfstaaten finanzierten Koranschulen in aller Welt gelehrt werde. Viele westliche „foreign fighters“, die nach Syrien gegangen sind, seien in solchen Schulen für den „Dschihad“ interessiert worden. Behnan Hindo brach in Tränen aus, als er an dieser Stelle daran erinnerte, dass er praktisch jeden Tag einen jungen Soldaten der syrischen Armee betrauern müsse, der aus seiner Eparchie stamme und ein Opfer der Dschihadisten wurde.

In diesem Zusammenhang ging der syrisch-katholische Erzbischof hart mit den westlichen Mächten ins Gericht, die direkt oder indirekt bewaffnete Gruppen finanziert hätten, die als „gemäßigt“ dargestellt würden, obwohl sie sich in ihrem Denken nicht von den IS (Daesh)-Terroristen unterscheiden. Der Hass all dieser Terrorgruppen richte sich nicht nur gegen Christen, sondern auch gegen Angehörige anderer Religionen und vor allem gegen die gemäßigten Muslime, die sich der fundamentalistischen Interpretation des Islam nicht anschließen wollen.

Die Reformation in Bildern: churchphoto.de

Die Bilddatenbank ist nach einer Registrierung für Benutzer kostenfrei. Ständig wachse die Bilder- und Grafiksammlung durch neue Beiträge vieler Fotografen und Grafiker. Profis und ambitionierte Amateure seien gleichermaßen aktiv und gewährleisteten aktuelles und lizenzfreies Bildmaterial. Neue

Fotografen seien jederzeit herzlich willkommen, ihre Bilder bei churchphoto.de zu teilen, teilte das Medienzentrum mit.

Neben Bildern zur Reformation gebe es auf www.churchphoto.de weiteres Bildmaterial mit christlichem Bezug, das in diesem Umfang einzigartig sei. Darüber hinaus fänden sich Fotos aus allen Lebensbereichen. churchphoto.de ist ein Projekt der Stimme der Hoffnung unter der Leitung von Tobias Klepp und Anja Wildemann.

Träger des Medienzentrums „Stimme der Hoffnung“ ist die evangelische Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten, die in Deutschland knapp 35.000 und weltweit mehr als 19 Millionen Mitglieder zählt.

Verzweifelte Lage im Süden von Haiti – ADRA schickt Hilfsgüter

Am 12. November wurden in einer gemeinsamen Aktion mit der Stiftung der Deutschen Bahn, dem Kinderhilfswerk „nph“ und mit Hilfe des Logistikspezialisten DB Schenker 75 Tonnen Hilfsgüter von Frankfurt am Main nach Haiti geflogen. Darunter befinden sich zehn DOMO-Zelte, die von ADRA Deutschland an sein Partnerbüro in Haiti geliefert werden. Diese besonders stabilen und bis zu 10 Jahre haltbaren Zelte werden Betroffenen des Wirbelsturms in Roche-a-Bateau und Les Cayes Schutz bieten. ADRA Haiti hat in Les Cayes ein Regionalbüro eröffnet und fünf Trainings zur Prävention von Cholera

durchgeführt sowie 3.800 Hygienekits und Nahrungsmittelpakete verteilt. In den Paketen enthalten sind Reis, Öl, Bohnen und Zucker sowie Seifen, Zahnbürsten, Zahnpasta, Eimer und weitere Hygiene-Artikel. Es wurden auch 500 Sets für Notunterkünfte (Shelter-Kits) verteilt sowie Gutscheine für Material, um Notunterkünfte aufzustellen oder Unterkünfte zu reparieren.

Trinkwasser spielt zentrale Rolle gegen Ausbreitung von Cholera- und Typhusviren

Sauberes Wasser sei schon immer ein Problem in Haiti gewesen, schreibt ADRA Schweiz. Seit dem Hurrikan registrierten die Behörden viele neue Fälle mit Verdacht auf Cholera. Aus diesem Grund hat ADRA, in Zusammenarbeit mit der kanadischen Nichtregierungsorganisation „GlobalMedic“, 288.000 Wasseraufbereitungstabletten für 10.599.153 Liter Trinkwasser und 3.800 Haushaltswasserfilter an Familien verteilt sowie in sieben Dörfern Wasseraufbereitungsanlagen installiert. Zwei davon stehen in Les Cayes, wo sie 2.000 Menschen mit sauberem Wasser versorgen. Es wurden auch 2.000 Reis-Soja-Eiweiß Mahlzeiten in Zusammenarbeit mit „Stop Hunger Now“ verteilt. Bei der Verteilung der Hilfsgüter berücksichtige das Hilfswerk bevorzugt jene Personen, die besonders hilfsbedürftig seien, wie Haushalte mit alleinerziehenden Müttern, Ältere, Behinderte, chronisch Kranke, Schwangere und stillende Mütter sowie Kinder unter fünf Jahren, so ADRA Österreich.

Fischereikooperative und Hütten stehen noch

Petit-Goâve liegt ungefähr 125 Kilometer nordöstlich von Les Cayes und wurde nicht so stark vom Hurrikan betroffen. Die Fischereikooperative und auch die Hütten, welche ADRA Schweiz mit Hilfe der Glückskette nach dem Erdbeben von 2010 gebaut hat, stehen alle noch, so das Hilfswerk.

Video (3 Min.) von ADRA zur Situation in Haiti:

<https://www.youtube.com/watch?v=I1hJJygH0I0>

Christliche Migrationsgemeinden „erobern“ die Schweiz

Gemeinden von Migranten und Migrantinnen böten ihren Mitgliedern in der Fremde eine Heimat und seien gleichzeitig wichtige Netzwerke. Sie würden durch die Unterstützung in Lebensfragen, wie Wohnungs- oder Arbeitssuche sowie bei medizinischen Problemen, zur Integration in die Schweiz beitragen. Migrationsgemeinden seien Rettungsinseln für Menschen, die in der Schweiz oft nur wenige Beziehungen und Kontakte hätten.

Gründungsboom von Migrationsgemeinden

Die SPI-Studie bietet Einblicke in 370 christliche Migrationsgemeinden verschiedener Konfessionen und gibt Auskunft über Mitglieder, Strukturen und Konfessionen sowie zu Kirche und Gesellschaft in der Schweiz. Mehr als 100 der untersuchten Gemeinden seien seit der Jahrtausendwende gegründet worden. Das wäre ein „Gründungsboom“, so das Schweizerische Pastoralsoziologische Institut und laufe der Tendenz der Schließung oder Fusion von Kirchengemeinden oder Pfarreien in der Schweiz zuwider.

Große Unterschiede zwischen Migrationsgemeinden

Die Studie habe große Unterschiede zwischen den Gemeinden aufgezeigt. „Konfessionen, Sprachen, Nationalitäten usw. sind bunt gemischt.“ Die Mehrzahl der Migrationsgemeinden seien evangelischen Glaubens, hätten aber wenige Mitglieder. Die größten Migrationsgemeinden wären eher römisch-katholisch und umfassten mehrere Tausend Mitglieder.

Laut Studie gibt es in organisatorischer und finanzieller Hinsicht ebenfalls große Unterschiede. Katholische Migrantinnen und Migranten profitierten von den Strukturen der katholischen Kirche. Evangelische Gemeinden funktionierten in der Regel wie Freikirchen, seien als Vereine organisiert und lebten häufig von Spenden ihrer Mitglieder. Ihre Pastoren arbeiteten oft unentgeltlich und in ihrer Freizeit.

Kritischer Blick auf die Schweizer Kirchen

„Prägnant ist die kritische Sicht vieler Migrationsgemeinden auf die Kirchen in der Schweiz“, heißt es in der SPI-Studie. Als Vorbilder taugten die dortigen Großkirchen „offenbar kaum“. Sie erschienen „zu angepasst und kaum lebendig“.

Migrationsgemeinden evangelisieren

Viele katholische und evangelische Migrationsgemeinden wiesen darauf hin, dass sie zur Evangelisierung der Schweiz beitragen würden. Dieses missionarische Selbstbewusstsein fordere die einheimischen Kirchen heraus. Damit würden alle Kirchen in der Schweiz durch die Migration in Bewegung geraten.

Migrationsgemeinden der Siebenten-Tags-Adventisten in der Schweiz

Die Schweizer Union der evangelischen Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten besteht laut Kommunikationsabteilungsleiter Pastor Herbert Bodenmann aus zwei Kirchenleitungen: Eine in der Deutschschweiz und eine zweite für die französisch- sowie italienischsprachige Schweiz.

In der „Fédération des Eglises Adventistes du Septième Jour de la Suisse romande et du Tessin“ gibt es in folgenden Städten neben der dort üblichen Sprache noch folgende Migrationsgemeinden beziehungsweise Gruppen: In Genf bestehen je eine spanisch-, eine portugiesisch- sowie eine englischsprachige Gemeinde. In Lausanne versammeln sich je eine Gruppe spanisch- beziehungsweise portugiesisch sprechender Adventisten. In Neuenburg haben sich diese beiden

Sprachgruppen in einer Gemeinde zusammengefunden. In Bellinzona gibt es nur eine portugiesische Gruppe von Adventisten.

Links zu adventistischen Kirchgemeinden in der Romandie und im Tessin: <http://www.adventiste.ch/trouver-une-eglise>

In der „Deutschschweizerischen Vereinigung“ der Freikirche versammeln sich in Zürich portugiesisch sprechende Adventisten in einer Gemeinde in Zürich-Oerlikon. In einem Gebäude der Heilsarmee Zürich City feiern Adventisten aus Angola am Samstag (Sabbat) den Gottesdienst und eine große Gruppe spanischsprechender Adventisten trifft sich jeweils am Samstagnachmittag zum Gottesdienst im Gebäude der Adventgemeinde Zürich I. In Basel und Bern versammelt sich eine große portugiesisch- und spanischsprachige Gruppe parallel zum Gottesdienst der deutschsprachigen Adventisten im Untergeschoss der Kirche. In großen Adventgemeinden werden die Bibelgesprächskreise im ersten Teil des Gottesdienstes in unterschiedlichen Sprachgruppen angeboten. Während der Predigt wird in verschiedenen Adventgemeinden für Fremdsprachige eine Simultanübersetzung per Kopfhörer ermöglicht.

Links zu adventistischen Kirchgemeinden in der Deutschschweiz: <http://www.stanet.ch/dsv/small//gemeinden/gemeinden.php>

Mehr Informationen zur Studie „Kirchen in Bewegung“:
<https://shop.spi-sg.ch/index.php/produkt/kirchen-in-bewegung/>

Kriegsspuren Urlaubsparadies

im

Gewaltfrei gegen Gewalt und Unterdrückung

Christian Peacemaker Teams (CPT), die weltweit tätig seien, setzten sich für den gewaltfreien Kampf gegen Gewalt und Unterdrückung ein. Es gehe ihnen um die Durchsetzung von Menschenrechten in einer Welt ohne Krieg, informierte Dr. Jakob Fehr, Geschäftsführer des Deutschen Mennonitischen Friedenskomitees (DMFK) in Bammental bei Heidelberg. Seit 2014 arbeite er mit CPT-Teams in Mytilini auf Lesbos der drittgrößten Insel Griechenlands. Im Jahr 2014 seien die Friedensstifter von der griechischen Partnergruppe „Lesvos Solidarity“ eingeladen worden deren Arbeit mit Flüchtlingen auf Lesbos zu begleiten. 2014 und 2015 wären daher jeweils im Sommer drei Monate lang zwischen drei und fünf Freiwillige von CPT auf der griechischen Insel gewesen. Ihre Reisekosten nach Mytilini hätten die Teilnehmer selbst getragen. Die Aufwendungen vor Ort, wie Verpflegung, Unterkunft und lokale Transportkosten, wären durch Spenden finanziert worden. Dafür hätten 2015 lediglich 6.000 Euro zur Verfügung gestanden. Für 2016 wären dagegen 24.000 Euro an Spendengeldern eingegangen, sodass bereits seit Mai zwischen zwei bis sechs Freiwillige für jeweils drei bis vier Wochen auf Lesbos seien.

Die Menschen, die nach Lesbos flüchten, seien verzweifelt, berichtete Fehr. Die meisten wüssten nichts über Europa. Sie ahnten nicht, welche Probleme sie hier erwarteten oder wie schlecht man sie in Europa behandeln würde. Sie wüssten aber: Wenn sie europäischen Boden erreichen, brauchen sie keine Angst mehr zu haben, dass ihre Kinder beim Spielen auf der Straße mit militärischen Waffen getötet werden. „Sie wissen nichts über unsere Politik, außer, dass sie in Europa Krieg, Chaos und unbeschreibliches Leiden hinter sich gelassen haben.“

Hart arbeitende Freiwillige versorgten Flüchtlinge

Als im Sommer 2015 die Flüchtlingszahlen dramatisch stiegen, sei niemand darauf vorbereitet gewesen. „Wir erlebten erschütternde Bedingungen in überfüllten Flüchtlingslagern, denen es an Obdach, Nahrungsmitteln, Gesundheitsdiensten und einer genügenden Wasser- und Sanitärversorgung fehlte“, so Jakob Fehr. Obwohl die Christian Peacemaker Teams keine humanitäre Hilfe anbieten, hätten sie durch ihre regelmäßige Präsenz in den Lagern helfen können. Etwa durch ein offenes Ohr für die Anliegen der Flüchtlinge und Aufmerksamkeit für ihre dringendsten Bedürfnisse. Die Anwesenheit von CPT-Teams habe für ein öffentliches Bewusstsein gesorgt, sodass es in Zusammenarbeit mit Nichtregierungsorganisationen und den Freiwilligengemeinschaften der Insel gelungen sei, einige der erforderlichen Hilfen zu beschaffen.

Ein Großteil der Nahrungs-, Wasser- und Gesundheitsversorgung sei damals von „hart arbeitenden Freiwilligen aus einer Vielzahl von Organisationen“ übernommen worden. Fehr erwähnte als Beispiele Lesvos Solidarity, Save the Children, Islamic Relief, Welcome to Europe, Social Kitchen, Shelter Box, Action Aid und Isra Aid. Laut Holger Teubert, stellvertretender Pressesprecher der Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten in Deutschland, war auch die private, von Adventisten geleitete Freiwilligenorganisation „Adventist Help“ mit ihrem Klinikbus an der Nordküste von Lesbos in Einsatz, wo die meisten Bootsflüchtlinge an Land gingen. Insgesamt etwa 100 Freiwillige, darunter Ärzte und medizinisches Personal, seien auf die Insel gekommen, um die Gesundheitsversorgung einige Monate lang zu unterstützen. Gleichzeitig habe die Adventistische Entwicklungs- und Katastrophenhilfe ADRA 2,5 Tonnen von der slowenischen Bevölkerung für die Flüchtlinge gespendete Hilfsgüter per Flugzeug nach Lesbos gebracht.

Flüchtlingszentrum mit und ohne Stacheldraht

In der Nähe des Dorfes Moria, etwa 15 Kilometer von der Inselhauptstadt Mytilini entfernt, befinde sich ein von der EU

finanziertes Registrierungszentrum. Es sei wie ein Gefängnis gebaut worden, mit hohen Zäunen, Stacheldraht und Wachposten. Die Bedingungen im Lager wären schlimm, so Fehr. Es sei überfüllt, und bei den verschiedenen Nationalitäten führten schon Kleinigkeiten zu Unruhen unter den Flüchtlingen. Das Warten und die Perspektivlosigkeit machten die Menschen aggressiv. Erst nach der Registrierung, die Wochen dauern könne, sei es den Flüchtlingen möglich einen Asylantrag zu stellen. Bis zur Entscheidung über den Antrag könnten Monate vergehen. Da immer noch Flüchtlinge nach Lesbos kämen, wachse ihre Zahl ständig. Durch das EU-Türkei-Abkommen, das nicht funktioniere, sei zu erwarten, dass viele von ihnen mehrere Jahre lang auf der Insel bleiben müssten, vermutet Fehr. Im September 2016 hätten einige das Lager angezündet. Der Schaden sei zwar inzwischen wieder behoben, doch die Situation habe sich nicht verbessert.

Dass es auch anders gehe, zeige die Partnerorganisation Lesbos Solidarity. Sie hat das „Pika Welcome Center“, ein selbstorganisiertes, autonomes Aufnahmezentrum für Flüchtlinge in einem schattigen, fast idyllischen ehemaligen Jugendcamp in der Nähe des Flughafens eingerichtet. Dort gebe es keinen Zaun oder Stacheldraht um Menschen zu beschränken oder gefangen zu halten, berichtete Jakob Fehr. Pika werde ohne staatliche Förderung organisiert und von den Inselbehörden toleriert. Aufgenommen würden zwischen 80 und 100 Flüchtlinge, die besonders gefährdet seien, etwa Minderjährige. Die CPT-Teams würden sich auch um sie kümmern und bei Konflikten vermitteln.

Dokumentation von Gerichtsprozessen

Zurzeit beschäftige sich das Team mit der Dokumentation von Gerichtsprozessen gegen junge Männer, die am Steuer eines Flüchtlingsbootes erwischt wurden. Diese würden in schnellen Verhandlungen, manchmal nur 15 oder 30 Minuten lang, zu langjährigen Haftstrafen verurteilt. In einem Fall sei ein 17-Jähriger zu 40 Jahre Gefängnis abgeurteilt worden. Laut Fehr würden die Menschenschmuggler selbst nicht in den Booten

sitzen. Stattdessen würden sie einen der Flüchtlinge zwingen, das Boot die wenigen Kilometer bis nach Lesbos selbst zu steuern. Zwar würden in einem Berufungsverfahren die Strafen meist abgemildert, dennoch müsse diese Thematik an die Öffentlichkeit gebracht werden. Deshalb arbeiteten die Christian Peacemaker Teams mit einer Anwältin zusammen an einer Dokumentation über derartige Prozesse.

Kunstaussstellung „Kriegsspuren“

Vom 7. bis 16. November fand außerdem die Ausstellung „Kriegsspuren“ mit Werken der Künstlerin Sigrun Landes-Brenner in der katholischen Kirche St. Eduard Berlin-Neukölln statt. Täglich finden sich in den Medien Berichte über Kriegshandlungen und Geflüchtete. „Es gibt Menschen, die über ihre Ohnmacht schreiben oder die darüber sprechen können. Ich habe meine Sprachlosigkeit auf Leinwänden festgehalten“, so die Malerin der Bilder. Fotos, die sie besonders gefangen nahmen, wanderten auf die Leinwand, die Textausschnitte der begleitenden Artikel ergänzten die Eindrücke. Wie von selbst gesellten sich Engel mit auf die Bilder. „Engel, die betrachten, beschützen und überlegen, wo und wie sie trösten und helfen können“, erläuterte Sigrun Landes-Brenner. Grundiert sind die Bilder mit unterschiedlichen Gesteinsmehlen, die Bild- und Textausschnitte mit Kaffee lasiert und teilweise gestaltet, die Engel und Teile der Bilder sind mit Metallspänen gemalt.

Mit dem Kauf eines Bildes werden Projekte des Mennonitischen Friedenszentrums Berlin (MFB) unterstützt. Laut dessen Leiterin, Pastorin Martina Basso, handele es sich dabei um Selbstverteidigungskurse für geflüchtete Frauen und das Café Abraham-Ibrahim. Letzteres finde alle 14 Tage in Berlin-Neukölln statt. Das Treffen interessierter Muslime, Christen und Atheisten helfe, die anderen begreifen zu lernen, Unterschiede zu akzeptieren und nach gemeinsamen Werten zu fragen. Die Mennoniten gelten als die älteste evangelische Freikirche, so Basso. Sie entstanden in der Reformationszeit

des 16. Jahrhunderts und gehören zu den „historischen Friedenskirchen“. Die Kunstaussstellung wurde gemeinsam vom Internationalen Pastoralen Zentrum (IPZ) des Erzbistums Berlin und dem MFB getragen. Weitere Informationen unter www.menno-friedenszentrum.de

Adventistische Friedensau Einheits-Dokument Weltkirchenleitung **Hochschule kritisiert der**

„Wir teilen die Besorgnis des Dokuments um die weltweite Einheit und Mission der Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten“, heißt es gleich im ersten Punkt der Stellungnahme der Hochschule. „Es ist zweifellos nötig, mit kirchlichen Dienststellen zu beraten, die biblische Prinzipien, wie sie nach unserem besten Verständnis in den Glaubensüberzeugungen der Siebenten-Tags-Adventisten zum Ausdruck kommen, anscheinend übersehen oder ignoriert haben.“

Kirchenbeschlüsse und Richtlinien, die nicht eindeutig auf biblischen Prinzipien beruhen, dürften jedoch nicht die theologische Diskussion ersetzen. Die Frage der Ordination von Frauen zum Pastorenamt sei ein solcher Fall. Hier sollte eine vertretbare Meinungsvielfalt ermöglicht werden.

„Wir sind ernsthaft besorgt, dass das Dokument „Unity in Mission“ in Verbindung mit den angekündigten Folgemaßnahmen

dazu verwendet werden wird, Dienststellen zu maßregeln, die scheinbar eine Verweigerungshaltung haben, tatsächlich jedoch bestrebt sind, die Lehren und Werte der Freikirche hochzuhalten und gewissenhaft in dem ihnen anvertrauten Verantwortungsbereich zu handeln“, heißt es in der Stellungnahme der Theologischen Hochschule Friedensau weiter. Sie findet sich unter: <http://www.thh-friedensau.de/journal/stellungnahmen/>

Einheits-Dokument

Das dem Exekutivausschuss der adventistischen Weltkirchenleitung am 11. Oktober zur Beschlussfassung vorgelegte dreiseitige Dokument „Einheit in der Mission: Verfahren zur Schlichtung kirchlicher Angelegenheiten“, sieht ein zweistufiges Vorgehen gegenüber Kirchenleitungen vor, die Beschlüsse der Weltkirche nicht einhalten. In einem ersten Schritt sollen während eines Jahres verschiedene Konsultationen unter Gebet auf unterschiedlichen Ebenen der Kirche geführt werden. Mittels eines Pastoralbriefs sollen diese Kirchenleitungen dringend gebeten werden, die Übereinstimmung mit den Beschlüssen der Weltkirche wiederherzustellen.

Sofern die Angelegenheit damit nicht geklärt werden kann und Glaubens-überzeugungen (Fundamental Beliefs) sowie Beschlüsse oder Richtlinien der Weltkirche betroffen sind, soll die zweite Stufe eingeleitet werden. Die „verfahrensrechtlichen Schritte“ („procedural steps“) im Rahmen der zweiten Phase sollen durch die Weltkirchenleitung (General Conference Administrative Committee) erarbeitet und dem Exekutivausschuss bei seiner Sitzung im Jahr 2017 zur Beratung und Beschlussfassung vorgelegt werden.

Das Dokument „Unity in Mission“ kann auf Englisch heruntergeladen werden unter:

http://www.adventistreview.org/assets/public/news/2016-10/114G_Unter_Unity_in_Mission-Procedures_in_Church_Reconciliation-2.pdf

Theologische Hochschule Friedensau

Die 1899 gegründete Friedensauer Bildungsstätte ist seit 1990 eine staatlich anerkannte Theologische Hochschule. Zum Fachbereich Theologie gehören neun und zum Fachbereich Christliches Sozialwesen sieben wissenschaftliche Institute.

Regierung von Nigeria genehmigt zweite adventistische Universität

Das Land, auf dem die Clifford Universität gegründet werden soll, gehörte laut Adventist Review (AR, nordamerikanische Kirchenzeitschrift) vor der Beschlagnahmung durch die Regierung im Zuge des Bürgerkriegs (1967 bis 1970) zu einer adventistischen Schule und wurde 2013 der Kirche zurückgegeben.

Uzoma Nwosi, Kommunikationsverantwortlicher der überregionalen adventistischen Kirchenleitung in Ost-Nigeria (Eastern Nigeria Union Conference), bat angesichts der Rezession und Entwertung des nigerianischen Naira um Fürbitte für die Clifford Universität. Er fügte hinzu: „Wir benötigen auch massive Unterstützung von Einzelpersonen, Organisationen und anderen, um die Schule im Sinne Gottes sowie im Einklang mit der adventistischen Bildungsphilosophie auf den Weg zu bringen.“

Der adventistische Missionar Jesse Clifford, nach dem die neue Universität benannt wurde, war von 1919 bis 1923 in Ghana tätig, bevor er acht Jahre in Nigeria wirkte.

Adventisten in Nigeria

In Nigeria, mit rund 180 Millionen Einwohnern, leben 208.600 Adventisten, die durch die Glaubenstaufe Mitglieder der Kirche geworden sind. Sie feiern am Samstag (Sabbat), dem biblischen Ruhetag, in 1.109 Kirchgemeinden den Gottesdienst. Die Adventisten in Nigeria unterhalten 57 Grundschulen, 20 weiterführende Schulen, zwei Universitäten, ein medizinisches Zentrum, drei Krankenhäuser, zwei Pflegeheime sowie ein Waisenhaus.

EKD-Synode: Keine Missionierung von Juden

„Wir bekräftigen: Die Erwählung der Kirche ist nicht an die Stelle der Erwählung des Volkes Israel getreten. Gott steht in Treue zu seinem Volk“, heißt es in der in Magdeburg verabschiedeten Erklärung. „Christen sind – ungeachtet ihrer Sendung in die Welt – nicht berufen, Israel den Weg zu Gott und seinem Heil zu weisen. Alle Bemühungen, Juden zum Religionswechsel zu bewegen, widersprechen dem Bekenntnis zur Treue Gottes und der Erwählung Israels.“

„Mit der beschlossenen Kundgebung gehen wir einen weiteren Schritt auf dem Weg der Einkehr und Umkehr in unserem Verhältnis zu den Juden“, erläuterte die Präses der Synode der EKD, Irmgard Schwaetzer. „Sie ist ein wichtiger Beitrag dafür, dass die Geste der Schuldanerkennung und Verantwortungsübernahme gegenüber unseren jüdischen Geschwistern Substanz hat, die für die Eröffnungsveranstaltung

der Woche der Brüderlichkeit 2017 in Frankfurt geplant ist.“

Die in Magdeburg beschlossene „Erklärung zu Christen und Juden als Zeugen der Treue Gottes“ zeichne einen Weg nach, der mit der Synode 1950 in Berlin-Weißensee begonnen habe. Diese hätte an der theologischen Einsicht in die bleibende Erwählung Israels festgehalten.

Ein ICE für Martin Luther

Das Reformationsjubiläum werde Menschen aus aller Welt zusammenbringen, sagte Bahn-Chef Rüdiger Grube bei der Vorstellung des neuen ICE 4 im Berliner Hauptbahnhof. Wo könnte man sich besser auf die Veranstaltungen einstimmen und danach das Erlebte in der Gemeinschaft vertiefen, als bei der Fahrt im Zug?, fragte er. „Unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wollen gute Gastgeber sein.“ Schließlich arbeiteten bei der DB Menschen aller Konfessionen respektvoll zusammen.

Mit 120 Shuttle-Zügen zum Festgottesdienst

Höhepunkt des Reformationsjubiläums sei das Festwochenende am 27. und 28.5.2017 mit dem Festgottesdienst „Von Angesicht zu Angesicht“ auf den Elbwiesen südlich der Lutherstadt Wittenberg, informierte Grube. In den Festgottesdienst mündeten der 36. Deutsche Evangelische Kirchentag vom 24. bis 28. Mai in Berlin – Wittenberg und die sechs „Kirchentage auf dem Weg“ in Leipzig, Erfurt, Magdeburg, Halle/Eisleben, Jena/Weimar und Dessau. Zum Festgottesdienst am 28. Mai würden in dichtem Takt mindestens 120 Shuttle-Züge eingesetzt werden. Die DB werde auch für die Logistik und Gepäckaufbewahrung

sorgen.

Neben dem Kirchentag Ende Mai würden vor allem die „Kirchentage auf dem Weg“, die Konfi- und Jugendcamps in Wittenberg, der Europäische Stationenweg durch 67 Städte in 19 europäischen Ländern sowie die Weltausstellung Reformation in Wittenberg über eine Million Besucher anziehen.

Umweltfreundliche An- und Abreise

„Wir unterstützen die Nachhaltigkeitsziele des Jubiläums, in dem wir für eine umweltfreundliche An- und Abreise sorgen und in Wittenberg den ersten ‚Grünen Bahnhof‘ in den neuen Bundesländern bauen“, so Dr. Rüdiger Grube. Dieser soll im Dezember 2016 fertiggestellt sein und durch Geothermie und Photovoltaik energieautark versorgt werden. Zudem enthalte er eine Regenwasseraufbereitung.

Margot Käßmann erinnerte daran, dass Martin Luther, Philipp Melanchthon und ihre Zeitgenossen vor 500 Jahren nur die Möglichkeit hatten zu Fuß oder in einer Kutsche zu reisen. Mit modernen Zügen oder anderen Verkehrsmitteln könnten dagegen heute Menschen auch über weite Räume zusammenkommen. Da sie selbst ständig mit der Bahn unterwegs sei, freue sie sich besonders, dass ein hochmoderner ICE nun den Namen Martin Luthers trage.

Appell zur Neuorientierung evangelischer Friedensethik

Der „Karlsruher Aufruf“ geht zurück auf einen Kreis pazifistisch interessierter und friedensbewegter Christen der

badischen Kirche. Formuliert wurde der Text von Mitgliedern des „Forums FriedensEthik“ (FFE) in der Evangelischen Landeskirche in Baden und der „Arbeitsstelle Frieden“ der badischen Kirche. Angesichts zunehmender Akzeptanz von Gewalt als politischem Lösungsmittel in Politik und Gesellschaft und der damit verbundenen Verantwortung der Kirchen, gelte es Position zu beziehen.

Klares friedensethisches Leitbild gefordert

In dem „Karlsruher Aufruf“ werden Rat und Synode der EKD gebeten, die bisherigen friedensethischen Positionen weiter zu entwickeln. „Die EKD braucht ein klares friedensethisches Leitbild zur Überwindung des Krieges“, heißt es in dem Aufruf. Anders als noch in der „EKD-Friedensdenkschrift“ von 2007 formuliert, solle die Androhung und Anwendung von militärischer Gewalt auch nicht mehr als äußerstes Mittel mitgetragen werden. „Die EKD möge sich in Gesellschaft und Politik für einen friedenspolitischen Wandel engagieren, weg von der gegenwärtigen, auf militärischer Stärke und Einsatzbereitschaft basierenden Sicherheitslogik hin zu einer friedenslogischen Politik, die auf gewaltfreie Konfliktbearbeitung und eine gerechte Weltwirtschaftsordnung setzt“, fordern die Unterzeichner des Aufrufs von der EKD.

Die badische Kirche hatte auf ihrer Landessynode 2013 nach einem längeren und breit angelegten Diskussionsprozess erklärt, zu einer „Kirche des gerechten Friedens“ zu werden. Dabei hatte sich die Landeskirche auch dazu verpflichtet, sich in der EKD dafür einzusetzen, dass das Gespräch über das Friedensthema vertieft weitergeführt wird.

Die EKD-Synode

Die Synode der EKD ist neben dem Rat und der Kirchenkonferenz eines der drei Leitungsorgane der EKD. Sie besteht aus 120 Mitgliedern. Zu den Aufgaben der Synode zählen die Erarbeitung von Kundgebungen und Beschlüssen zu Fragen der Zeit sowie die Begleitung der Arbeit des Rates der EKD durch Richtlinien. Die Synode berät und beschließt auch den Haushalt und die

Kirchengesetze. Geleitet wird sie vom Präsidium unter dem Vorsitz von Präses Irmgard Schwaetzer. Sie ist zugleich Mitglied des 15-köpfigen Rates der EKD. Dessen Vorsitzender ist Landesbischof Heinrich Bedford-Strohm. Die EKD ist eine Gemeinschaft von 20 lutherischen, reformierten und unierten Landeskirchen, die in Deutschland insgesamt 22,3 Millionen Mitglieder in 14.412 Kirchengemeinden zählen.

Adventistische Kirchenleitung in Nordamerika fordert Gleichbehandlung von Pastorinnen

Die NAD forderte die adventistische Weltkirchenleitung auf, die Präsidentin der regionalen Kirchenleitung in Südost-Kalifornien, Pastorin Sandra Roberts, mit den gleichen Rechten zu bedenken wie ihre männlichen Kollegen. Dies schließt einen Eintrag in das Jahrbuch der Freikirche und eine offizielle Einladung zu den entsprechenden Tagungen der Weltkirchenleitung ein. Anlass für diesen Antrag war die Tatsache, dass Roberts im Jahrbuch bisher nicht als Präsidentin aufgeführt worden war. Nach bisherigem adventistischem Kirchenrecht bleibt das Amt des Präsidenten einer regionalen Kirchenleitung einem ordinierten Pastor vorbehalten.

Ein zweiter Antrag, der sich für die Bildung eines Komitees aussprach, das die Reaktion der NAD auf das umstrittene

Dokument der Weltkirchenleitung „Einheit in der Mission: Verfahren zur Schlichtung kirchlicher Angelegenheiten“ formulieren soll, wurde ebenfalls mehrheitlich befürwortet.

Zahlungskürzungen an die Weltkirchenleitung abgelehnt

Ein Antrag auf Kürzung der finanziellen Unterstützung der Weltkirchenleitung (Generalkonferenz) wurde von den Delegierten mit der Begründung angelehnt, dadurch der Arbeit der Generalkonferenz massiv zu schaden. Hintergrund des Antrages ist die Tatsache, dass die NAD durch ihre Zuwendungen das Budget der Weltkirchenleitung zu einem großen Teil finanziert (6,85 Prozent des Zehntenaufkommens, statt, wie andere teilkontinentale Kirchenleitungen, lediglich zwei Prozent).

Weihnachtsmarke 2016: Die Hirten auf dem Feld

Die Verkündigung der Weihnachtsbotschaft an die auf dem Feld lagernden Hirten ist ein bedeutendes Motiv der Kunstgeschichte, heißt es in der Beschreibung der Marke seitens der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege. Sehr eindrücklich etwa in einer Miniatur im Hortus Deliciarum, der im ausgehenden 12. Jahrhundert verfassten Enzyklopädie der Herab von Landsberg. Darauf geht die Gestaltung der diesjährigen Weihnachtsmarke zurück. Diese Darstellung hat nichts Idyllisches, sondern sie zeigt verängstigte, verarmte, am Rande stehende und um ihre Existenz kämpfende Menschen. Kurz: Menschen in der Lebenssituation von

Hirten zur Zeit der Geburt Jesu Christi. Ihnen gilt die frohe Weihnachtsbotschaft. Und ebenso allen, die sich in ihnen wiederentdecken.

Die Weihnachtsmarke 2016 ist bei allen Postfilialen, Vertriebsstellen der Freien Wohlfahrtspflege und beim Advent-Wohlfahrtswerk e.V., Hildesheimer Straße 426, 30519 Hannover, Telefon 0511-97177300, E-Mail mail@aww.info, erhältlich.

Gebetswoche der Adventisten zum Thema „Ein Herz für Mission“

Im diesjährigen Lesungsheft zur Gebetswoche finden sich unter dem Titel „Ein Herz für Mission“ acht kurze Artikel zu diesem Themenkomplex. Die einzelnen Lesungen verfassten unter anderem der Präsident der adventistischen Weltkirchenleitung (Generalkonferenz, GK) Pastor Ted N. C. Wilson (1. Lesung), Cheryl Doss, Leiterin des Instituts für Weltmission der GK (2. Lesung), Gary Krause, Leiter der Abteilung für Mission der GK (5. Lesung), sowie die Mitbegründerin der Freikirche, Ellen G. White (1827-1915, 8. Lesung.)

Mit Bezug auf das Jahresmotto der Adventisten „Dein Reich komme!“, gibt es in einem Zusatzteil in der Heftmitte acht weitere Themen, verfasst von Autoren aus Deutschland, die sich mit verschiedenen Aspekten des „Reiches Gottes“ beschäftigen. Sie sind zum persönlichen Weiterstudium gedacht. Für Kinder gibt es ein Extraheft mit dem Titel „Missionare für Jesus“. Es

wurde von Linda Mei Lin Koh, Leiterin der Abteilung Kinder der adventistischen Weltkirchenleitung, verfasst.

Am 26. November wird zum Abschlussgottesdienst der Gebetswoche in Deutschland die traditionelle Opfersammlung für die weltweite Mission der Freikirche abgehalten. Im letzten Jahr betragen diese sogenannten „Gebetstagsgaben“ der knapp 35.000 Adventisten in Deutschland rund 664.000 Euro.

Frohe Weihnachten für arme Kinder in Osteuropa

Ein Paket bringe zwar für eine kleine Weile Freude, verändere aber nicht die grundsätzliche schlechte Lage der Kinder und Jugendlichen, gab ADRA-Mitarbeiterin Anja Emrich zu bedenken. Daher fördere das Hilfswerk auch Projekte für Kinder, die ihnen längerfristig helfen. Beispielsweise würden Kinderheime eingerichtet und mit Geräten ausgerüstet, in Suppenküchen könnten Straßenkinder ein gutes Essen bekommen, und in der Ukraine sei ein Rehabilitations-Zentrum für Kinder und ihre Familien entstanden.

Es kann gepackt werden

Kinder jeden Alters können bis zum 20. November Pakete packen und sie auch bemalen. Es werde dazu wieder einen Kreativwettbewerb geben. Die Geschenkpakete gehen in diesem Jahr nach Albanien, Bosnien und Herzegowina, in das Kosovo, Litauen, Mazedonien, Montenegro, Serbien, in die Ukraine sowie nach Weißrussland.

Eingepackt werden können zum Beispiel Spielsachen, Bastel- und Schulbedarf, Kamm, Bürste, Spiegel, Zahnbürste, Haarspangen, Schal, Socken, Strumpfhose, Mütze, Handschuhe und Süßigkeiten. Auch die schon etwas größeren Kinder freuen sich über ein Geschenk, denn die „Aktion Kinder helfen Kindern“ berücksichtigt Kinder bis zum 15. Lebensjahr. Sie könnten beispielsweise gut gebrauchen: Wärmflasche, Kreativset (Kerzen, Perlen, Karten etc.), Portemonnaie, Jonglierbälle, Gymnastikband, Mundharmonika oder Flöte. Bestimmte Dinge dürfen nicht mitgesandt werden. Näheres dazu und wo die Pakete abgegeben werden können beim Aktionstelefon 06151-811522 oder unter www.kinder-helfen-kindern.org

500 Jahre Reformation – Start der Jubiläumsfeierlichkeiten in Genf

Bundesrat Alain Berset bezeichnete in seiner Rede die Reformation als „eine Bewegung, deren geistige, kulturelle, gesellschaftliche und politische Dynamik seit einem halben Jahrtausend weite Teile der Welt prägt“.

Reformationstruck auf dem Europäischen Stationenweg

Feierlich eingeweiht wurde in Genf der Reformationstruck, ein LKW-Anhänger mit Zugmaschine in einer Gesamtlänge von 16,5 Metern. Der Truck wird für die Dauer eines halben Jahres in ganz Europa unterwegs sein. „Der Reformationstruck, der 19 Länder befährt, macht deutlich, dass die Reformation eine Weltbürgerin ist“, so der Ratsvorsitzende der Evangelischen

Kirche in Deutschland, Heinrich Bedford-Strohm. 36 Stunden macht der Reformationstruck jeweils Halt, um die lokale Geschichte der Reformation aufzuzeigen. Ziel ist Wittenberg, der Wirkungsort Martin Luthers, wo am 20.5.2017 die Weltausstellung Reformation „Tore der Freiheit“ beginnt.

Allgemeine Erklärung der Menschenrechte nun in mehr als 500 Sprachen und Dialekten verfügbar

„Die wachsende Zahl von Übersetzungen unterstreicht die Allgemeingültigkeit der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte und die Kraft ihrer Worte, durch alle Kulturen und Sprachen stark widerzuhallen“, sagte Zeid Ra’ad Al Hussein, UN-Hochkommissar für Menschenrechte.

Der von der Generalversammlung der Vereinten Nationen am 10.12.1948 verabschiedete, sechsseitige Text sei ein Meilenstein-Dokument, das die Grundlage für internationale Menschenrechte gelegt habe. Das UNO-Hochkommissariat für Menschenrechte will die Menschenrechtscharta in der ganzen Welt verbreiten.

Die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte (AEMR) auf Deutsch:

<http://www.ohchr.org/EN/UDHR/Pages/Language.aspx?LangID=ger>

„guck mal!“ – neues Material der Adventisten für den Kindergottesdienst

„guck mal! – Kleine Kinder entdecken Gottes Welt“ wolle dabei helfen, Kinder im Alter von zwei bis vier Jahren in ihrem Glauben zu begleiten. Das neue Unterrichtsmaterial für den dreijährigen Zyklus werde mehr als bisher dazu anregen, Kinder in die Gestaltung des Kindergottesdienstes einzubeziehen, auf ihre Gedanken und Einfälle einzugehen und ihre Lebenswelt in einen Zusammenhang zur biblischen Botschaft zu bringen. Das Material erscheint als Loseblattsammlung und enthält neue Lieder, Reime, Fingerspiele, Bastel- und Nähanleitungen, die via Internet heruntergeladen werden können.

Der Titel „guck mal!“ deute an, dass Erwachsene gemeinsam mit den Kindern Gottes Welt entdecken und darüber staunen können, so das RPI. Es könne sich um eine Kuckucksfeder, einen Regentropfen, die Zunge oder die Himmelsleiter von Jakob im Alten Testament handeln. Um die Natur besser einbeziehen zu können, orientiere sich „guck mal!“ an den Jahreszeiten und nicht an Kalendervierteljahren. Deshalb beginne das Winterquartal mit dem Dezember.

Das Religionspädagogische Institut (RPI)

Das Religionspädagogische Institut ist eine gemeinsame Einrichtung des Norddeutschen und Süddeutschen Verbandes (NDV/SDV) der Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten sowie der Deutschschweizerischen Vereinigung (DSV).

Das RPI dient vor allem den Bedürfnissen des Kindergottesdienstes und des kirchlichen Religionsunterrichtes, sowie der Ausbildung von Familiendiakoninnen und -diakonen für deren Dienst in den örtlichen Kirchengemeinden: www.sta-rpi.net

Erdbeben in Italien – „Die Hoffnung nicht verlieren!“

„Mit der ganzen Nation möchte ich im Namen der Adventisten in Italien den vom Erdbeben Betroffenen unser Mitgefühl ausdrücken“, sagte Stefano Paris. „Wir beten für die Verletzten und für die Familien, die alles verloren haben.“ „Es scheint, dass dieses starke Beben nicht nur die Wände der Häuser zerstört hat, sondern auch die letzte Hoffnung der Bewohner“, so Pastor Stefano Paris. „Verlieren Sie die Hoffnung nicht! Wir beten, dass Gott Ihren Herzen Trost spendet, Ihnen Aussicht auf eine dennoch mögliche Zukunft schenkt sowie die Kraft, neu anzufangen.“

Ausdruck der Solidarität für die Betroffenen sei das konkrete Engagement der Adventistischen Entwicklungs- und Katastrophenhilfe ADRA Italien sowie der adventistischen Freiwilligen, die helfen wollten, so Paris.

Pastor Mario Brito, Kirchenleiter der teilkontinentalen Kirchenleitung (Intereuropäische Division, EUD) sicherte die Solidarität der Adventisten in West- und Südeuropa zu.

Live-Gottesdienst zum Auftakt des Reformationsjubiläums

Ein Wort des Widerrufs hätte genügt

Professor Dr. Johann Gerhardt, Dozent für Praktische Theologie an der adventistischen Theologischen Hochschule Friedensau bei Magdeburg, griff in seiner Predigt die Aussage Luthers „Hier stehe ich“ beim Reichstag in Worms (1521) auf, wo sich der Reformator wegen seines Glaubens verteidigen musste. Eigentlich hätte damals alles ruhig seinen Gang gehen können, so Gerhardt. „Die Kirche war die Heilsanstalt für die Seele. Die Fürsten und der Kaiser hatten Geld und Macht. Wissenschaft und Kunst florierten. War man gehorsam und muckte nicht auf, konnte man in relativem Frieden leben.“ Und dennoch habe es eine Sehnsucht nach Freiheit gegeben, „weil es sie nicht gab“.

Beim Reichstag in Worms mit dem Kaiser, den Fürsten und der hohen Geistlichkeit hätte dem „Mönchlein“ ein Wort des Widerrufs genügt, um seinen schweren Gang leicht zu machen. Er hätte ja im Stillen an seinen Überzeugungen festhalten können, nur sie nicht mehr öffentlich sagen. Doch Luther entgegnete, wenn er nicht durch Zeugnisse der Heiligen Schrift und durch klare Vernunftgründe überzeugt werde, „denn weder dem Papst noch den Konzilien allein glaube ich“, könne und wolle er nichts widerrufen, „weil wider das Gewissen etwas tun weder sicher noch heilsam ist. Gott helfe mir. Amen.“

Doch trotz ungläubigen Staunens, dass jemand wagt so zu reden, sei dies nicht das Ende für Martin Luther gewesen, sondern „ein wundersamer Anfang“, so Gerhardt. „Das Evangelium

leuchtete wieder“. Man müsse keine frommen Spielchen spielen, nicht perfekt werden wollen, nicht weglaufen, sich nicht verstecken, keine Ablassbriefe kaufen. Der Mensch dürfe aufrecht und frei vor Gott stehen. Vor dem Gott, der ihn bis in die Tiefen seiner Seele kenne und ihn annehme in seinem Versagen. „Diesem Gott sich anvertrauen, das ist der Glaube, der selig macht, bis heute und auch morgen“, unterstrich Gerhardt.

Die Freiheit des Evangeliums führt in die Verantwortung

Die Freiheit des Evangeliums mache laut dem Professor nicht egoistisch oder weltflüchtig nach der Devise: „Hauptsache ich“. Sie führe auch nicht in fromme Isolation, sondern sei die Voraussetzung für Verantwortung. Verantwortlich sein gehöre zur Ebenbildlichkeit und Würde des Menschen gegenüber Gott. Überall dort, wo man Menschen die Verantwortlichkeit wegnehme, gut gemeint als Rat und Hilfe oder schlecht gemeint, wo man Menschen zum bloßen Befehlsempfänger degradiere, wo man Zwang ausübe und Gehorsam fordere ohne kritisches Nachdenken zuzulassen, zerstöre man die Würde des Menschen und handele gegen Gottes Schöpfung.

Luther habe Verantwortung gezeigt. Er habe den Fürsten ins Gewissen geredet, dem Volk das Lesen der Bibel ermöglicht, Glaubenslehren verstehbar in den Katechismus geschrieben, das Evangelium auf Deutsch gepredigt und Lieder gedichtet, damit die Seele auch fühlen könne, was der Glaube bedeute.

Nein zur Plastiktüte

Wenn wir jetzt Reformation feiern, dann bedeute das auch für uns, Verantwortung zu tragen für die Welt in der wir leben und uns einzumischen, gab Gerhardt zu bedenken. Seit langem hätten Christen so gehandelt: Sie hätten Krankenhäuser, Schulen sowie soziale Einrichtungen gebaut und setzten sich für Menschenrechte ein. Doch es gebe auch die Verantwortung im Kleinen, wie in Ehe und Familie, der Nachbarschaft und für das Gemeinwohl. Da stelle sich beispielsweise die Frage: Gehe ich zur Wahl oder überlasse ich es den Radikalen welchen Einfluss

sie auf unser Land nehmen? Oder sage ich „Nein“ zur Plastiktüte im Geschäft, weil dadurch die Schöpfung Gottes geschädigt wird?

„Was braucht der Mensch heute?“, fragte Gerhardt zusammenfassend. Schreckensmeldungen, Drohungen und Kälte gebe es genug. Die Menschen bräuchten stattdessen weniger Programme, weniger unseren schlaun Kopf, sondern unser Herz und die menschliche Wärme derer, die dem Licht des Evangeliums folgen. „So stehen wir heute hier, in der Nachfolge Luthers, in der Freiheit des Evangeliums und in der Würde der Verantwortlichkeit. Wir können nicht anders. Gott helfe uns. Amen.“

Luther für Kinder

Schon zuvor hatte Pastor Manuel Füllgrabe den Kindern im Gottesdienst anhand eines kreativen Klapp-Buches mit Figuren erklärt, warum damals der Ablassprediger Johann Tetzel mit seiner großen Geldkiste durch Deutschland zog und wieso sich deswegen der kleine Mönch Martin mit den Großen seiner Kirche stritt.

Den „alten Glauben“ öffentlich bezeugen

Nach der Predigt äußerten auch die Präsidenten des Nord- und Süddeutschen Verbandes der Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten, die Pastoren Johannes Naether (Hannover) und Werner Dullinger (Ostfildern bei Stuttgart), einige Gedanken zur Reformation. Das Reformationsjubiläum sollte nach Dullinger wieder Mut machen, „den alten Glauben“ auch öffentlich wieder zu bezeugen. Selbst mit Freunden werde heute über alles Mögliche gesprochen, jedoch kaum über Glaubensdinge. Dabei gehe es jedoch nicht darum, dem Anderen zu sagen, wo er zu stehen hat, sondern zunächst einmal herauszufinden, wo ich selbst stehe und was die Werte sind, an denen ich mich orientiere. Danach gelte es interessiert zuzuhören, was den Anderen bewegt, um sich darüber auszutauschen.

Die Reformation brauchte die verschiedensten Typen

Für Naether sei es faszinierend, dass Martin Luther zwar als Mönch geprägt gewesen sei, sich jedoch entwickelt habe. Der Reformator wäre seiner Erkenntnis gefolgt ohne abschätzen zu können, was daraus wird. Die Reformation habe die „verschiedensten Typen“ benötigt. So auch Philipp Melanchthon als Philologe, Philosoph, Humanist, Theologe und Lehrbuchautor, oder den Zürcher Reformator Ulrich Zwingli sowie den Genfer Reformator Johannes Calvin. Die Reformation könne nicht nur auf Luther fixiert werden. So sei beispielsweise das Abendmahlsverständnis der Adventisten nicht von Luther geprägt, sondern von der Reformierten Kirche, die aus der Reformation Calvins und Zwinglis hervorging. Zudem müsse auch der oft vergessene „dritte Flügel“ der Reformation, das Täuferium, berücksichtigt werden. Als „Erben der Reformation“ hätten die Adventisten auch Anteil an der Täuferbewegung, die sich für die Taufe von Glaubenden, den Verzicht auf Wehrdienst und das Eintreten für die Religionsfreiheit einsetzte.

Reformation bedeutet ständige Erneuerung

Dass Martin Luther auch ein „Kind seiner Zeit“ war, sprach Werner Dullinger an. Denn Aussagen des Reformators über die Juden oder den Umgang mit den aufständischen Bauern gehörten heute zu den kritischen Aspekten seines Wirkens. Deshalb gelte es trotz aller Wertschätzung Luthers bei seiner Erkenntnis nicht stehen zu bleiben. Reformation bedeutet auch die ständige Erneuerung der Kirche. Auch die Siebenten-Tags-Adventisten seien mit ihrer Erkenntnis noch nicht am Ende. Dullinger verwies auf die Präambel in den „Glaubensüberzeugungen“ der weltweiten Adventisten, wo es heißt: „Diese Glaubensaussagen stellen dar, wie die Gemeinde die biblische Lehre versteht und bezeugt. Eine Neufassung ist anlässlich einer Vollversammlung der Generalkonferenz (Weltsynode) dann zu erwarten, wenn die Gemeinde durch den Heiligen Geist zu einem tieferen Verständnis der biblischen Wahrheit gelangt oder bessere Formulierungen findet, um die

Lehren des heiligen Gotteswortes auszudrücken.“

Adventisten und das Reformationsjubiläum

Der Gottesdienst in Wittenberg ist der Auftakt für die Adventisten zum Reformationsjubiläum gewesen. Bereits im Mai 2016 hatte an der Theologischen Hochschule Friedensau das internationale Symposium mit adventistischen Historikern und Theologen zum Thema „Auffassungen der protestantischen Reformation bei den Siebenten-Tags-Adventisten“ stattgefunden. Der Advent-Verlag Lüneburg wird zum Thema „Luthers Reformation aus Sicht der Siebenten-Tags-Adventisten“ ein Buch herausgeben. Weitere Veröffentlichungen sind geplant. Auch „Hope Channel“ Fernsehen und Radio nehmen den Reformationsgedanken in unterschiedliche Sendeformate auf. Außerdem sind im Juli 2017 Mitarbeiter der adventistischen Weltkirchenleitung in Deutschland zu Gast und werde einige historische Orte der Reformation aufsuchen. Diese Studienreise soll ebenfalls vom „Hope Channel“ begleitet werden.

Martin Luthers Berufsethik für christliche Soldaten

Ein Ritter fragt Luther

Am 15.5.1525 kämpfte der Freund Luthers, Ritter Assa von Kram, als sächsisch-kurfürstlicher Oberst mit seiner Reiterei in der Schlacht bei Frankenhausen gegen die aufständischen Bauern. Viele der bereits fliehenden Aufständischen wurden dabei niedergemetzelt. Unter dem Eindruck der Grausamkeiten fragte der Söldnerführer den Reformator, ob ein Christ Soldat sein

dürfe. Luther verfasste daraufhin 1526 die Schrift „Ob Kriegsleute auch in seligem Stande sein können“, die seinem „gestrengen und ehrenfesten“ Freund gewidmet war. Luther ging darin unter anderem auf Erfahrungen von Kriegen im deutschen Bauernkrieg ein.

Christ und Militär – eine alte Frage

Die Frage, ob Christen auch als Soldaten dienen dürfen, sei so alt wie das Christentum selbst, betonte Professorin Wendebourg. Ursprünglich wäre diese Frage mit einem klaren „Nein“ beantwortet worden. Nach damaliger Vorstellung galt das Christentum mit einer Teilnahme am staatlichen Leben als nicht vereinbar. Ein Soldat konnte nicht Mitglied in der Kirche sein. Das führte dazu, dass sich Soldaten erst am Ende ihrer Dienstzeit taufen ließen. Selbst manche oströmischen Kaiser, die viele Jahre den Gottesdienst besuchten, wurden erst auf ihrem Sterbebett getauft. Das galt selbst für Kaiser Konstantin (gestorben 337), der den Aufstieg des Christentums zur wichtigsten Religion im Imperium Romanum einleitete. Erst im Laufe der Jahrhunderte habe sich diese Sicht verändert.

Im Mittelalter sei dagegen die Frage, ob ein Christ auch Soldat sein könne, von der römisch-katholischen Kirche mit einem klaren „Ja“ beantwortet worden; allerdings in einem abgestuften Sinn. Für die meisten Christen wäre der Soldatenberuf möglich. Nur solche Christen, die nach den Prinzipien der Bergpredigt Jesu leben konnten, wie etwa der Klerus, sollten keine Soldaten werden.

Gott wirkt mit und ohne Schwert

Luther habe diese Zweistufenethik abgelehnt, so Dorothea Wendebourg. Die Regeln der Bergpredigt galten nach seiner Meinung für jeden Christen. Allerdings gebe es für Christen auch den Fall, wo staatliche Gewaltanwendung erlaubt, ja sogar geboten sei. Der Reformator vertrat dabei die Lehre von den „Zwei Regimenten“.

Wie die Professorin ausführte, waren damit die zwei Weisen

Gottes gemeint, wie er die Welt regiere. Ein Christ gehöre, so Luther, gleichzeitig dem weltlichen und dem geistlichen Regiment an. Das geistliche Regiment werde durchs Wort Gottes und ohne Schwert ausgeübt. Dadurch sollten die Menschen rechtschaffen und gerecht werden, sodass sie mit dieser Gerechtigkeit das ewige Leben erlangen. Das weltliche Regiment werde durchs Schwert ausgeübt, damit diejenigen, die durchs Wort nicht rechtschaffen und gerecht werden wollen zum ewigen Leben, trotzdem durch ein solches weltliches Regiment gezwungen würden, rechtschaffen zu handeln, damit Frieden unter den Menschen gehalten wird. Denn der Heilige Geist habe nur „einen kleinen Haufen“ von Christen. Die anderen Menschen seien böse und müssten ein weltliches Schwert haben. Wo ein weltliches Regiment sein Amt nicht streng ausübt gebe es „Aufruhr, Morden, Krieg, Weib und Kinder schänden, da niemand sicher zu leben vermag“. Das Militär diene somit der Ausübung staatlicher Gewalt, um gegen die ständige anarchische Bedrohung der Welt zu wirken. Insofern Soldaten im Auftrag des Staates handelten, dürften oder müssten sie unter Umständen gewaltsam tätig werden.

Wendebourg betonte, dass Luther auch das Recht auf Gehorsamsverweigerung einräume, wenn der Christ in seinem Gewissen erkenne, dass der Krieg nicht zu rechtfertigen sei. Krieg wäre nur als Verteidigungskrieg beziehungsweise als „Notkrieg“ zu legitimieren. Hieran gelte es hohe Kriterien zu stellen. So könne der Krieg nur die letzte Maßnahme sein, nachdem Verhandeln und sogar partielles Nachgeben keine Aussicht auf Erfolg hätten.

Eine dauernde Gratwanderung

Als im März 1542 auf Befehl des sächsischen Kurfürsten Johann Friedrich Soldaten zur Besetzung Wurzens auszogen, um Hilfsgelder zur Finanzierung des Krieges gegen die Türken einzutreiben, verurteilte Luther diese Aktion als nicht gerechtfertigt, sodass die „Wurzener Fehde“ unblutig gelöst werden konnte. Andererseits betonte Luther, dass ein Untertan

nicht das Recht habe, sich gegen die von Gott eingesetzte Obrigkeit aufzulehnen. Obwohl der Reformator auch das Verhalten der Fürsten im Bauernkrieg kritisierte, verurteilte er die Aufständischen scharf. Mit drastischen Worten forderte er, man solle „die mörderischen und räuberischen Rotten der Bauern ... zerschmeißen, würgen, stechen, heimlich und öffentlich, wer da kann, wie man einen tollen Hund erschlagen muss.“ So werde deutlich, dass Luthers Lehre von den beiden Regimenten „eine dauernde Gratwanderung“ beinhalte, sagte Dorothea Wendebourg.

Evangelischer Bund

Der Evangelische Bund wurde 1886 gegründet. Seit 1947 arbeitet der Verein mit Sitz in Bensheim/Bergstraße für die Verständigung zwischen den Konfessionen und ist Träger des Konfessionskundlichen Instituts der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), das konfessionskundliche, ökumenische und kontroverstheologische Forschung betreibt.

Das Neue Testament auf Deutsch und Persisch

Zielgruppen

Die Ausgabe richtet sich an Flüchtlinge sowie andere Migrantinnen und Migranten mit der Muttersprache Persisch, gemischtsprachige Bibelkreise und Mitarbeitende in der kirchlichen Flüchtlingsarbeit. Nach den Erfahrungen der Bibelgesellschaften suchen viele christliche Flüchtlinge Trost in den Worten der Bibel. Andere Migranten wollen mehr über den

christlichen Glauben ihres deutschen Gastlandes erfahren. Zweisprachige Bibelausgaben helfen zudem, eine fremde Sprache zu erlernen.

Gute Nachricht Bibel

Die Gute Nachricht Bibel ist eine moderne und texttreue Bibelübersetzung in zeitgemäßer Sprache. Es handelt sich um die erste sogenannte kommunikative Bibelübersetzung auf Deutsch. Sie wendet sich an Leserinnen und Leser, denen die klassische Kirchen- und Bibelsprache nicht vertraut ist. Diese Bibel wird gemeinsam von den evangelischen und katholischen Bibelgesellschaften und -werken der deutschsprachigen Länder herausgegeben. Bis heute ist sie die einzige komplett ökumenisch übersetzte deutsche Bibel.

Today's Persian Version

Die Today's Persian Version folgt den gleichen Übersetzungsprinzipien wie die Gute Nachricht Bibel. Das Neue Testament ist erstmals 1976 erschienen. Seit 2007 gibt es die komplette Bibelausgabe mit dem Alten Testament, herausgegeben vom Weltverband der Bibelgesellschaften (United Bible Societies). Die Sprache Persisch, auch Farsi genannt, wird vor allem in Persien sowie in Teilen Afghanistans, Tadschikistans und Usbekistans gesprochen. Sie ist für rund 75 Millionen Menschen die Muttersprache, und weitere 50 Millionen nutzen sie als Zweitsprache. Damit ist sie die wichtigste indoeuropäische Sprache in Zentralasien.

Kardinal Koch: Luther wurde von drei Päpsten rehabilitiert

Kurienkardinal Kurt Koch, Präsident des Päpstlichen Rates zur Förderung der Einheit der Christen, äußerte sich am 26. Oktober vor Journalisten vor der Reise von Papst Franziskus nach Lund/Schweden am 31. Oktober zum gemeinsamen Reformationsgedenken mit den Lutheranern.

Die wichtigen Päpste-Statements zu Luther begannen mit den Erläuterungen von Johannes Paul II. bei seinem Besuch in Deutschland – in Mainz -, als er betont habe, „dass wir viel lernen können von Luther“, so Koch: „Dann haben wir die schöne Rede von Papst Benedikt in Erfurt, wo er sagte, das größte Anliegen Luthers sei die Gottesfrage gewesen. Die Zentralität der Frage Gottes und der Christozentrismus waren die wichtigsten Anliegen im Leben und Werk Luthers, und Papst Benedikt hat das ganz deutlich anerkannt. Das ist für mich auch das Wichtigste, und das ist das, was wir über Luther sagen können und was wir aus der Theologie und den Sorgen Luthers lernen können“, so der Kardinal wörtlich.

Allerdings seien die theologischen Unterschiede um das Amt, die Kirche und die Eucharistie weiterhin vorhanden, räumte Koch ein.

Kommt Zulassung zum Abendmahl?

Er, Koch, und die Führung des Lutherischen Weltbunds (LWB) – nämlich LWB-Präsident Bischof Munib Younan und LWB-Generalsekretär Martin Junge – hofften, dass die Ereignisse in Schweden hier neue Impulse geben könnten. Diese Hoffnung schließe ein, dass es neue Übereinkommen und sogar neue Vereinbarungen zur gegenseitigen Teilhabe am Eucharistischen Tisch geben könnte, sagte Kardinal Koch.

In ähnlicher Weise hatte sich am 21. Oktober bereits Kochs Mitarbeiter im Ökumenerat, Bischof William Kenney, in einem Interview gegenüber dem katholischen US-Webportal „cruknow.com“ geäußert. Es sei zu erwarten, dass eines der Ergebnisse des Ökumene-Besuchs zur gemeinsamen Reformationsjahr-Eröffnung mit dem LWB in Schweden ein weiterer Schritt zur Öffnung sowie zur gegenseitigen Zulassung zum Abendmahl sein werde, so Kenney. Zum Inhalt der in Lund verabschiedeten Gemeinsamen Erklärung äußerte sich der Bischof nicht, so Kathpress. Der Text bleibe bis zum 31. Oktober unter Verschluss.

Experte hofft auf Ökumene-Zielbestimmung

Der Salzburger Ökumene-Experte Gregor Maria Hoff sagte in einem Interview mit der Kooperationsredaktion der österreichischen Kirchenzeitungen (Ausgabe 27. Oktober), er hoffe, dass in der Gemeinsamen Erklärung von Lund in Schweden „nicht nur bestimmt wird, was im ökumenischen Dialog bisher erreicht wurde, sondern auch, welche Ziele unmittelbar anstehen, gerade bei den neuralgischen Punkten – den Fragen des kirchlichen Amtes, des Abendmahls und des Papsttums“. Letztlich hänge alles stark davon ab, was Papst Franziskus in Lund tun werde. „Ich erwarte mir jedenfalls ein Zeichen ökumenischen Mutes“, so Hoff.

Lund als Ökumene-Destination – kluge Wahl

Von katholischer und evangelischer Seite sei klug gewesen, dass Lund und nicht Wittenberg als Ökumene-Destination ausgewählt worden sei, so Hoff: „Papst Franziskus in Wittenberg würde vielleicht das Reformationsgedenken überstrahlen. Außerdem ist zu respektieren, dass der Lutherische Weltbund klar gesagt hat, dass Reformation heute keine allein deutsche Sache mehr ist, sondern schon länger weltweite Dimensionen hat. Deshalb eröffnet der Bund das Jahr des Reformationsgedenkens in Lund, wo er vor 70 Jahren gegründet wurde, und hält seine Generalversammlung 2017 in Windhuk (Namibia) ab. Den Papst nach Wittenberg einzuladen,

würde das durchkreuzen.“

Gegenseitige eucharistische Gastfreundschaft?

Auch wenn man „keine utopischen Vorstellungen“ davon haben sollte, wie Kircheneinheit aussehen könne, heiÙe das aber nicht, „dass wir auf ewig auf eine gemeinsame Abendmahlsfeier verzichten müssen“, sagte Hoff. „Wenn wir das nicht zumindest auf Basis einer gegenseitigen eucharistischen Gastfreundschaft schaffen, wie sollen wir da jemals zu einer Einheit kommen?“

Unter Führung des Heiligen Geistes sei „mehr machbar, als wir uns vorstellen können“, so der Theologe, und weiter: „Wenn wir die gemeinsame Taufe und gemeinsame Märtyrer haben und sagen, dass wir im Heiligen Geist glauben – und nicht weil man katholisch oder evangelisch ist – frage ich mich: Ist da die Einheit nicht stark genug, dass wir in besonderen Situationen, wenn es darum geht, das gemeinsame Christentum zu bekennen, nicht auch gemeinsam Abendmahl/Eucharistie feiern? Ist es da nicht möglich die Art, wie die Gegenwart Christi jeweils verstanden wird, dem Heiligen Geist zu überlassen?“

Weitere Beiträge rund um das Reformationsjahr 2017 und die Papstreise nach Schweden unter www.kathpress.at/reformation

**„Fröhlich in dir“ – Gebetbuch
der GEKE zum**

Reformationsjubiläum

Das durchgängig vierfärbig bebilderte Buch enthält mehr als 40 zeitgenössische Gebete und Meditationen, „bereitgestellt von Menschen aus ganz Europa, die aus dem kirchlichen oder akademischen Umfeld kommen und der Arbeit der GEKE seit Jahren, teilweise seit Jahrzehnten verbunden sind“, erläutert der Generalsekretär der GEKE, Bischof Dr. Michael Bünker.

Die Gebete seien in der jeweiligen Muttersprache der Autorinnen und Autoren abgedruckt; in jenen Fällen, wo dies nicht eine offizielle GEKE-Sprache (Deutsch, Englisch, Französisch) sei, liege auch eine Übersetzung in eine dieser Sprachen vor. Auf diese Weise sei eine Sammlung von Texten in Dänisch, Estnisch, Italienisch, Niederländisch, Norwegisch, Ungarisch sowie Deutsch, Englisch und Französisch zustande gekommen, heißt es in einer Medienmitteilung der GEKE.

Demnach kommen zu den modernen Gebeten neun „Alte Worte für heute“ aus der Reformationszeit, deren Sprache lediglich behutsam angepasst wurde. „Uns war wichtig, auch dieses Erbe, das die zentrale und zeitlose Bedeutung des Gebets für das christliche Leben unterstreicht, mit in das Buch aufzunehmen“, sagt Dr. Jochen Arnold, Liturgie-Beauftragter der GEKE. Die Gliederung des Buchs folge bewusst nicht liturgischen oder konfessionellen Kriterien, so Arnold: „Sowohl vom Umfang, als auch von der Tonalität her sind die Materialien vielseitig verwendbar – ob privat oder im Gottesdienst, im Bibelkreis oder in einer mehrsprachigen Andacht.“

Das Bildmaterial stammt laut GEKE zu einem guten Teil aus den „Reformationsstädten Europas“, auch dies ein Projekt der GEKE zum 500. Jubiläum der Reformation. „Das Gebetbuch soll einfach auch gerne zur Hand genommen und betrachtet werden“, so GEKE-Generalsekretär Bünker. „Wir freuen uns über das reiche Erbe der Reformation, und das kommt auch im Buchtitel zum Ausdruck.“ Das 102 Seiten umfassende Gebetbuch ist über den

Buchhandel (ISBN: 978-3-85073-318-2) erhältlich.

Gemeinschaft Evangelischer Kirchen in Europa (GEKE)

Zur Gemeinschaft Evangelischer Kirchen in Europa (GEKE) – Leuenberger Kirchengemeinschaft – haben sich 94 protestantische Kirchen in Europa sowie in Südamerika zusammengeschlossen. Lutherische, reformierte, unierte, methodistische und vorreformatorische Kirchen gewähren einander durch ihre Zustimmung zur Leuenberger Konkordie von 1973 Kanzel- und Abendmahlsgemeinschaft.

Adventist als Präsident des obersten Gerichtshofs in Kenia vereidigt

Die Abgeordneten der Nationalversammlung von Kenia hatten am 18. Oktober der Ernennung von Richter Maraga zugestimmt. Er war am 19. Oktober auf dem Gelände der offiziellen Residenz des Staatspräsidenten Uhuru Kenyatta, in der Hauptstadt Nairobi, zum Präsidenten des obersten Gerichtshofs vereidigt worden, nachdem sein Vorgänger in den Ruhestand getreten war.

Staatspräsident Kenyatta hatte David Maraga, zuvor Richter am Appellationsgericht, als Präsident des obersten Gerichtshofs auf Empfehlung der Justizdienstkommission bestätigt. Diese Kommission setzt sich aus Richtern des obersten Gerichtshofs sowie weiteren Rechtsexperten zusammen. David Maraga kann sein Amt grundsätzlich bis zum Erreichen des obligatorischen Rentenalters von 70 Jahren ausführen.

Keine Gerichtssitzungen am Samstag

Im August machten Aussagen von David Maraga landesweit Schlagzeilen, als er auf die Frage eines Mitglieds der evaluierenden Justizdienstkommission, ob er am Samstag als Präsident des obersten Gerichtshofs arbeiten würde, antwortete: „Es wäre für mich sehr schwierig, an einem Samstag zu Gericht zu sitzen, um einen Fall anzuhören!“ Er würde immer seinem Glauben Vorzug vor der Arbeit geben, so Maraga. Es entspreche seiner Gewohnheit, am Samstag, dem biblischen Ruhetag, den Gottesdienst zu besuchen.

Weihegebet vor Amtsantritt

Am 20. Oktober, dem Folgetag seiner Vereidigung, hat Richter David Maraga Pastor Blasious Ruguri, Präsident der teilkontinentalen Kirchenleitung der Siebenten-Tags-Adventisten in Ost-Zentralafrika (East-Central Africa Division) gemeinsam mit anderen Mitgliedern der Kirchenleitung sowie weiteren Richtern in seinen Plenarsaal gebeten, um ein Weihegebet zu sprechen. Als überzeugter Christ sei es ihm wichtig, dass vor Amtsantritt ein Weihegebet gesprochen werde, so Maraga.

Pastor Blasious Ruguri ermutigte dazu, für David Maraga zu beten. Viele Kenianer hofften, dass der Präsident des obersten Gerichtshofs der Regierung helfen werde, die Korruption im Land zu bekämpfen, so Ruguri.

Adventisten in Kenia

Zur Kirche der Siebenten-Tags-Adventisten in Kenia gehören rund 867.000 Mitglieder, die in etwa 9.000 Kirchgemeinden Gottesdienst feiern. Im Land mit 45 Millionen Einwohnern sind rund 83 Prozent Christen, die Hälfte davon Protestanten. 11 Prozent der Bevölkerung sind Muslime. Es gibt laut Wikipedia nur noch wenige Anhänger traditioneller afrikanischer Religionen.

Adventisten gedenken erster Kapelleneinweihung in Europa vor 130 Jahren

Am Morgen gab René Frauchiger einen geschichtlichen Überblick zur Vorläuferbewegung der Siebenten-Tags-Adventisten in der Schweiz. Michael Belina Czechowski, ein ehemaliger polnischer Priester, der in den USA mit den Siebenten-Tags-Adventisten in Kontakt gekommen war, verkündete ab 1865 in den Städten des Jurabogens die baldige Wiederkunft Jesu Christi sowie den Sabbat (Samstag) als biblischen Ruhetag. Das war der Grund, weshalb seine Bewegung („Mission évangélique européenne de la seconde venue du sauveur“) und deren Mitglieder kurzerhand als „Sabbatarier“ bezeichnet wurden. Im Februar 1866 taufte er nachts zwei Personen im Neuenburgersee, denen in den folgenden Monaten weitere folgten, sodass 1867 in Tramelan eine erste Gemeinde gegründet und Albert Vuilleumier zu deren Gemeindeältestem eingesegnet wurde. Im Dezember 1883 wurde daraus eine offizielle Gemeinde der Siebenten-Tags-Adventisten. Am 25.12.1886 fand die Einweihung der ersten Kapelle der Adventisten in der Schweiz und in Europa im Beisein von Ellen G. White, der amerikanischen Kirchenmitbegründerin, in Tramelan statt. Das Gebäude war aber nicht im Besitz der Adventisten, sondern gehörte der Familie Roth.

Jim Nix, Leiter des Ellen G. White Estate, der Nachlassverwaltung der Kirchenmitbegründerin Ellen G. White, schilderte anschließend im Überblick deren Aktivitäten in Tramelan, wo sie unter anderem 1886 in der Kirche der Baptisten Vorträge hielt.

Der Wissensdurst des Schweizer Ademar Vuilleumier, der damals ohne jegliche Englischkenntnisse an der adventistischen Gemeindeschule in Battle Creek, Michigan/USA, startete und lernte, habe eine ausschlaggebende Wirkung auf die Entstehung des weltweiten adventistischen Bildungswerks gehabt, so Nix. Es sei den adventistischen Pionieren am Beispiel von Ademar Vuilleumier klar geworden, dass sie Bildung und damit Jugendliche fördern mussten, um das Evangelium weltweit zu verbreiten.

Am Nachmittag gab Pastor John Graz, ehemaliger Leiter der Abteilung für Außenbeziehungen und Religionsfreiheit der adventistischen Weltkirche, einen Einblick in die Entwicklung der evangelischen Freikirche. Aus kleinen Anfängen sei diese weltweit zu einer 19,5 Millionen Mitglieder zählenden Kirche geworden, die in über 205 Ländern und Territorien der Welt tätig sei. Der Einsatz für das Menschenrecht der Religionsfreiheit sei zentral für Adventisten, so Graz. Eine Luftballonaktion und ein klassisches Konzert rundeten die Veranstaltung ab.

Adventisten in der Schweiz und in Deutschland

Heute gibt es rund 4.500 erwachsen getaufte Mitglieder der Siebenten-Tags-Adventisten in der Schweiz, die samstags in 52 Kirchengebäuden Gottesdienst feiern. In Deutschland gibt es rund 35.000 Adventisten. Die ersten Gemeinden in Deutschland wurden im Jahr 1876 in Solingen und Vohwinkel (Wuppertal) gegründet.

Film „TELL the WORLD“ - über die Anfänge der Siebenten-Tags-Adventisten

Die Weltkirchenleitung der Siebenten-Tags-Adventisten, mit weltweit 19,5 Millionen Mitgliedern, hat einen sechsteiligen Episodenfilm über ihre Pioniere sowie die ersten Jahre der Anfänge der Kirche im 19. Jahrhundert in Nordamerika produziert.

„Wir dürfen unsere Geschichte nicht vergessen“, sagte Pastor Chester Stanley, Präsident der Adventisten in Australien, zum Film. Die adventistischen Jugendlichen müssten über die Ursprünge der Kirche informiert werden und erfahren, „wie Gott geführt hat“, so Stanley.

Der Film zeige die ernsthafte Suche nach Wahrheit der adventistischen Pioniere, die intensiv geführten theologischen Debatten sowie die Rolle, welche der Mitgründerin der Kirche, Ellen Gould White, in der Entstehungszeit der evangelischen Freikirche zugekommen sei.

Um die damalige Realität so getreu wie möglich abzubilden hätten adventistische Historiker das Drehbuch und die Szenen genau überprüft, heißt es auf der Webseite, die für den Film geschaltet wurde. Ein Teil der Szenen sei in einem historischen Dorf in Kanada gedreht worden, das eine hohe Authentizität ermögliche.

Der sechsteilige Episodenfilm ist auf Englisch, Französisch, Portugiesisch und Spanisch veröffentlicht worden. Die synchronisierten Sprachversionen sind gleichzeitig mit Untertiteln begleitet. Im Januar 2017 soll auch eine deutschsprachige Version folgen.

Trailer und mehr Infos zum Film auf Englisch:

<http://www.telltheworldfilm.org/>

Links zu vier Sprachversionen des Films:

Englisch:

https://www.youtube.com/playlist?list=PL-k2Gb-DBYo8K8CJN9GKj_XMKEZtg4Pbs

Spanisch:

<https://www.youtube.com/playlist?list=PL-k2Gb-DBYo-AGzL9AsHBlbp735NLERWd>

Französisch:

https://www.youtube.com/playlist?list=PL-k2Gb-DBYo-Ba2CcY0Xqio vXSw28t_MD

Portugiesisch:

https://www.youtube.com/playlist?list=PL-k2Gb-DBYo_qpRsGdZGYrhNLc_ht8XAh

Glaube an Christus befreit

Grundsätze reformatorischer Theologie

Die VEF hebt in ihrer Botschaft wichtige Grundsätze reformatorischer Theologie hervor, wonach das „freimachende Gnadenangebot des Glaubens allen gilt“, wie es in dem Papier heißt. „Die persönliche Entscheidung für den Glauben verändert Menschen.“ Glaube befreie Menschen von zerstörenden Mächten. Einige Grundsätze und Ausdrucksformen reformatorischer Theologie seien von den heutigen Freikirchen in besonderer Weise weiterentwickelt und mit Leben gefüllt worden, etwa das „Priestertum aller Gläubigen“. So stehe in den Freikirchen die

Mitwirkung in Aufgaben und Diensten in der Ortsgemeinde „grundsätzlich allen offen, die sich für den Glauben entschieden haben.“

Errungenschaften der modernen Gesellschaft

Manche Errungenschaften der modernen Gesellschaft seien auf die Reformation zurückzuführen, „und die Freikirchen hatten entscheidenden Anteil daran“, wofür das VEF-Dokument einige Beispiele nennt. So sei eine der Wurzeln des modernen Freiheitsverständnisses – vor allem in Nordamerika – von baptistischen Theologen wie Roger Williams ausgegangen. Diese hätten dazu beigetragen, „dass Religions- und Gewissensfreiheit als Grundrecht für alle deklariert wurde.“ Die Heilsarmee habe sich bereits im 19. Jahrhundert für eine gesellschaftliche Gleichstellung der Frauen engagiert, und der Einsatz für Menschenrechte habe in den Freikirchen eine lange Tradition, wie das Wirken Martin Luther Kings oder der Einsatz der Mennoniten für Frieden beispielhaft zeigten.

Freikirchen Teil einer Erneuerungsbewegung

So seien die Freikirchen Teil einer „historischen Erneuerungsbewegung“. Das Jubiläum 2017 sei für sie Anlass, sich auf ihre „Wurzeln in der Reformation“ und die damit einhergehenden Inhalte zu besinnen: „Wir beten, dass Gott bei allen, die sich mit der Reformation beschäftigen, Glauben weckt und stärkt. Wir wollen so leben und verkündigen, dass Glaube geweckt und gestärkt wird. Der Glaube ist es, der Menschen verändern kann. Gott macht Menschen frei, für ihn haben wir einen unermesslich hohen Wert. Als Ausdruck unseres Glaubens engagieren wir uns für Menschenrechte, für Religions- und Gewissensfreiheit, für Frieden, Respekt und Chancengleichheit.“ Die VEF-Botschaft schließt mit den Worten: „Christus befreit. Das glauben und bezeugen wir.“

Vereinigung Evangelischer Freikirchen

Die Vereinigung Evangelischer Freikirchen wurde 1926 gegründet. Ihr gehören zwölf Mitglieds- und drei Gastkirchen an, darunter auch die Freikirche der Siebenten-Tags-

Adventisten. Verschiedene Arbeitsgruppen der VEF befassen sich mit Themen wie Evangelisation und missionarischem Gemeindeaufbau, gesellschaftlicher Verantwortung, Rundfunkarbeit, Angeboten für Kinder und Jugendliche oder theologischer Aus- und Weiterbildung. Weitere Informationen und die Botschaft der VEF zu „500 Jahre Reformation“ unter: www.vef.de

Amtseinführung des neuen Politikbeauftragten der Evangelischen Allianz

Wolfgang Baake künftig im „ruhigeren aktiven Dienst“

Hartmut Steeb, Generalsekretär der DEA, würdigte den langjährigen Dienst des Theologen und Journalisten Wolfgang Baake (65). Seit der Akkreditierung der Evangelischen Allianz beim Deutschen Bundestag im Jahr 1999 habe Baake das Amt des Beauftragten am Sitz der Bundesregierung bis 2013 ehrenamtlich neben seinem Hauptamt als Geschäftsführer des Christlichen Medienverbundes Kep ausgeübt. Aber schon seit 1982 habe er als Vertreter der DEA und der evangelikalischen Bewegung gewirkt. Mit sehr großem Engagement und leidenschaftlich hätte er dafür gearbeitet, dass „die schon 1846 bei der Gründung der Evangelischen Allianz sehr bewusste gesellschaftspolitische Dimension dieser Bewegung in unsere Zeit hinein aktualisiert und mit Leben erfüllt wurde“, so Steeb. Er verabschiedete den immer noch ehrenamtlich tätigen Baake nicht in den Ruhestand, sondern in den „ruhigeren aktiven Dienst“.

Der Neue: Uwe Heimowski

Der Vorsitzende der DEA, Dr. Michael Diener, betonte bei der Amtseinführung von Uwe Heimowski, dass es für Christen auch gelte gesellschaftliche Verantwortung „unter Achtung der Überzeugung anderer“ zu übernehmen. Heimowski arbeitete im Anschluss an seine Ausbildung als staatlich anerkannter Erzieher für die Heilsarmee in Hamburg, übernahm danach die pädagogische Leitung eines Jugendheimes mit zwei Förderschulen und baute in Rückersdorf in Thüringen die erste christliche Suchthilfeeinrichtung für minderjährige Jugendliche auf. Er war darüber hinaus als Dozent für Sozial- und Wirtschaftsethik an der Berufsakademie Gera tätig.

Der Diplomtheologe hat in Hamburg, Basel, Leipzig und Halle Theologie studiert und ist seit 14 Jahren zu 50 Prozent als Gemeindereferent in der Funktion eines Pastors der Evangelisch-Freikirchlichen Gemeinde Gera tätig. Seit 2009 arbeitet er darüber hinaus als Referent für Menschenrechte und Öffentlichkeitsarbeit des Bundestagsabgeordneten Frank Heinrich (CDU) aus Chemnitz.

Als langjähriges Mitglied im Jugendarbeitskreis und des Konferenzausschusses der Bad Blankenburger Allianzkonferenz ist Uwe Heimowski die Arbeit der Deutschen Evangelischen Allianz vertraut. Zu seinen Ehrenämtern gehört auch die Mitgliedschaft im Vorstand des Christlichen Medienverbundes kep und das Stadtratsmandat in Gera. Heimowski ist verheiratet und hat mit seiner Ehefrau Christine fünf Kinder. Sein Dienst bei der DEA begann bereits am 1.10.2016.

Sich mit den Problemen dieser Welt befassen

In seiner Antrittsrede nahm Uwe Heimowski Bezug auf das Bibelwort in Jeremia, Kapitel 29: „Suchet der Stadt Bestes“. Der alttestamentliche Prophet empfahl den nach Babylon verschleppten Juden sich dort nicht nur durch den Bau von Häusern und der Gründung von Familien einzurichten, sondern sich auch um das Wohlergehen der Stadt zu bemühen. Denn, so Jeremia, wenn es der Stadt gut geht, werde es auch den

Weggeführten gut gehen.

Heimowski: „Das, was wir selbst tun können, sollten wir nicht Gott in die Schuhe schieben. Wo wir mit unserem Wirken an Grenzen stoßen, können wir zu Gott für jene beten, denen wir nicht helfen können.“ Oft gebe es keine schnellen Lösungen. Dann gelte es, auch auf andere zu hören, was sie dazu sagen. Nützlich wäre zur Orientierung zudem ein Kompass. Für Christen sei das die Bibel, sodass sie auch die Frage stellten: „Was hätte Jesus in solch einem Fall getan?“ Doch Orientierung allein nutze wenig, wenn nicht entsprechend gehandelt werde. Es gelte sich nicht aus dem gesellschaftlichen Leben zurückzuziehen, sondern sich mit den Problemen dieser Welt zu befassen. Der neue Politikbeauftragte schätze es sehr, in einem Land zu leben in dem Frieden und Freiheit herrsche. Er sei dankbar für den demokratischen Rechtsstaat in Deutschland. Er wolle in seiner Arbeit eine „große Breite“ suchen, sowohl thematisch wie auch im Kontakt mit den Kirchen und allen im Bundestag vertretenen Parteien.

Sein Vorgänger Wolfgang Baake bedauerte in seinem Grußwort, dass es in vielen Ländern keine Freiheit wie in Deutschland gebe. Er bat Heimowski deshalb sich besonders für die verfolgten Christen in aller Welt einzusetzen.

Nicht als Solist arbeiten

Der Theologische Referent beim Bevollmächtigten des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) in Berlin, Oberkirchenrat Joachim Ochel, erklärte, der Beitrag der Kirchen sei auch in der Politik gefragt. Dazu müssten sie „dicht am politischen Geschehen dran sein“ und einen „guten Kontakt zum Gegenüber“ pflegen. Er ermunterte Heimowski, dies „nicht als Solist“ zu tun, sondern die Interessen der Evangelischen Allianz einzubringen, zugleich aber auch das wahrzunehmen, was andere sagen.

In einem persönlich gehaltenen Grußwort erinnerte Peter Jörgensen, Beauftragter der Vereinigung Evangelischer

Freikirchen am Sitz der Bundesregierung, an den Einsatz bedeutender Christen und christlicher Organisationen für Menschenrechte (Martin Luther King), gegen Sklaverei (William Wilberforce) und gegen die seelischen und sozialen Nöte von Menschen (die Heilsarmee). Christen müssten mitwirken am „Gemeinwohl und am Globalwohl“.

Christentum ist mehr als Ostereier und Christstollen

Der Vorsitzende der CDU/CSU-Fraktion im Bundestag, Volker Kauder, ermutigte dazu, im Dialog mit den Parlamentariern die richtige „Mischung aus Fordern und Fördern zu finden“. Er versicherte: „Die Stimme der Christen wird auch im Bundestag gehört.“ Als ein Beispiel nannte er das Verbot der geschäftsmäßigen Sterbehilfe, das auch ein Anliegen der Evangelischen Allianz sei. Selbst wenn manch ein Christ von bestimmten Entscheidungen enttäuscht sei, sollte er bedenken, dass es in der Politik Menschen gebe, die an Gott glauben und um den richtigen Weg ringen würden.

Volker Beck, religionspolitischer Sprecher der Bundestagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen, forderte dazu auf, den „hochaktuellen Auftrag“ dessen, „was das Christentum im Kern ausmacht“, zu leben. Das seien nicht „Ostereier und Christstollen“, sondern das „dreifache Liebesgebot Jesu“: zu Gott, zu sich selbst und zu anderen Menschen. Christen sollten sich nicht nur für verfolgte Christen, sondern auch für andere Minderheiten einsetzen. Er rief die Christen auf, gemeinsam mit den Politikern herauszufinden, was das Beste für unser Land sei.

Neben der römisch-katholischen und der evangelischen Kirche sowie der DEA hat auch die Vereinigung Evangelischer Freikirchen (VEF) einen Beauftragten am Sitz der Bundesregierung. Zur VEF gehören in Deutschland 14 Freikirchen mit zusammen fast 300.000 Mitgliedern. Peter Jörgensen ist seit 2007 dieser Beauftragte. Er arbeitet zugleich als Pastor in einer sozialdiakonisch und missionarisch orientierten Baptistenkirche in Berlin-Wedding.

Viele Kinder in Moskau besuchen Schulfach „Grundkenntnisse der Orthodoxie“

Die Alternative zum Fach „Grundkenntnisse der Orthodoxie“ wäre das Fach „Grundkenntnisse der säkularen Ethik“. Die Pressestelle des russischen Erziehungsministeriums stellte ergänzend fest, dass in Moskau „Grundkenntnisse der Orthodoxie“ im Rahmen des föderationsweiten Faches „Religiöse Grundkenntnisse“ angeboten wird. Da in Moskau vor allem orthodoxe Christen leben, werde hier dieser Rahmen durch „Grundkenntnisse der Orthodoxie“ ausgefüllt. In anderen Föderationsgebieten, etwa in Daghestan, würden im Rahmen des Faches „Religiöse Grundkenntnisse“ Informationen über den Islam vermittelt. Marina Sacharowa hielt zugleich fest, dass in der Region Moskau auch muslimische Eltern ohne Bedenken eine Entscheidung für das Fach „Grundkenntnisse der Orthodoxie“ treffen könnten, da es dabei nicht um „einen religiösen, sondern um einen kulturellen Gegenstand“ gehe.

Aus den Formulierungen der regionalen Unterrichtsministerin wurde deutlich, dass das vor einigen Jahren in der Russischen Föderation eingeführte Fach „Religiöse Grundkenntnisse“ nicht mit einem konfessionellen Religionsunterricht – wie er etwa in Österreich, Deutschland oder Italien üblich ist – verwechselt werden darf. Es handelt sich um eine „Information über

Religion“, die aber keinerlei Verkündigungscharakter hat. Zudem wird das Fach nicht überall in der Föderation in gleichem Maße angeboten.

Einführung des konfessionellen Religionsunterrichts gescheitert

Bestrebungen der Russisch-Orthodoxen Kirche (Moskauer Patriarchat), die Wiedereinführung eines konfessionellen Religionsunterrichts an den staatlichen Schulen wie vor dem Lenin-Dekret vom 20.1.1918 („Über die Trennung der Kirche vom Staat und der Kirche von der Schule“) zu erreichen, sind bisher am entschiedenen gemeinsamen Widerstand sowohl der Anhänger der sowjetischen Tradition als auch des westlich orientierten Neo-Säkularismus gescheitert.

Christen wollen Befreiung von Mosul, aber keine Rache

Die Hoffnung der Christen sei es immer gewesen, dass es zu einer „Befreiung ohne Waffengewalt“ kommt, betonte der Bischof: „Wir möchten die sichere Befreiung der kleinen Städte und Dörfer der Ninive-Ebene, wo die Christen und ihre Vorfahren seit 2.000 Jahren zu Hause sind.“

Die IS-Terroristen hätten vieles zerstört, die Dörfer, die Kirchen, die Moscheen, die Kunstwerke. Aber die Schuld liege auch bei jenen, die den Terroristen „Waffen und Munition verkauft“ und ihnen auf dem Schwarzmarkt das illegal geförderte Erdöl abgenommen hätten. „Die Welt hat nur zugeschaut“, bedauerte Bischof Warduni: „Es hätte genügt, den

Terroristen keine Waffen zu verkaufen, es hätte genügt, ihnen die Finanzquellen abzuschneiden“. Aber niemand habe sich gerührt und so sei der vorübergehende Sieg des Bösen möglich gewesen.

In der jetzigen Phase des Kampfes um Mosul und die Ninive-Ebene sei es wichtig, „dass nicht eine ethnische Gruppe über die andere triumphiert, dass es keine Racheakte gibt“, betonte der Bischof. Leider sei zu befürchten, dass es anders kommt, es fehle der humane Geist, der „wahrhaft religiöse Geist“. Wenn es so komme, wäre das eine „große Katastrophe“ für den Irak, „wie in Aleppo und anderswo“.

Die Rückkehr der Christen nach Mosul und in die Städte und Dörfer der Ninive-Ebene könne beim Prozess der nationalen Versöhnung hilfreich sein, so Bischof Warduni. Aber noch sei es zu früh, darüber zu spekulieren. Solange es Hass und Rache gebe, sei daran nicht zu denken.

Der chaldäisch-katholische Erzbischof von Kirkuk, Yousif Thomas Mirkis, teilte mit, dass er für die Zivilbevölkerung von Mosul bete. Erzbischof Mirkis hat in den beiden letzten Jahren vielen Familien geholfen, die aus Mosul fliehen mussten. Bei der jetzigen Großoffensive der irakischen Armee, der kurdischen „Pesch Merga“ und verschiedener Milizen gebe es zwar ein eklatantes Übergewicht über die Einheiten der IS („Daesch“)-Terroristen. Aber es sei zu befürchten, dass die Terroristen bis zuletzt Widerstand leisten und möglicherweise Frauen und Kinder als menschliche Schutzschilde missbrauchen werden. Je länger die militärischen Operationen zur Zerschlagung der Terrortruppe dauern, umso mehr zivile Opfer werde es geben.

Erzbischof Mirkis betonte, dass zehntausende vertriebene Christen aus Mosul und der Ninive-Ebene vor zwei Jahren in der Erdölmetropole Kirkuk und in Suleimaniya Zuflucht gefunden haben. Mit Unterstützung vor allem aus Frankreich und Deutschland sei es möglich gewesen, allein in Kirkuk 800

Familien eine würdige Wohnmöglichkeit zu verschaffen und 550 Jugendlichen ein Weiterstudium an der Universität zu ermöglichen. Diese Sorge um die Jugend sei besonders wichtig, so der Erzbischof: „Denn beim Wiederaufbau des Irak müssen auch die Christen mithelfen“.

Drittes Flugzeug ergänzt Flugdienst der Adventisten in Papua-Neuguinea

Das einmotorige Turbinenflugzeug der Pacific Aerospace Corporation PAC-750 XSTOL ist das dritte in der Flotte von zwei weiteren PAC-750 Flugzeugen des adventistischen Flugdienstes auf Papua-Neuguinea. Es wurde in einem viertägigen Transport von Jeff Downs, AAS-Geschäftsleiter, von Neuseeland nach Papua-Neuguinea überführt.

Die Steigfähigkeit des Flugzeugs sei im Hochland ausgesprochen wichtig, um nach dem Start die Bergkuppen überqueren zu können, schreibt Adventist Aviation Services (AAS). Gewisse Landeplätze hätten eine Steigung von bis zu 18 Prozent oder lägen an Bergkanten beziehungsweise in einem Talkessel, die nur einen Landeversuch zuließen. Beim Fliegen orientierten sich die Piloten an den Flüssen Fly und Sepik, die beide über 1000 Kilometer lang seien. Ohne Flugzeuge lägen isolierte Orte zwei Tage Fußmarsch von Hauptverkehrsstraßen entfernt.

Der adventistisch Flugdienst ist in Goroka/Papua-Neuguinea stationiert und spiele für die adventistische Kirche im Land

eine zentrale Rolle, schreibt AAS. Die Adventisten betreiben 600 Kliniken, Schulen und Missionsstationen in Papua-Neuguinea. Die Piloten beförderten Kranke in Kliniken, sowie medizinisches Personal, Hilfswerksmitarbeiter, Mechaniker, Pastoren, Lehrpersonal und Baumaterial ins abgelegene und hüglige Hochland zu mehr als 500 Buschlandepisten. Der adventistische Flugdienst bietet auch Flüge gegen Bezahlung an, um damit den Flugdienst mitzufinanzieren.

Adventist Aviation Services (AAS) wurde 1964 gegründet und ist damit seit 52 Jahren in Papua-Neuguinea tätig. Es würden qualifizierte Mitarbeitende in verschiedensten Funktionen gesucht, schreibt AAS.

Religiös motivierte Übergriffe in Asyleinrichtungen bundesweit

Es geht um Opferschutz

Es gehe den an der Erhebung beteiligten Organisationen „Open Doors“, „Aktion für verfolgte Christen und Notleidende“ (AVC), „Europäische Missionsgemeinschaft“ (EMG) und „Zentralrat Orientalischer Christen in Deutschland“ (ZOCD) nicht darum, alle Muslime unter Generalverdacht zu stellen, betonte Markus Rode von „Open Doors“ bei einer Pressekonferenz am 17. Oktober in Berlin. Es gehe vielmehr um Opferschutz, denn ein Verschweigen sei keine Lösung. Zahlreiche Betroffene hätten bereits in ihren islamischen Herkunftsländern als religiöse Minderheiten massives Unrecht und Verfolgung erlitten. Das

wäre für viele der Grund ihrer Flucht ins vermeintlich sichere Deutschland gewesen. Doch nun erlebten diese teilweise schwer traumatisierten Flüchtlinge hierzulande Ähnliches, ohne davor geschützt zu werden. Wer dieses Unrecht aus politischen oder anderen Beweggründen verharmlose, verschweige oder für eigene Zwecke missbrauche, ermutige die Täter in ihrem Tun und mache sich damit mitschuldig am Leid der Betroffenen.

Kulturelle und religiöse Prägung verändert sich nicht automatisch

Die Täter seien keineswegs Terroristen, stellte Rode fest, sondern gläubige Muslime. Im Bestreben, die eigene Kultur zu bewahren, würden gewohnte und geforderte Verhaltensweisen aus den Heimatländern gelebt. In den meist islamisch dominierten Herkunftsländern vieler Flüchtlinge und den dortigen Umgang mit religiösen Minderheiten offenbare sich allerdings ein Islamverständnis, das nicht vereinbar sei mit dem Konzept der Religionsfreiheit und Gleichbehandlung aller Menschen nach dem Grundgesetz. Dass darunter Andersgläubige leiden, sei für viele muslimische Flüchtlinge ein alltäglicher und selbstverständlicher Nebeneffekt. Christen würden für ihren Glauben als Menschen zweiter Klasse, als Unreine und Ungläubige diskriminiert und immer wieder auch tätlich angegriffen. Die im Koran verankerte Denkweise, dass Nichtmuslime als Ungläubige unrein wären, sei weit verbreitet. Eine derartig tiefgehende kulturelle und religiöse Prägung werde nicht automatisch mit dem Umzug in ein anderes kulturelles Umfeld abgelegt, sondern habe weiterhin maßgeblichen Einfluss auf die Denk- und Handlungsweise der betroffenen Flüchtlinge.

Die Täter sind meistens auch Flüchtlinge

Die meisten der befragten Flüchtlinge kommen laut Erhebung aus dem Iran (304), gefolgt von Syrien (263), Afghanistan (63) und dem Irak (35). 314 berichten von Todesdrohungen, 44 von sexuellen Übergriffen, 416 von Körperverletzung und 615 von anderen Bedrängnissen. Die Täter stammten zu über 90 Prozent

aus dem Kreis

der Mitflüchtlinge, knapp ein Drittel der Teilnehmer an der Umfrage berichteten aber auch von Diskriminierung und/oder Gewalt vonseiten des meist muslimischen Wachpersonals. 51 Prozent sind laut Erhebung Konvertiten, das heißt Menschen, die ihren Glauben gewechselt haben. 29 Prozent von ihnen sind in Deutschland und

62 Prozent bereits in ihrem Heimatland zum christlichen Glauben übergetreten. 45 Prozent sind bereits in ihrer Heimat traditionelle Christen gewesen. Das zeige, so Rode, dass nicht nur Konvertiten von Übergriffen betroffen seien, sondern auch Christen, die seit Jahrhunderten in Vorderasien leben.

Verschiedene Stufen der Bedrängnis

Frank Seidler von der Europäischen Missionsgemeinschaft (EMG) wies darauf hin, dass es verschiedene Stufen der Bedrängnis von religiösen Minderheiten gebe. Das zeige sich nicht nur bei Christen, sondern auch bei den befragten Jesiden. Es beginne schon bei muslimischen Übersetzern, die sich weigerten gegenüber den Behörden deutlich zu machen, dass bei dem betreffenden Flüchtling als Religion Christentum einzutragen sei. Auch bei Gerichtsverfahren wäre es ratsam einen zusätzlichen und zuverlässigen Dolmetscher einzubeziehen. Beschimpfungen, Beleidigungen und allgemeine Drohungen durch Mitflüchtlinge und Sicherheitspersonal wären eine Steigerung, gefolgt von Warnungen die Gemeinschaftsküche in Asylunterkünften zu benutzen. Eskalieren würde die Situation bei körperlichen Angriffen und Todesdrohungen, die nicht nur gegen christliche Flüchtlinge gerichtet sind, sondern auch gegen deren Familienangehörige, die noch in den Heimatländern leben.

Auch Familienangehörige in der Heimat bedroht

Dass derartige Drohungen ernst zu nehmen seien, schilderte der afghanische Flüchtling Hamid (Name geändert) während der Pressekonferenz. Er habe erst in einem Flüchtlingslager in Griechenland gelebt und regelmäßig den Gottesdienst in einer

Kirche besucht. Als dies muslimische Afghanen vom Volk der Paschtunen erfuhren, hätten sie ihn misshandelt und versucht zu töten. Deshalb sei er weiter nach Deutschland geflohen, da er sich dort Sicherheit erhoffte. Doch er wurde trotz seines Protestes in eine Asylunterkunft gebracht, die ausschließlich von Paschtunen bewohnt worden sei. Als er erneut Gottesdienste besuchte, wäre er zusammengeschlagen und mit dem Tod bedroht worden. Er habe dies den Wachleuten der Unterkunft und auch der Polizei gemeldet, jedoch ohne Erfolg. Die christliche Gemeinde, die ihn betreute, habe ihm daraufhin eine andere Unterkunft besorgt. Einer der Paschtunen hätte seine Mutter und seine Schwester ausfindig gemacht, die noch in Afghanistan leben. Sie seien daraufhin von der Polizei ins Gefängnis gebracht worden. Nur durch Bestechungsgeld wäre es möglich gewesen, dass seine Angehörigen frei kamen und jetzt an einem anderen Ort in Afghanistan leben würden.

Anzeigen zwecklos?

Paulus Kurt vom Zentralrat Orientalischer Christen in Deutschland (ZOCD) wies darauf hin, dass die Umfrage ergeben habe, dass nur in den seltensten Fällen die Betroffenen Übergriffe bei der Polizei zur Anzeige bringen (17 Prozent, 129 Personen). Beziehe man Anzeigen und Beschwerden bei den Heimverwaltungen mit ein, hätten nur 28 Prozent (213 Personen) Schutz durch die deutschen Behörden gesucht. 54 Prozent der Befragten (399) nannten Gründe für das Nichtanzeigen von Übergriffen. 48 Prozent von ihnen gaben Angst an – insbesondere die Angst vor Wiederholungstaten beziehungsweise vor einer Verschlimmerung der Situation (36 Prozent). Weitere Gründe waren die fehlende Möglichkeit einer zuverlässigen Kommunikation mit der Polizei beziehungsweise den Behörden aus sprachlichen Gründen (14 Prozent) sowie der Eindruck, dass eine Anzeige ohnehin zwecklos ist (14 Prozent).

Keine weiteren Integrationsexperimente

Markus Rode forderte, es dürfe keine weiteren „Integrationsexperimente“ auf dem Rücken christlicher

Flüchtlinge und anderer religiöser Minderheiten in deutschen Asyl- und Erstaufnahmeeinrichtungen geben. Es gelte zügig Präventionsmaßnahmen zum Schutz religiöser Minderheiten während des gesamten Asyl- und Integrationsprozesses zu ergreifen. Dazu gehöre die Zusammenlegung von Minderheiten, sodass der Anteil der Christen sowie anderer religiöser Minderheiten im Verhältnis zu den Muslimen in etwa gleich sei. Getrennte Unterbringung von Christen sowie von anderen religiösen Minderheiten, die bereits Opfer von Verfolgung und Diskriminierung geworden sind. Adäquate Erhöhung des nicht-muslimischen Anteils innerhalb des Wachpersonals. Regelmäßige Schulungen und Sensibilisierung der Mitarbeiter und des Sicherheitspersonals in Flüchtlingsunterkünften hinsichtlich Ursachen religiöser Konflikte und des Schutzes religiöser Minderheiten sowie verpflichtende Erfassung der Religionszugehörigkeit bei religiös motivierten Konflikten. Bereitstellung von Vertrauenspersonen christlichen Glaubens, an die sich von Verfolgung betroffene Christen wenden könnten.

Es gibt auch positive Beispiele

Rode wies darauf hin, dass es inzwischen bereits positive Ansätze zum Unterbinden religiös motivierter Übergriffe gebe. In der in Berlin vorgestellten neuen Erhebung werden Beispiele aus Berlin, Stuttgart, Bad Homburg, Rotenburg a. d. Fulda, Schloss Holte-Stukenbrock/Kreis Gütersloh und Rottach-Egern genannt. Die Erhebung kann im Internet heruntergeladen werden unter:

https://www.opendoors.de/downloads/Berichte/Open_Doors_Erhebung_Mangelnder_Schutz_religioeser_Minderheiten_in_Deutschland_2016_10.pdf

Zur Reformation gehört auch ihr linker Flügel

Reformationsjubiläum international

Fleischmann-Bisten wies darauf hin, dass am 31. Oktober die letzte Etappe der seit 2008 mit jährlich wechselnden Themen präsenten Reformationsdekade startet. 499 Jahre nach der Abfassung und rasanten Verbreitung von Martin Luthers 95 Thesen gegen kirchliche Missstände steht nun ein Jahr lang das Thema „500 Jahre Reformation“ im kirchlichen und gesellschaftlichen Mittelpunkt. Dabei gehe es jedoch weder um ein Lutherjubiläum noch um ein ausschließlich deutsches Datum. Auch in anderen europäischen Ländern und selbst in den USA sei eine Fülle von Veranstaltungen zur Reformation geplant.

Reformationsjubiläum auch Ärgernis

Auch die Katholiken sind in Deutschland ins Reformationsjubiläum mit einbezogen. Der Ratsvorsitzende der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), Landesbischof Heinrich Bedford-Strohm, und Kardinal Reinhard Marx, Vorsitzender der römisch-katholischen Deutschen Bischofskonferenz (DBK), betonten in einem „gemeinsamen Wort zum Jahr 2017“: „2017 werden wir erstmals in der Geschichte der getrennten Kirchen die Erinnerung an den 500. Jahrestag der Reformation auch in ökumenischer Gemeinschaft feiern.“ Was aber nicht gesagt worden sei, so Fleischmann-Bisten, der am Konfessionskundlichen Institut Bensheim auch der Freikirchenreferent war: Weder die zur Vereinigung Evangelischer Freikirchen (VEF) gehörenden und in Deutschland kleinen Kirchen mit reformatorischen Wurzeln sind in diesen Versöhnungsprozess einbezogen worden noch die weitaus größere Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen (ACK). Für ihn ist das „ein ökumenisches Ärgernis, ein Skandalon“.

Auch Freikirchen sind Kinder der Reformation

Auch die evangelischen Freikirchen seien Kinder der

Reformation, betonte Fleischmann-Bisten. Der Verein für Freikirchenforschung, dessen Bibliothek in Friedensau von der Hochschulbibliothek betreut wird, habe dies bereits 2010 durch zwei Symposien zur Wittenberger und der oberdeutsch-schweizerischen Reformation wissenschaftlich belegt. Auch die Friedensauer Hochschule habe sich während eines internationalen Kongresses von adventistischen Historikern und Theologen im Mai 2016 mit dem Thema „Auffassungen der Protestantischen Reformation bei den Siebenten-Tags-Adventisten“ befasst. Und die VEF betone: „Mit den Kirchen der Reformation verbindet uns die Gewissheit, dass der Mensch allein durch den Glauben Rettung erfährt. Dieses Heil ist unlösbar mit der Person Jesus Christus verbunden. Die Bibel ist für uns die alleinige Autorität und Richtschnur in allen Fragen des Glaubens und der Lehre, aber auch des Dienstes und des persönlichen Handelns.“ Daher wären die Freikirchen „legitime Erben der Reformation und eine eigenständige Ausprägung des evangelischen Christentums“.

Prägung der Adventisten durch Anliegen der Reformation

Dass auch die Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten bis heute in besonderer Weise von Anliegen der Reformation geprägt sei, beleuchtete Walter Fleischmann-Bisten an den Themen Bildung und Schule sowie Religionsfreiheit. Aus der Grundüberzeugung des mündigen Christseins ergab sich ein Bildungsanspruch der Reformation: An jedem Ort sollte es Schulen geben, sodass in protestantischen Gebieten die allgemeine Schulpflicht eingeführt wurde. Das weltweite adventistische Schulangebot mit über 7.500 Bildungseinrichtungen stelle das „größte protestantische Bildungswerk“ dar. Philipp Melanchthon wie auch der hessische Landgraf Philipp, beides große Bildungsreformer ihrer Zeit, hätten eine solche Entwicklung sehr unterstützt.

Beim Thema Religionsfreiheit verwies Fleischmann-Bisten auf den „linken Flügel“ der Reformation. Er habe die reformatorische Unterscheidung zwischen Kirche und Staat trotz

schwerer Verfolgung aufgegriffen und schließlich in der Neuen Welt vom Ende des 18. Jahrhunderts an durch Mennoniten, Baptisten und Quäker auch verfassungsmäßig umgesetzt. Auch die Adventisten würden sich hierbei engagieren, wie das seit 1982 bestehende und heute an der Friedensauer Hochschule verankerte „Institut für Religionsfreiheit“ zeige.

Nach Ende des Reformationsjubiläums keinen Schlussstrich ziehen

Der Reichtum freikirchlicher Theologie und Frömmigkeit wie ihres sozialen Engagements sollte auch die anderen evangelischen Kirchen wie alle Kirchen neugierig machen, sich auf gemeinsame Projekte und gegenseitige Lernprozesse einzulassen. Da die Reformation immer neue Reformprozesse auslösen wollte, die sich stets an der biblischen Botschaft, ihren Kernanliegen und Konsequenzen orientieren müssten, dürfe mit dem Datum 31. Oktober 2017 kein Schlussstrich gezogen, sondern nach neuen Wegen der ökumenischen Zusammenarbeit gesucht werden, betonte Dr. Walter Fleischmann-Bisten.

Bachelor- und Mastergrade verliehen

Insgesamt wurden 44 Studierende aus 14 Ländern in den Bereichen Theologie und Sozialwesen mit einem Bachelor (B.A.) oder Master (M.A.) graduiert. Dr. Stefan Höschele, Dekan des Fachbereichs Theologie, übergab Urkunden an sieben B.A. und drei M.A. in Theologie sowie an zwei Master of Theological Studies (M.T.S.). Letztere stammen aus Bulgarien und Haiti. Professor Dr. Thomas Spiegler, Dekan des Fachbereichs Christliches Sozialwesen, übergab Diplome an neun B.A. in Soziale Arbeit und zwei B.A. in Gesundheits- und Pflegewissenschaften. M.A. erhielten fünf Graduierte in Counseling (Beratung), eine in Musiktherapie, einer in Sozial- und Gesundheitsmanagement sowie 14 in International Social Sciences. Von den letztgenannten Absolventen stammt nur einer aus Deutschland, die anderen kommen aus Äthiopien, Bolivien, Brasilien, Indonesien, der Republik Moldau, Myanmar (Birma), Nepal, Peru, Puerto Rico und Tansania.

DAAD-Preis ging an Absolventin aus Myanmar

Professor Spiegler, verlieh den diesjährigen Preis des Deutschen Akademischen Austauschdienstes (DAAD) an Phyu Phyu Cho. Sie stammt aus Myanmar (Birma) und ist Absolventin des Masterstudiengangs International Social Sciences (Internationale Sozialwissenschaften) an der Theologischen Hochschule Friedensau. Sie erhält diesen mit 1.000 Euro dotierten Preis für besondere akademische Leistungen und ihr interkulturelles Engagement.

Weitere Preisverleihungen

Heike Fischer vom „Förderverein Freundeskreis Friedensau“ verlieh die Herbert Blomstedt Preise. Gestiftet werden diese Preise von dem schwedischen Dirigenten. Den Preis in Musik für hervorragende künstlerische Arbeit teilten sich Sarah Remke und Lukas Rottmann. Den Preis für hervorragende Leistungen im Studium der Theologie erhielt Sully Sanon aus Haiti, Absolvent des M.T.S.-Studienganges. Beide Preise sind mit je 500 Euro dotiert. Ebenfalls ein Preisgeld von 500 Euro erhielt Claudia Knorr, Absolventin des Bachelor Soziale Arbeit. Sieglinde Wilke überreichte ihr die Urkunde des Förderpreises für besondere Leistungen im Fachbereich Christliches Sozialwesen der Sparkasse Jerichower Land.

Konzert zum Studienjahresbeginn

Bereits am Vortag wurden in Friedensau in einem Gottesdienst 32 neue Studierende willkommen geheißen. Außerdem gab es am Abend das traditionelle Konzert zum Studienjahresbeginn der Theologischen Hochschule in der Kulturscheune in Friedensau. Eingeladen waren Judy Bailey und ihre Band. Bailey wurde in London geboren, ihre Vorfahren stammen von der Karibikinsel Barbados. Sie lebt in Deutschland, komponiert und interpretiert christliche Songs. Zudem engagiert sie sich für mehrere soziale Projekte.

Die 1899 gegründete Friedensauer Bildungsstätte ist seit 1990 eine staatlich anerkannte Theologische Hochschule. Zum Fachbereich Theologie gehören neun und zum Fachbereich

Martin Luther – Reformator und Sprachschaffender

„Die Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten fühlt sich der Reformation eng verbunden“, schreibt der Rektor der Theologischen Hochschule Friedensau, Professor Dr. Roland E. Fischer, in seiner Einführung zum Schwerpunktthema. Auch die Hochschule sehe sich dem reformatorischen Erbe in Forschung und Lehre verpflichtet, nicht nur wegen der geografischen Nähe zu den Lutherstätten in Sachsen-Anhalt, sondern vor allem wegen der theologischen Nähe der Lehre der Adventisten zum reformatorischen Gedankengut. Für Adventisten blieben mindestens zwei Ansprüche der Reformation: Die Bibel als alleinige Grundlage für Glauben und Leben und das reformatorische Prinzip „ecclesia semper reformanda“, die Kirche ist immer (weiter) zu reformieren. Laut Fischer gehe die Bedeutung Martin Luthers über die als Reformator hinaus, weil er auch in anderen Bereichen bleibende Spuren hinterlassen habe. Andererseits sei die europäische Reformation breiter und vielfältiger als die Reformation in Deutschland durch Luther und seine Mitstreiter.

Luthers Einfluss auf die deutsche Sprache

Dr. phil. Thomas Domanyi, emeritierter Professor für Ethik und Sozialtheologie in Friedensau, beleuchtet in seinem Artikel das Wirken Luthers als Bibelübersetzer und seinen Einfluss auf die neuhochdeutsche Sprache. Mit Luther habe sich das

Neuhochdeutsche als „gemeines Deutsch“ etabliert und die Sprachentwicklung bis heute bestimmt, so Domanyi. Der Reformator sei nicht der Erste gewesen, der die Bibel ins Deutsche übertrug, doch ihm wäre es gelungen, eine für jeden Deutschen verständliche Bibelübersetzung zu schaffen. „Um das zu erreichen, strebte Luther bei der Verdeutschung der Bibel nach natürlicher Einfachheit, wie sie ‚der Mutter im Hause, den Kindern auf den Gassen, dem gemeinen Mann auf dem Markt‘ eigen ist.“ Wo Luther bei seiner Bibelübersetzung keiner der vorhandenen Begriffe zu passen schien, habe er sich frei gefühlt, selbst ein neues Wort zu schaffen.

Getrennte Wege durch das Abendmahl

Wie es dazu kam, dass die im 16. Jahrhundert langsam zusammenwachsende protestantische Christenheit getrennte Wege ging, beschreibt Friedegard Föltz, Dozentin für Sozialpädagogik an der Theologischen Hochschule Friedensau, in ihrem Beitrag „Luther, Karlstadt und das Abendmahl“. Dr. Andreas Bodenstein von Karlstadt (1480?–1541) war Dekan der Theologischen Fakultät in Wittenberg, als er 1512 Martin Luther feierlich die Doktorwürde verlieh. Zu diesem Zeitpunkt war noch nicht ersichtlich, dass die Debatte über das Abendmahl dafür verantwortlich sein würde, dass zwei ehemals eng zusammenarbeitende Kollegen über dieser Auseinandersetzung zu erbitterten Gegnern wurden. Die Teilnehmer am Marburger Religionsgespräch 1529 konnten sich in 14 der 15 Artikel einigen, aber die entscheidende Frage um das Wesen und die Bedeutung des Abendmahls entzweite sie. Es dauerte fast 450 Jahre bis es 1973 durch die Leuenberger Konkordie bei diesem Thema eine Annäherung lutherischer, reformierter, unierter und vorreformatorischer Kirchen mit voller Abendmahlsgemeinschaft gab.

Adventisten und Reformation

Pastor Dennis Meier, Vorsteher der Freikirche der Siebententags-Adventisten in Hamburg, Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern, gibt einen Einblick in das

internationale wissenschaftliche Symposium „Perceptions of the Protestant Reformation in Seventh-day Adventism“, das vom 9. bis 12.5.2016 in Friedensau in englischer Sprache stattfand. In drei Tagen wurden 18 Vorträge von adventistischen Historikern und Theologen aus den USA, Südamerika, den Philippinen und Europa präsentiert. Während der erste Teil des Symposiums die großen Reformatoren Luther, Calvin und Zwingli im Fokus hatte, widmete sich der zweite zunächst der Tradition der Täufer, dem sogenannten „linken Flügel“ der Reformation. Am letzten Studientag wurde der Einfluss der Reformation auf die Kirche der Siebenten-Tags-Adventisten anhand von zwei kontroversen Perioden in der adventistischen Geschichte untersucht.

Luther und der Handel

Überlegungen zum „Stichwort: Luther und der Handel“ präsentiert der frühere Friedensauer Kanzler und jetzige Leiter Controlling bei der Adventistischen Entwicklungs- und Katastrophenhilfe ADRA Deutschland, Roland Nickel. Der Reformator berichte beispielsweise in seiner Schrift „Vom Handel“ von Kaufleuten, die Monopole bilden wollten, um die Preise diktieren zu können. Folgender „Wahlspruch“ sei die Grundlage all ihrer Geschäfte: „Sie sagen: Ich kann meine Ware so teuer verkaufen, wie ich es vermag. Sie halten das für ihr Recht. Tatsächlich ist damit der Habsucht Raum gegeben.“ Um ihre Mitmenschen würden sie sich nicht kümmern. Luther bezeichne sie als „Diebe, Räuber und Wucherer“. Neben den Fragen von Monopol, Marktmacht und Preisbildung behandle Luther weitere Themen, wie Höhe der Zinsen, Kreditvergabe und Bürgschaften, Termingeschäfte und Leerverkäufe. Dabei stehe bei ihm immer der Mensch im Mittelpunkt, der Schwächere und der Ärmere in einer Handelsbeziehung, und nicht das Geschäft oder der Gewinn.

Ein adventistischer Bibelübersetzer und Ethnologe

Ein weiterer Artikel befasst sich mit dem adventistischen Missionar und Bibelübersetzer Ernst Kotz (1887-1944). Dr.

Stefan Höschele, Dekan des Fachbereichs Theologie in Friedensau, schildert wie Kotz ab 1905 in den Pare-Bergen des heutigen Tansanias im Stammesgebiet der vom Christentum noch kaum berührten Wapare wirkte. Er erforschte das Chasu, auch Kipare genannt, die Sprache des Bantuvolkes, die bis dahin noch keinen schriftlichen Ausdruck gefunden hatte. 1909 veröffentlichte Ernst Kotz im Auftrag des Berliner Kolonialamtes die erste Grammatik dieser Sprache. 1913 war seine Übersetzung des Neuen Testaments fertiggestellt. Sie wurde 1922 von der Britischen und Ausländischen Bibelgesellschaft in London gedruckt. Kotz interessierte sich als Ethnologe auch für das traditionelle Leben des Volkes und schrieb 1922 ein Buch über die Sitten und Gebräuche der Wapare in Ostafrika.

Die „Dialog“-Ausgabe ist im Internet zu finden unter:
<http://www.thh-friedensau.de/downloads/20282/>

Adventistische Weltkirchenleitung beschließt Verfahren zur Schlichtung kirchlicher Angelegenheiten

**Zweistufiges Vorgehen bei Zuwiderhandlung in kirchlichen
Angelegenheiten**

Das dem Exekutivausschuss der adventistischen Weltkirchenleitung am 11. Oktober zur Beschlussfassung vorgelegte dreiseitige Dokument „Einheit in der Mission:

Verfahren zur Schlichtung kirchlicher Angelegenheiten“, sieht ein zweistufiges Vorgehen gegenüber Kirchenleitungen vor, die Beschlüsse der Weltkirche nicht einhalten. In einem ersten Schritt sollen während eines Jahres verschiedene Konsultationen unter Gebet auf unterschiedlichen Ebenen der Kirche geführt werden. Mittels eines Pastoralbriefs sollen diese Kirchenleitungen dringend gebeten werden, die Übereinstimmung mit den Beschlüssen der Weltkirche wiederherzustellen.

Sofern die Angelegenheit damit nicht geklärt werden kann und Glaubens-überzeugungen (Fundamental Beliefs) sowie Beschlüsse oder Richtlinien der Weltkirche betroffen sind, soll laut der nordamerikanischen Kirchenzeitschrift „Adventist Review“ die zweite Stufe eingeleitet werden. Die „verfahrensrechtlichen Schritte“ („procedural steps“) im Rahmen der zweiten Phase sollen durch die Weltkirchenleitung (General Conference Administrative Committee) erarbeitet und dem Exekutivausschuss bei seiner Sitzung im Jahr 2017 zur Beratung und Beschlussfassung vorgelegt werden.

Zusammenhang mit Frauenordinationsfrage verneint

Michael Ryan, Assistent des Präsidenten der adventistischen Weltkirchenleitung (Generalkonferenz), der an der Erarbeitung des „Einheits“-Dokuments beteiligt war, hat laut „Adventist Review“ in der Einführung zu den mehr als zweistündigen Beratungen im Plenum einen Zusammenhang des Dokuments mit der Frage der Frauenordination zum Pastorendienst zurückgewiesen. „Bei diesem Dokument geht es nicht um Frauenordination, [obwohl] sie sicher eine der Bewährungsproben darstellen wird“, sagte Ryan. Es gehe vielmehr darum, sicherzustellen, dass alle Kirchenleitungen die Beschlüsse der Weltkirche befolgten.

Am 8.7.2015 hatten es die rund 2.300 Delegierten der adventistischen Weltsynode (Generalkonferenz-Vollversammlung) in San Antonio, Texas/USA, als oberstes Gremium der Freikirche mit rund 40 zu 60 Prozent abgelehnt, den weltweit dreizehn

teilkontinentalen Kirchenleitungen (Divisionen) die Erlaubnis zu erteilen, adventistische Pastorinnen in ihrem Verwaltungsgebiet zum Pastorendienst zu ordinieren. Dennoch sind im Gebiet einiger weniger überregionaler Kirchenleitungen (Unionen/Verbände) ordinierte Pastorinnen tätig. Frauen können laut den Richtlinien der Weltkirchenleitung (Generalkonferenz) nach ihrem Theologiestudium in der Kirche der Siebenten-Tags-Adventisten zwar als Pastorin „gesegnet“ werden und damit fast alle Amtshandlungen, wie Taufe, Abendmahl, Trauung und Beerdigung, vornehmen; doch ordinieren werden nur männliche Geistliche. Damit ist Pastorinnen grundsätzlich auch das Amt des Präsidenten („Vorsteher“) einer regionalen oder überregionalen Freikirchenleitung verwehrt, das eine Ordination erfordert.

Kontroverse Diskussionsbeiträge

Die fast dreistündige Diskussion wurde von rund 1.200 Zuschauern online mitverfolgt. In den meisten der 50 Diskussionsbeiträge, die auf zwei Minuten Redezeit begrenzt waren, wurden vorwiegend von Delegierten aus westlich geprägten Staaten Bedenken zum vorgelegten Papier geäußert. Es wurde die kurze Frist bemängelt, mit der das Dokument eingebracht wurde und mehr Bedenk- sowie Beratungszeit gewünscht. Einige sorgten sich um die Bandbreite möglicher Themenbereiche, die betroffen sein könnten. Andere sahen im Dokument einen inhaltlichen Zusammenhang mit den Beschlüssen der Weltsynode zur Frauenordination oder befürchteten, dass es eher spaltend als einigend wirken werde. Delegierte aus Lateinamerika, Afrika und Asien, wo die meisten Adventisten leben, beteiligten sich kaum an der Diskussion.

Jiří Moskala, Dekan der adventistischen Andrews University, Berrien Springs, Michigan/USA, äußerte sein Unbehagen, dass im Dokument Glaubensüberzeugungen auf die gleiche Ebene wie Beschlüsse und Richtlinien der Kirche gestellt werden. Er forderte zusätzliche theologische Studien über das Verhältnis von zentralen Glaubensüberzeugungen und kirchlichen

Beschlüssen.

Thomas Muller, Kirchenleiter in Dänemark, kritisierte ebenso das Vermischen der beiden Ebenen und forderte die Delegierten auf, das vorliegende Papier abzulehnen. Dabei stellte er klar: „Keiner von uns will rebellisch sein!“

Reidar Kvinge, Kirchenleiter in Norwegen, nahm die Aussage von Thomas Muller auf und ergänzte, dass Gewissensanliegen wichtiger seien. Die Kirchenleitung in Norwegen habe die Weltkirchenleitung während mehr als einem Jahr um Hilfe in der Frauenordinationsfrage gebeten, diese aber nicht wie gewünscht erhalten. „Wir haben der Generalkonferenz eine Lösung angeboten, aber keine Antwort erhalten“, so Kvinge.

In den wenigen Diskussionsbeiträgen, die das Dokument unterstützten, wurde hervorgehoben, dass es bei dem Papier nicht um die Frage der Frauenordination gehe, sondern ausschließlich darum, dass Kirchenleitungen in Übereinstimmung mit den Beschlüssen der Weltkirche sein müssten.

Beschluss der Weltsynode zur Frauenordination – zuwiderhandelnde Kirchenleitungen

Nach dem Beschluss der Weltsynode 2015 (Generalkonferenz-Vollversammlung) haben folgende überregionale Kirchenleitungen (Unionen/Verbände) diesen Beschluss kritisiert und ihre abweichende Sichtweise dargestellt, aber ohne diesbezüglich abweichende Beschlüsse zu fassen: Frankreich/Belgien, Italien, Tschechien/Slowakei.

Die Kirchenleitungen in Norwegen und Schweden haben alternative Beschlüsse gefasst und werden keine Pastoren mehr ordinieren. Dänemark wird nur noch die Bezeichnung „Pastor/Pastorin“ verwenden ohne weiter bezüglich „gesegnet“ oder „ordiniert“ zu unterscheiden.

In Deutschland gibt es im Bereich des Süddeutschen Verbands (SDV) keine veränderte Beschlusslage, sodass die bisherige Praxis weitergeführt wird und ausschließlich Männer als

Pastoren für den weltweiten Dienst ordiniert werden. Die überregionale Kirchenleitung in Nord- und Ostdeutschland, der Norddeutsche Verband (NDV), hat in einer Stellungnahme zur Ordination von Frauen zum Dienst als Pastorin beschlossen, dass die bisherige Form der Segnung von Pastorinnen im Norddeutschen Verband in gleicher Weise auch den männlichen Kollegen zugesprochen werde. „Ordination“ wird im NDV nicht wie bisher als weltweit gültige Einsegnung verstanden, sondern als „Beauftragung“ und sei künftig auf das Gebiet der beiden deutschen Kirchenleitungen des Nord- und Süddeutschen Verbands beschränkt. Zukünftig im NDV durchgeführte Beauftragungen könnten demnach in der Kirche der Adventisten keine weltweite Geltung mehr beanspruchen.

Die Kirchenleitung in den Niederlanden ließ verlauten, dass sie weiterhin zu ihrem gefassten Beschluss stehe, sowohl Männer als auch Frauen zum Pastorendienst zu ordinieren.

In den USA haben neun Theologieprofessoren der renommierten adventistischen Andrews-Universität in Berrien Springs, Michigan, die auch ordinierte Pastoren waren, als Reaktion auf den ablehnenden Beschluss der Weltsynode ihre Ordinationsurkunden zurückgegeben. Im Gebiet der überregionalen Kirchenleitungen der Columbia Union Conference (CUC) im Osten und der Pacific Union Conference (PUC) im Westen der USA wurden bereits vor der Generalkonferenz-Vollversammlung von 2015 Frauen als Pastorinnen ordiniert. Diese Ordinationen wurden bisher nicht zurückgenommen.

Dokument „Eine Studie zu Kirchenführung und Einheit“

Basis des Dokuments „Einheit in der Mission: Verfahren zur Schlichtung kirchlicher Angelegenheiten“ und des darin vorgeschlagenen zweistufigen Interventions-verfahrens gegenüber Kirchenleitungen, die nicht mit Beschlüssen oder Richtlinien der Weltkirche übereinstimmen, ist die am 25. September vom Sekretariat der Weltkirchenleitung veröffentlichte „Studie zu Kirchenführung und Einheit“ / „A Study of Church Governance and Unity“ (Version vom 25.

September 2016):

<https://de.scribd.com/document/325748427/A-Study-of-Church-Governance-and-Unity>

Stellungnahme der Theologischen Fakultät der Andrews University

In einer ersten Stellungnahme haben am 30. September laut der Zeitschrift „Spectrum“ der Vereinigung adventistischer Foren Mitglieder der Fakultät des Theologischen Seminars der adventistischen Andrews Universität, Berrien Springs, Michigan/USA, die Weltkirchenleitung aufgefordert, in einen umfassenderen Dialog bezüglich der 50-seitigen „Einheits“-Studie, die am 25. September publiziert wurde, einzutreten. Die Theologen kritisieren darin die im Dokument dargestellte Sicht des Wesens und der Autorität der Kirche. Ähnliche Stellungnahmen gaben auch Mitglieder der Theologischen Fakultät der Walla Walla University, College Place, Washington/USA, und der School of Religion der Loma Linda University, Loma Linda, Kalifornien/USA, ab:

<http://spectrummagazine.org/article/2016/10/03/andrews-seminary-general-conference-further-discussion-unity-document-needed>

Adventistische Kirchenleitung in Norwegen kritisiert Studie

Am 4. Oktober hat die adventistische Kirchenleitung in Norwegen auf die 50-seitige „Studie zu Kirchenführung und Einheit“ reagiert. Das Dokument enthalte eine Reihe von Schwachstellen und könne damit über der Frage der Gleichheit von Frauen im Pastorendienst zur Spaltung der Kirche beitragen. Der Versuch, überregionale Kirchenleitungen (Unionen/Verbände) zu Übereinstimmung mit den Richtlinien der Weltkirchenleitung zu zwingen, könne unkontrollierbare und unvorhersehbare Entwicklungen auslösen. Es gebe eine vereinfachende Grundannahme in der Studie, so die adventistische Kirchenleitung in Norwegen, wonach Einheit ausschließlich dadurch zu erreichen sei, dass abweichende Kirchenleitungen auf die Linie der Weltkirchenleitung einschwenkten.

Überregionale Kirchenleitungen (Unionen/Verbände), die Frauen ordiniert oder Ordinationen für Männer und Frauen gleichermaßen ausgesetzt hätten, handelten aus der Überzeugung, dass die Bibel dazu auffordere, Frauen und Männer gleich zu behandeln. Diese Entscheidungen basierten demnach nicht auf Richtlinien, sondern auf ethischen und geistlichen Überlegungen.

Die Stellungnahme der adventistischen Kirchenleitung in Norwegen im Internet:

<http://www.adventist.no/Media/Adventist/Images/2016/September-2016/A-response-to-A-Study-of-Church-Governance-and-Unity>

Das offizielle Dokument, das am 11. Oktober den 315 Delegierten der Jahressitzung des Exekutivausschusses der adventistischen Weltkirchenleitung (General Conference Executive Committee) zur Beschlussfassung vorgelegt wurde, UNITY IN MISSION: PROCEDURES IN CHURCH RECONCILIATION, kann bei

http://www.adventistreview.org/assets/public/news/2016-10/114G_Untity_in_Mission-Procedures_in_Church_Reconciliation-2.pdf heruntergeladen werden.

**Währungsschwankungen und
starker US-Dollar
beeinflussen Budget und**

strategische Planung der adventistischen Weltkirche

Die adventistische Weltkirchenleitung habe aufgrund von Wechselkursverlusten weniger Geld zur Verfügung, so Prestol-Puesán. Die Währungen von Australien, Brasilien, Kanada, Mexico, Südafrika, Südkorea, Großbritannien sowie der Euro haben gegenüber dem US-Dollar an Wert verloren. Es verginge noch einige Zeit, bis das Niveau des Arbeitskapitals der Kirche wieder auf dem Stand von vor 2015 sei, als die Schwäche dieser Währungen einsetzte. „Wir tun das Beste, um mit den vorhandenen Geldern auszukommen ohne die Notbremse zu ziehen“, so Prestol-Puesán. Das Budget für 2017 sei ausgeglichen. „Wir erwarten, dass der US-Dollar nicht mehr als zwei oder drei Jahre stark bleiben wird. Sollte sich diese Erwartung als falsch herausstellen, müssen erhebliche Änderungen am Budget vorgenommen werden“, so der Finanzvorstand.

Adventisten thematisieren Mitgliederverlust

Die Mitgliederzahl der evangelischen Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten stieg weltweit von 11,7 Millionen Mitgliedern im Jahr 2000 auf 19,5 Millionen im Sommer 2016 an. In der gleichen Zeit habe aber fast jedes zweite neugetaufte Mitglied die Kirche wieder verlassen. „Die 49-prozentige Verlustrate ist alarmierend“, hielt der Exekutivsekretär fest. Nach der Taufe würden neue Mitglieder oft ihrem Schicksal überlassen,

sagte Ng. Es gehe nicht nur darum, Menschen zu taufen, sondern sie auch in der Kirche zu halten. Dies bleibe aber unvollständig, wenn die neugetauften Mitglieder nicht auch integriert und gefördert würden. Er schlug dazu einen sieben Punkte umfassenden Plan vor.

Unterschiedliche Weltgegenden – unterschiedliche Wachstums- und Verlustraten

Aus dem vorliegenden statistischen Zahlenmaterial ist ersichtlich, dass in Europa das Mitgliederwachstum der Adventisten – wenn überhaupt – moderat verläuft, andererseits aber auch weniger hohe Verlustraten zu verzeichnen sind. Die Mitgliederbindung in Europa ist höher als im Weltfeld.

Jahressitzung der Adventisten betont zentrale Rolle von Bildung

Eröffnungsansprache des Präsidenten

Unter dem Motto „Stand for the Right“ (Steh für das Rechte ein) hat Pastor Ted Wilson, Weltkirchenleiter der Siebententags-Adventisten, am Abend des 5. Oktober die nachfolgende zweitägige LEAD-Konferenz in Silver Spring, Maryland/USA, eröffnet. Er lobte die positiven Entwicklungen im weltweiten adventistischen Bildungssystem, wies aber auch auf Probleme hin, wie Einflüsse der Säkularisierung auf Bildungsinhalte oder die Tendenz adventistische Bildungsinstitutionen zu verselbständigen und von der Kirche abzukoppeln. Wilson ließ allen Tagungsteilnehmern eine neue Ausgabe des Buches

„Education“ (Erziehung) von der Kirchenmitbegründerin Ellen G. White (1827-1915) verteilen, die mit ihren Ratschlägen das adventistische Bildungssystem maßgeblich mitgeprägt hat.

29. Glaubenspunkt zum Wert der Bildung

Ella Simmons, eine der sechs allgemeinen Vizepräsidenten der adventistischen Weltkirchenleitung (Generalkonferenz) kündigte einen Antrag an, wonach zu den 28 bestehenden Glaubensüberzeugungen der Siebenten-Tags-Adventisten noch ein 29. Glaubenspunkt zum Thema Bildung vorgestellt werden soll. Damit könne die zentrale Rolle der Bildung für die evangelistischen Bemühungen der Kirche bewusst gemacht werden, so Simmons.

Laut Lisa Beardsley-Hardy, Abteilungsleiterin für Bildung und Erziehung der Weltkirchenleitung, werde der Text der vorzuschlagenden 29. Glaubensüberzeugung bei der Jahressitzung des Exekutivausschusses im Jahr 2017 vorgelegt. Dieser werde dann von verschiedenen Ebenen der Kirche begutachtet, bevor die Beschlussversion den Delegierten der nächsten Weltsynode 2020 (Generalkonferenz-Vollversammlung) zur Abstimmung vorgelegt werden könne.

Alternative Lernmethoden für das 21. Jahrhundert

Adventisten begrüßten neue Lernstrategien für Kinder, Jugendliche und Erwachsene. „Mit dem Status quo schaffen wir es nicht im 21. Jahrhundert durchzudringen“, sagte Larry Blackmer, Vizepräsident der Nordamerikanischen Kirchenleitung (NAD), um klar zu machen, dass es bezüglich Bildung verschiedene Zugänge brauche.

M00C-Online-Kurse (Massively Open Online Courses)

Mehr als 60 offene Gruppen-Online-Kurse (M00C) wurden entwickelt, die kostenlos angeboten werden. Die adventistische Kirche hat mit der „Adventist Learning Community“ ein M00C-Zentrum, welches Kurse für Pastoren, Lehrpersonen, Administratoren sowie für Kirchenmitglieder und Interessierte am adventistischen Glauben anbietet

(<https://www.adventistlearningcommunity.com/>).

Heimunterricht

Alayne Thorpe, Dekanin der Fakultät für Fernunterricht und internationale Partnerschaften an der adventistischen Andrews Universität, Berrien Springs, Michigan/USA, thematisierte das Homeschooling-Modell (Heimunterricht). Es würden in Nordamerika rund 100.000 Schüler adventistischer Familien im Homeschooling-Modell zu Hause unterrichtet. Deren Zahl nehme international stark zu, so Thorpe.

Urban Learning

Vizepräsidentin Ella Simmons betonte die Herausforderung von adventistischen Bildungsangeboten in Großstädten. 54 Prozent der Weltbevölkerung lebe in Großstädten und die Zahl steige. Adventistische Bildung sei ein Weg, die Bevölkerung in Großstädten zu erreichen.

Waldenser-Modell

Pastor Leif Hongisto, Präsident der adventistischen Middle East University (MEU) in Beirut/Libanon berichtete vom „Waldenser-Studentenmodell“. Die Waldenser, Mitglieder einer protestantischen Kirche, die gegen Ende des 12. Jahrhunderts von Petrus Waldus gegründet und durch die Inquisition verfolgt wurde, haben unauffällig in verschiedenen Dörfern und Städten als Handwerker oder Reisende gelebt und „unter der Hand“ das Evangelium verbreitet. In ähnlicher Weise würden sich adventistische Studenten an Universitäten in Nordafrika oder des Mittleren Ostens einschreiben, Kultur und Sprache kennenlernen und unter ihren Kommilitonen ihr Adventistsein leben.

Haiti: ADRA Netzwerk leistet Nothilfe

Ausbruch einer Cholera Epidemie befürchtet

In Haiti habe es schon vor dem Hurrikan „Matthew“ viele Cholerafälle gegeben, sagte Jason Brooks, Spezialist bei ADRA International für Trinkwasser, sanitäre Anlagen und Hygiene. Die hochansteckenden Cholerabakterien würden mit den Überschwemmungen weit verbreitet und erhöhten das Risiko einer Infektion zusätzlich. Von Januar bis Juli hätten die Cholerafälle laut Weltgesundheitsorganisation (WHO) in Haiti um 22 Prozent zugenommen. Da Cholera durch gute Hygienemaßnahmen und Zugang zu Trinkwasser eingedämmt werden könne, so Brooks, werde ADRA den Kommunen Trinkwasser sowie Wasseraufbereitungsanlagen und den Haushalten Wasserfilter zur Verfügung stellen. Gleichzeitig würden auch Hinweise zu Gesundheits- und Hygienemaßnahmen gegeben.

ADRA Deutschland, ADRA Österreich und ADRA Schweiz rufen zu Spenden auf

Die ADRA-Hilfswerke in Deutschland, Österreich und der Schweiz rufen zu Spenden auf. ADRA Österreich hat als erste Maßnahme 10.000 Euro für die Soforthilfe des ADRA Netzwerks zugesichert. Weitere Informationen unter: www.adra.de / www.adra.at / www.adra.ch

Neues Schuljahr auf der „Marienhöhe“ wieder mit Gesundheitstagen und Sponsorenlauf

Erneute Steigerung der Schülerzahl

Erneut konnte die „Marienhöhe“ zu Beginn des neuen Schuljahrs ihre Gesamt-Schülerzahl im Vergleich zum Vorjahr steigern. Die Mittelstufe wurde um vier Schulklassen erweitert und acht neue Lehrkräfte eingestellt. Von den 756 Schülerinnen und Schülern besuchen 509 das Gymnasium, 187 die Real- und 60 die Grundschule. 47 Schüler wohnen im hauseigenen Internat. Fast drei Viertel der Internatsschüler stammen aus adventistischem Elternhaus oder sind selbst Mitglieder der Freikirche. Bezogen auf die Gesamtschülerzahl beträgt der Anteil der Adventisten zwölf Prozent. Von den 68 Lehrkräften sind 37 Adventisten, die 6 Internatspädagogen gehören jedoch alle der Freikirche an.

Marienhöher Gesundheitstage und Sponsorenlauf

Im Rahmen der „Marienhöher Gesundheitstage“ gab es auch dieses Jahr wieder die Aktion „Laufen für einen guten Zweck“. Alle Läufer mussten sich einen oder mehrere Sponsoren suchen, die sich bereit erklärten, jede Geländerunde von ca. 800 Metern Länge mit einem bestimmten Betrag zu honorieren. Nach Angaben der Schulverwaltung kamen dieses Jahr dabei etwa 5.000 Runden von insgesamt 645 Läuferinnen und Läufern zusammen.

Die zugesagten Spenden von 28.400 Euro stellen ebenfalls eine Steigerung gegenüber dem Vorjahr (27.300 Euro) dar. Das Geld geht zu jeweils einem Drittel an das Projekt ‚Du musst kämpfen‘ von Jonathan Heimes (<http://www.dumusstkaempfen.de>), an ein Projekt der Adventistischen Entwicklungs- und Katastrophenhilfe ADRA in Vietnam (<http://www.adra.de/im-fokus/detailansicht/news/wie-er>

neuerbare-energien-leben-in-vietnam-veraendern), sowie an das bewährte Marienhöher Kambodscha-Projekt, bei dem es um den Aufbau einer Schule geht (<http://marienhoehe.de/internete/highlights/entwicklungshilfe-in-kambodscha.html>).

Schulzentrum Marienhöhe

Das 1925 eröffnete „Seminar Marienhöhe“ hat seit 1950 ein staatlich anerkanntes Gymnasium. 1994 folgte die Realschule und 2010 die Grundschule. Das Schulzentrum Marienhöhe ist als „Gesundheitsfördernde Schule“ zertifiziert. Weitere Informationen: www.marienhoehe.de

Alt-katholische Synode befasst sich mit Themenkomplex „Frieden“

Einmütig beschloss das Kirchenparlament den Beitritt des Bistums zum Bündnis „Aktion Aufschrei – stoppt den Waffenhandel“. Informationen zu dem Aktionsbündnis sind im Internet unter www.aufschrei-waffenhandel.de zu finden. Nach einer intensiven Diskussion wurde vereinbart, dass sich die nächste Synode im Oktober 2018 einen ganzen Tag lang mit dem Thema „Frieden“ auseinandersetzen wird, um nach Antworten im „Licht des Evangeliums“ zu suchen. Laut alt-katholischem Bischof Dr. Matthias Ring gehe es auch darum, das Fehlen des Gesprächs in seiner Kirche über aktuelle gesellschaftliche, soziale und politische Fragen zu überwinden und klare Positionen zu beziehen. In gut alt-katholischer Tradition

sollen nicht „unfehlbare Meinungsäußerungen“ formuliert werden, sondern bestimmte Positionen für eine bestimmte Zeit, also keine letztgültigen Positionen der gesamten Kirche, so Ring.

Gegenseitige Anerkennung von Firmung und Konfirmation

Die Synode beschloss auch die gegenseitige Anerkennung von Firmung und Konfirmation. Bereits im letzten November hatte die Synode der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands (VELKD) dieser gegenseitigen Anerkennung zugestimmt. Im Text der Vereinbarung heißt es: „Lutheraner und Alt-Katholiken sehen in der Firmung/Konfirmation ein persönliches Bekenntnis der Getauften, eine lebensgeschichtlich bedeutsame Segenshandlung und eine Aktualisierung des gesamten Taufgeschehens als einer lebenslang gegenwärtigen Wirklichkeit.“ Mit dieser Vereinbarung ist es auch möglich, dass Alt-Katholiken und Lutheraner gegenseitig das Patenamts bei einer Taufe übernehmen können.

Die alt-katholische Kirche entstand aus dem Protest gegen die Lehre von der päpstlichen Unfehlbarkeit während des Ersten Vatikanischen Konzils 1869/70. Schon früh nach Gründung der Alt-Katholiken wurden intensive ökumenische Dialoge geführt und die verpflichtende Ehelosigkeit der Priester, das Zölibat, aufgehoben. Das geistliche Amt steht auch Frauen offen. Weitere Informationen unter www.alt-katholisch.de.

Ein halbes Jahr nach Zyklon „Winston“ auf Fidschi

Mehr Menschen geholfen als geplant

Anna Krikun (Weiterstadt bei Darmstadt), Koordinatorin für die Region Südostasien und Pazifik bei ADRA Deutschland, war vor kurzem auf Fidschi und informierte über die Arbeit des Hilfswerkes. ADRA habe mit 6.675 Haushalten doppelt so viele Menschen erreicht als ursprünglich geplant. Sie hätten Materialien für die Ausbesserung ihrer Häuser, Saatgut und Lebensmittel erhalten. Auch Hygieneartikel seien verteilt und Hygieneschulungen durchgeführt worden, da die Wasserversorgung stark eingeschränkt gewesen wäre.

Gute Ernten sichern Ernährung

Mit dem Verteilten von Saatgut für Gemüse und Knollenfrüchte könnten die Menschen ihre Felder und Gärten bestellen. Einige Gemüsesorten, wie etwa Chinakohl, würden sehr schnell reif, sodass laut Anna Krikun bereits zum zweiten Mal geerntet werden konnte. Andere Gemüsesorten wie Auberginen, Kürbisse, Karotten und Zucchini, wüchsen ebenfalls ertragreich. Mit diesen Ernten könnten die Betroffenen die Zeit bis zur nächsten Maniok-Ernte, dem Hauptnahrungsmittel des Inselstaates, überbrücken. Die Erträge wären so gut, dass manche Haushalte ihre Überschüsse verkaufen und sich dadurch ein kleines Einkommen erwirtschaften könnten. Weitere Einkünfte erzielten die Inselbewohner aus den zahlreichen Kokosnusspalmen sowie dem Fischfang. Zwei Monate nach dem Zyklon hätten sich die Fischbestände wieder normalisiert.

Umweltprojekte wieder aufgenommen

Der Wirbelsturm habe zwar ADRA-Projekte zum Schutz der Umwelt auf Fidschi verzögert, doch sie seien inzwischen wieder aufgenommen worden. So würden 250 Solaranlagen aufgebaut, mit denen die Energieversorgung von 250 Haushalten auf ökologische und effiziente Weise verbessert werden soll. Daneben würden

energieeffiziente Öfen eingeführt. Diese hätten eine geringere Rauchentwicklung und wären sparsamer beim Brennstoffverbrauch. Dadurch würden die Gesundheit der Frauen beim Kochen weniger belastet und die Waldbestände geschont. Aus jedem Dorf erhielten fünf Personen (insgesamt 75) eine Schulung zum Bau der Öfen und sie sollen ihr Wissen anschließend an die Bewohner ihrer Heimatdörfer weitergeben. Mit ihren neuen Kenntnissen könnten sich die Ausgebildeten selbständig machen. Schulungen darüber, wie man ein Kleinunternehmen erfolgreich führe und Rücklagen bilde, erhielten sie zusätzlich.

Um die Fischbestände und die Küstenregionen zu schützen, würden umweltschonende Fischfangmethoden bekannt gemacht. Langfristig könnten alle diese verschiedenen Maßnahmen dazu beitragen, die Gesundheit der Menschen sowie ihre Einkommenssituation zu verbessern und die Umwelt zu schützen, betonte Anna Krikun.

Die Maßnahmen werden von der Generaldirektion Humanitäre Hilfe und Katastrophenschutz der Europäischen Kommission (ECHO) sowie dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung finanziell unterstützt.

EAK: Keine militärische Trendwende

Geld fehlt zur Beseitigung der Ursachen von Krieg und Flucht
In ihrem Schreiben an die Verteidigungsministerin, das von der Mitgliederversammlung in Mainz beschlossen wurde, kritisiert die EAK die festgelegte Vorgabe im neuen „Weißbuch zur

Sicherheitspolitik und zur Zukunft der Bundeswehr“, dass Deutschland der NATO-Forderung nachkommen wolle, zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts für den Verteidigungshaushalt auszugeben. Das wären laut EAK dann 55 Milliarden Euro, also 21 Milliarden Euro mehr als im derzeitigen Haushalt. „Damit werden eindeutige Fakten gesetzt, wie Deutschland seine Sicherheitspolitik aufstellen will. Diese Mittel werden fehlen, um die wirklichen Ursachen von Krieg und Flucht zu beseitigen: Armut, Klimawandel, Ungerechtigkeit“, heißt es in dem Schreiben.

Der evangelische Friedensverband weist Ursula von der Leyen darauf hin, dass auf der anderen Seite die seit Jahrzehnten bestehende Selbstverpflichtung Deutschlands, 0,7 Prozent des Bruttoinlandsprodukts für die Entwicklungszusammenarbeit einzusetzen, bis heute nicht erfüllt werde. „Friedenspolitik in Form von Konfliktvermittlung und Stärkung der Zivilgesellschaft im In- und Ausland wird nicht ansatzweise in einem vergleichbaren Volumen ausgebaut“, mahnt die EAK. Die inhaltlich gut aufgestellten vielfältigen Möglichkeiten ziviler Konfliktbearbeitung blieben damit finanziell weiterhin unterversorgt.

Vorrang von Zivil vor Militär

„Diese Form der Sicherheitspolitik durch militärische Aufrüstung ist unvereinbar mit dem im Weißbuch formulierten Vorrang für Prävention und nichtmilitärisches Handeln“, kritisierte der EAK-Bundesvorsitzende Dr. Christoph Münchow. Daher fordere die EAK, von diesen Plänen einer militärischen Trendwende Abstand zu nehmen und zivilen Möglichkeiten die Priorität zu geben. Darum lehne der evangelische Friedensverband eine Erweiterung der Bundeswehr, eine Erhöhung der Militärausgaben, einen Einsatz der Bundeswehr im Innern und eine neue militärische Führungsrolle Deutschlands in Europa ab, heißt es in dem Schreiben.

Vielmehr sei eine Trendwende hin zu einer zivilen Friedenspolitik nötig. Dazu gehöre nach Auffassung der EAK,

der weiteren Aufrüstung Einhalt zu gebieten, die atomare Aufrüstung auch in Deutschland zu beenden und sich im Namen einer globalen Verantwortung vorbildlich für ein Umdenken zu ziviler gewaltfreier Konfliktbearbeitung einzusetzen. „Wenn es eine Trendwende in der deutschen Sicherheits- und Außenpolitik geben soll, dann kann sie nur eine Trendwende hin zum Vorrang von Zivil vor Militär sein“, betonte EAK-Geschäftsführer Wolfgang Burggraf.

ACK veröffentlicht Wort zu 500 Jahre Reformation

Mit einem feierlichen Gottesdienst und einem sich anschließenden Festakt hat die ACK in Augsburg ihr Wort zur Reformation der Öffentlichkeit präsentiert. Unter dem Motto „Versöhnt miteinander“ entwirft das Wort Perspektiven und Zugänge auf die Feier des Reformationsjubiläums als Christusfest. In fünf Schritten regt das Papier dazu an, das Jahr 2017 ökumenisch zu betrachten: die Impulse der Reformation aufzunehmen, gemeinsam die Folgen der Kirchenspaltung zu bedenken, wechselseitig voneinander zu lernen und die Zukunft ökumenisch zu gestalten.

„Gemeinsam leben wir in dem Bewusstsein, dass die Gaben des Geistes Gottes, die in einer christlichen Kirche bewahrt worden sind und gegenwärtig gelebt werden, auch andere Kirchen bereichern können“, heißt es in dem Wort. Gemeinsam könne man die durch die Reformation wieder in den Mittelpunkt gerückten biblischen Einsichten ökumenisch feiern. Dazu gehörten die

Wertschätzung der Bibel als der gemeinsamen Basis des Glaubens, die Ausrichtung des christlichen Glaubens an der Gnade Gottes sowie die Überzeugung von dem in Glaube und Taufe begründeten Priestertum aller Christinnen und Christen. Dies sei untrennbar vom Gedenken an die zahlreichen Opfer religiös motivierter Gewalt: „Kriege, Vertreibungen und Hinrichtungen wurden im Namen Gottes gerechtfertigt“, beklagen die Kirchen in dem Wort. Daher wolle man sich gemeinsam um die Heilung der leidvollen Erinnerungen bemühen. Das Wort zu 500 Jahre Reformation kann unter www.oekumene-ack.de abgerufen werden.

Freiheit nur in Beziehung echte Freiheit – Studientag der ACK

Ausgehend von den Grundanliegen der Reformation hat sich die Mitgliederversammlung auf einem gemeinsamen Studientag mit den Geschäftsführern der regionalen ACKs mit dem Thema „Freiheit“ beschäftigt. Der katholische Moraltheologe Prof. Dr. Eberhard Schockenhoff (Freiburg) würdigte das Freiheitsverständnis Martin Luthers, das für ein christliches Verständnis der Freiheit im christlichen Glauben prägend geworden sei: „Selbsttätigkeit und Freiheit des Menschen widersprechen nicht seiner Abhängigkeit von Gott, im Gegenteil: je abhängiger von Gott, umso mehr ist der Mensch in seiner Freiheit“, sagte Schockenhoff.

Diese Abhängigkeit der Freiheit von Beziehungen unterstrich die evangelische Dogmatikerin Prof. Dr. Elisabeth Gräb-Schmidt (Tübingen). „Selbstbestimmung ist nicht unbegrenzte Autonomie, sondern meint, dem Selbst zu entsprechen, das immer in Beziehungen eingebunden ist: menschlich, gesellschaftlich und in der Gottesbeziehung“, sagte Gräb-Schmidt. Luthers Freiheitsverständnis habe herausgestellt, dass die Selbstbestimmung des Menschen durch den Glauben an Gott befördert werde. „Christen sollen die Freiheit so gebrauchen, dass sie sich als verantwortliche Wesen begreifen.“

Die baptistische Kirchengeschichtlerin Prof. Dr. Andrea Strübind (Oldenburg) verwies darauf, dass es vor allem die täuferischen und unabhängigen Kirchen waren, von denen aus den

Freiheitsimpulsen der Reformation auch politische Forderungen für Toleranz abgeleitet worden seien. „Die kirchliche und staatliche Toleranz sollte auch anderen Religionen sowie Ungläubigen gelten“, stellte Strübind dar.

Die orthodoxe Sicht auf die Freiheit vermittelte der orthodoxe Systematiker Prof. Dr. Daniel Munteanu (Bamberg/Targoviste). „Freiheit bedeutet Offenheit für das Feuer des Geistes Gottes, das Anerkennen der Einzigartigkeit jedes einzelnen Menschen, eine Hochschätzung des einzelnen Menschen, denn er ist fähig, das Licht des göttlichen Geistes zu empfangen“, sagte Munteanu. Daraus seien Konsequenzen für das eigene Handeln abzuleiten, die immer auch die Freiheit des anderen im Blick behalten müsse.

„Freiheit gibt es nur in Beziehung“, fasste der Vorsitzende der ACK in Deutschland, Bischof Dr. Karl-Heinz Wiesemann (Speyer), am Ende die Diskussion zusammen. Freiheit sei kein autonomer Begriff, sondern beinhalte auch einen kritischen Blick auf sich selbst und bedeute damit eine Relativierung. Freiheit brauche Grenzen, um sich als wirklich Freiheit entfalten zu können. Die Vorträge des Studientages sowie weitere Texte zum Thema Freiheit von Mitgliedern des Deutschen Ökumenischen Studienausschusses der ACK sollen im Frühjahr 2017 unter dem Titel „Kontroverse Freiheit. Impulse der Ökumene“ im Herder-Verlag erscheinen.

Evangelische Allianz als neue Beobachterin

Als neue ständige Beobachterin der Arbeit der ACK in Deutschland hat erstmals die Deutsche Evangelische Allianz (DEA) teilgenommen. Hartmut Steeb, Generalsekretär der DEA, stellte der Mitgliederversammlung die Arbeit und das ökumenische Interesse der Allianz vor.

Die Mitgliederversammlung ist das oberste, beschlussfassende Leitungsorgan der ACK. Sie besteht aus den 50 Delegierten der Mitglieder, Gastmitglieder sowie ständigen Beobachter, die von den Kirchen für die Dauer von fünf Jahren benannt werden. Die

Mitgliederversammlung der ACK tagt in der Regel zweimal jährlich, im Frühjahr und im Herbst.

Deutschlandweiter Kongress der Adventjugend setzt Schwerpunkt im Dienst am Mitmenschen

„Dieses Motto wird den Dienst am Mitmenschen in den Mittelpunkt stellen“, so die Leiter der Adventjugend in Deutschland, Pastor Bert Seefeldt (Hannover) und Pastor Ruben Grieco (Ostfildern bei Stuttgart). Den Namen „EINS Jugendkongress“, den alle bundesweiten Jugendkongresse der Adventjugend tragen, hätten sich ehrenamtlich tätige junge Leute der Freikirche überlegt, um den Wunsch nach Gemeinschaft und Einigkeit untereinander zum Ausdruck zu bringen und ihren Glauben in den Mittelpunkt und an die erste Stelle zu setzen.

Internationale Redner

Zwei internationale Sprecher werden in diesen Tagen in Kassel zu hören sein und das biblische Motto mit den Jugendlichen alltagsrelevant vertiefen: Gilbert Cangy, der aus Mauritius stammende Leiter der weltweiten Adventjugend und Sam Leonor, der als Jugendpastor an der La Sierra Universität in Kalifornien tätig ist.

Vielfältiges Angebot

Neben den Themen im Plenum gibt es ein breites Angebot über

Musik, vielfältige Informationsstände, die beispielsweise über Ausbildungs-, Studien- und Projektmöglichkeiten der Freikirche informieren, bis hin zu 40 verschiedenen Workshops, in denen junge Menschen unter anderem Wege finden sollen und praktische Anregungen erhalten, um in ihrem eigenen persönlichen Umfeld Menschen zu dienen. Weitere Informationen unter: <http://jugendkongress.adventjugend.de/home/>

Neue Einheitsübersetzung der Bibel vorgestellt

Eine gemeinsame deutsche Bibel für den katholischen Gottesdienst

Laut emeritiertem Bischof Joachim Wanke (Erfurt), langjähriger Vorsitzender des Leitungsgremiums für die Revision der Heiligen Schrift, beschreibe der Name „Einheitsübersetzung“, dass es sich um eine katholische Bibelausgabe handele, die einheitlich für das ganze deutsche Sprachgebiet gelten soll. Dass man heute katholischerseits von Kiel bis nach Bozen und von Echternach bis Görlitz denselben deutschen Bibelton im Ohr habe, sei früher nicht selbstverständlich gewesen.

„Die erste Idee zu einer einheitlichen Übersetzung kam 1960 auf“, berichtete Wanke. Zudem habe das Zweite Vatikanische Konzil (1962–1965) eine biblische Erneuerung von Seelsorge und Liturgie gefordert, „und in der Liturgie machte es den Weg frei für die Volkssprachen“. Wollte man dem Wunsch des Konzils gerecht werden, „brauchte es getreue und praxistaugliche Übersetzungen“. Deshalb hätten sämtliche Bischöfe des

deutschen Sprachgebiets beschlossen, sich am Projekt „Einheitsübersetzung“ zu beteiligen. Es habe sich dabei um die Bischofskonferenzen Deutschlands, Österreichs und der Schweiz sowie die Bischöfe beziehungsweise Erzbischöfe von Straßburg, Luxemburg, Bozen-Brixen und Lüttich gehandelt. 1979 sei schließlich die Einheitsübersetzung in verbindlicher Fassung als offizielle Bibelausgabe der römisch-katholischen Kirche im deutschen Sprachgebiet erschienen.

Eine moderate Überarbeitung

Da eine Sprache sich verändere und die Bibelwissenschaften zu neuen Erkenntnissen gelangten, auch wenn es dabei meist nur um philologische Nuancen gehe, hätten sich die drei Bischofskonferenzen sowie die anderen beteiligten Bischöfe 2003 miteinander verständigt, eine Revision der Einheitsübersetzung in Auftrag zu geben. Damit sei 2006 begonnen worden, so Bischof Wanke. Da die bisherige Einheitsübersetzung eingeführt, ihr sprachlicher Grundton weithin vertraut und auch bibelwissenschaftlich solide gewesen sei, habe es keiner völlig neuen Übersetzung bedurft. Es wäre stattdessen um eine moderate Überarbeitung unter möglichst weitgehender Wahrung des Textbestands gegangen. Nach all den Textarbeiten habe die neue Einheitsübersetzung die verschiedenen etwa zwei Jahre dauernden Prüf- und Genehmigungsverfahren der katholischen Kirche durchlaufen.

Auch Überarbeitung der liturgischen Bücher

Der Vorsitzende der Liturgiekommission der römisch-katholischen Deutschen Bischofskonferenz, Bischof Friedhelm Hofmann (Würzburg), wies darauf hin, dass die revidierte Einheitsübersetzung der Heiligen Schrift in ihrem Wortlaut künftig im ganzen deutschen Sprachgebiet der katholischen Kirche verbindlich sei. Das gelte auch für die im Gottesdienst verwendeten liturgischen Bücher, die biblische Lesungen und Bibeltexte enthielten. Sie würden sukzessiv mit der neuen Textfassung der Einheitsübersetzung ausgestattet.

Neu in der Einheitsübersetzung – die Apostelin Junia

„An manchen Stellen ist die Übersetzung ein Kompromiss und sicher würde man in einigen Jahren wieder manches als ‚zeitbedingt‘ anders formulieren“, sagte die Geschäftsführende Direktorin des Katholischen Bibelwerks, Dr. Katrin Brockmüller, im Pressegespräch in Fulda. Anhand einiger Textbeispiele zeigte sie, wo es Veränderungen gegenüber der bisherigen Einheitsübersetzung gab. Lang ersehnt von vielen Bibelleserinnen wäre beispielsweise die Aufnahme der bibelwissenschaftlichen Erkenntnis in Römer 16,7: Der Gruß des Paulus richtet sich nun nicht mehr an einen vermeintlichen Junias, sondern an die Apostelin Junia. Ebenso lautet die Anrede in den Briefen des Neuen Testaments nun dem ursprünglichen Sinn entsprechend „Brüder und Schwestern“, wenn eine gemischte Gruppe der Gemeinde angesprochen werde.

Viele kleine sprachliche Veränderungen zeigten, dass Sprach- und Denkgewohnheiten sich in knapp 40 Jahren verändert hätten: Adam hat nun mit Eva statt einer „Hilfe, die ihm entspricht“ eine „ebenbürtige Hilfe“ (Genesis 2,16); Elisabet und Maria werden „schwanger“, statt „sie empfangen“. Neue Nuancen erwarteten die Leser auch in Exodus 19–20; zum Beispiel spricht Gott nun mit „verstehbarer Stimme“ nicht „im Donner“. Der Vorwurf Jesu an die Emmausjünger (Lukas 24,25) bewege sich jetzt weniger auf der kognitiven Ebene („begreift ihr denn nicht“), sondern beklage vielmehr ihre „trägen Herzen“. Damit sei das griechische Sprachbild korrekt wiedergegeben und zudem der Glaube als bewusste Herzensentscheidung angesprochen.

Keine ökumenische Bibelübersetzung mehr

Bischof Joachim Wanke wies darauf hin, dass die ökumenische Zusammenarbeit mit der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) bei der Revision der Einheitsübersetzung nicht habe fortgesetzt werden können. Die Gründe hierfür seien „hauptsächlich verfahrenstechnischer Natur“ gewesen.

An der Einheitsübersetzung hatten von Beginn an auch evangelische Theologen mitgearbeitet. An der Übersetzung der Psalmen und des Neuen Testaments wirkte dann auf Bitten der

Deutschen Bischofskonferenz die EKD offiziell mit. 1970 schlossen Bischofskonferenz und EKD einen Vertrag über die gemeinsame Arbeit an der neuen Bibel. Seit 1980 war diese auch für den Gebrauch in der evangelischen Kirche freigegeben und wurde insbesondere in ökumenischen Veranstaltungen neben der Lutherbibel verwendet. Im Zuge der Revisionsarbeiten kam es jedoch zu einem Konflikt zwischen der römisch-katholischen und der evangelischen Seite, in dessen Folge die EKD den 1970 geschlossenen Vertrag im Jahr 2005 aufkündigte.

Als entscheidendes Hindernis einer weiteren evangelisch-katholischen Zusammenarbeit an dem Projekt bezeichnete damals die EKD in einer Presseerklärung die vatikanische Instruktion über den „Gebrauch der Volkssprache bei der Herausgabe der Bücher der römischen Liturgie“ vom 28.3.2001. Dort seien Kriterien enthalten, „die von evangelischer Seite nicht mitgetragen werden können“. Der damalige EKD-Ratsvorsitzende und Berliner Landesbischof Wolfgang Huber wies darauf hin, dass in dem Vatikan-Text betont werde, dass bei einer Bibelübersetzung auch die katholische Glaubenslehre Berücksichtigung finden müsse. Im Protestantismus dagegen gelte allein die Heilige Schrift als Grundlage des Glaubens. Außerdem befürchtete die EKD, dass die evangelischen Vertreter in strittigen Übersetzungsfragen überstimmt werden könnten.

Der damalige Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz, Kardinal Karl Lehmann, erklärte 2005 zur Absage des Rates des EKD, dass es „eine erhebliche Belastung“ sei, „wenn gerade im Land der Reformation, wo wir über ein Vierteljahrhundert schon auf eine gemeinsame Übersetzung zurückgreifen konnten, dieses gemeinsame Zeugnis unterbrochen wird, während viele Nachbarn in anderen Ländern inzwischen ökumenisch vereinbarte Übersetzungen geschaffen haben“. Die in Fulda vorgestellte neue Einheitsübersetzung ist daher keine ökumenische Bibel mehr, sondern wird allein von der römisch-katholischen Kirche verantwortet.

Auch eine neue Lutherbibel

Nach fünfjähriger Arbeit wurde bereits im September 2015 die Revision der Lutherbibel abgeschlossen. Dazu hatte der Rat der EKD zur Koordination einen Lenkungsausschuss eingesetzt, in dem rund 70 exegetische Wissenschaftler, praktische Theologen sowie kirchleitende Personen vertreten waren. Die Deutsche Bibelgesellschaft wurde mit der Herstellung und Verbreitung der neuen Bibel betraut. Der Andruck der „Lutherbibel 2017“ erfolgte am 16. Juni 2016. Die neue Bibel erscheint zum Reformationstag 2016, der offizielle Verkaufsstart ist der 19. Oktober 2016.

Dazu meinte Bischof Wanke, es „steht außer Frage, welche entscheidende Bedeutung der Heiligen Schrift für das gemeinsame Christusbekenntnis zukommt“. In diesem Sinne würden die katholischen Bischöfe zusammen mit der EKD am 9. Februar 2017 in Stuttgart eine ökumenische Bibeltagung abhalten. Dabei „wollen wir das Wort Gottes, das uns verbindet, gemeinsam ins Zentrum rücken“.

Die Geschichte der Lutherbibel

Die Lutherbibel geht auf die Übersetzungen des Reformators Martin Luther und seiner Mitarbeiter in den Jahren 1521 bis 1545 zurück. Die Übersetzung des Neuen Testaments erschien im September 1522 (Septembertestament). In den folgenden Jahren wurden kontinuierlich weitere Bücher der Bibel übersetzt, bis 1534 die erste Gesamtausgabe des Alten und Neuen Testaments erschien. Im Jahr 1545 kam die letzte von Luther selbst durchgesehene Gesamtausgabe heraus.

In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts begann man die Bibelübersetzungen, die auf Martin Luther zurückgingen, sich aber durchaus unterschieden, kritisch durchzusehen und eine erste Revision vorzunehmen. Sie hatte das Ziel, den ursprünglichen Luthertext wieder herzustellen und diesen an jenen Stellen, wo er nicht mehr verständlich oder unklar war, an den allgemeinen Sprachgebrauch anzugleichen. Immer noch in Gemeinde-Gebrauch ist der Text der zweiten Revision von 1912.

Die dritte und letzte Revision wurde in den Jahren 1964 (Altes Testament), 1970 (Apokryphen) und 1984 (Neues Testament) abgeschlossen. Zu einer heftigen Auseinandersetzung kam es im Zuge der Revisionsarbeiten im Jahr 1975. Der damals vorgelegte revidierte Text des Neuen Testaments stieß in weiten Teilen der evangelischen Kirche auf zum Teil massive Kritik. Man vermisste vor allem die „Treue gegenüber der Sprache Luthers“. Es wurde eine „Nach-Revision“ vorgenommen, sodass der gesamte Prozess der Revision erst 1984 zum Abschluss kam. Im Zusammenhang mit der Einführung der neuen Rechtschreibung 1999 wurde der Text noch einmal durchgesehen.

Antidiskriminierungsstelle legt Studie zu Umgang mit religiöser Vielfalt am Arbeitsplatz vor

Kein Nischenanliegen

Die Studie weist darauf hin, dass nach wie vor eine große Unsicherheit im Umgang mit religiöser Vielfalt (Diversity) im Arbeitsleben zu beobachten ist, kommentiert der Jurist Dr. Harald Mueller, Leiter des Instituts für Religionsfreiheit der Theologischen Hochschule der Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten in Friedensau bei Magdeburg, die Veröffentlichung. „Gleichwohl gibt es eine Anzahl von Unternehmen, die eine Chance darin sehen, durch geeignete Diversity-Strategien die religiösen Bedürfnisse von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern zu berücksichtigen und damit die Kompetenzen dieser Personen

zu entfalten anstatt durch unsensible Maßnahmen Verunsicherung und innere Abkehr hervorzurufen“, so Mueller.

Allerdings sei festzustellen, dass zumeist auf konkrete Bedarfe reagiert wird, wohingegen pro-aktive Ansätze die Ausnahme zu sein scheinen. Die Studie erwähne beispielsweise Feiertags- und Gebetsregelungen sowie Speiserichtlinien. Diese zielen mehrheitlich auf muslimische Beschäftigte. Es werde aber darauf hingewiesen, dass es auch nichtmuslimische Minderheiten gibt, die ähnlich betroffen sind, wie zum Beispiel Mitglieder der Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten. Sie könnten immer wieder in Konflikte am Arbeitsplatz kommen, da Adventisten den Samstag (Sabbat) als biblischen Ruhetag einhalten wollten, teilte Mueller mit.

Das Bekenntnis zum diskriminierungsfreien Umgang mit Religion sei nach Mueller keineswegs nur ein Nischenanliegen, sondern Bestandteil einer modernen Unternehmenskultur.

Antidiskriminierungsstelle des Bundes

Die Antidiskriminierungsstelle des Bundes (ADS) mit Sitz in Berlin ist eine unabhängige Anlaufstelle für Menschen, die von Diskriminierung betroffen sind. Sie wurde 2006 eingerichtet, nachdem das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG) in Kraft getreten ist. Die ADS und ihre Aufgaben sind im AGG festgeschrieben. Die Studie „Umgang mit religiöser Vielfalt am Arbeitsplatz“ kann im Internet heruntergeladen werden unter: http://www.antidiskriminierungsstelle.de/SharedDocs/Downloads/DE/publikationen/Expertisen/Expertise_Umgang_mit_religioeser_Vielfalt_am_Arbeitsplatz_20160922.html

Friedensarbeit zwischen Euphorie und Hemmnissen

Dass es solche Räume des Friedens schon länger gibt, zeigten Beispiele, die dabei in Mainz vorgestellt wurden. So eine kleine franziskanische Kommunität in einem der sozialen Brennpunkte in Frankfurt am Main mit einer engagierten Kinder- und Jugendarbeit, oder ein mennonitisches Friedenszentrum in Berlin-Neukölln mit Angeboten für Jugendliche aus verschiedenen Kulturen und einer breiten Stadtteilarbeit. Oder die Arbeit als Nichtregierungsorganisation für Menschenrechtsfragen bei den Vereinten Nationen in Genf und New York.

„Die Welt ist der Ort Gottes. Hier in der Welt begegnen wir Gott durch die Begegnung mit anderen Menschen“, unterstrich Bruder Markus Heinze vom Orden der Franziskaner (OFM), Direktor von „Franciscans International“ in Genf und New York. Und Pastorin Martina Basso vom Mennonitischen Friedenszentrum in Berlin machte deutlich: „Wir gehen nicht ab und zu mal in die Welt, sondern wir sind mittendrin. Es gibt da kein Draußen oder Drinnen.“

Die mennonitische Pastorin hob hervor, dass der Friede das ganze Leben umfasse. Dies zeige sich dann auch im Handeln. „Dazu gehört, verletzlich zu sein und Verletzungen anzunehmen. Dazu gehört Demut, auch gemeinsam mit dem zu gehen, mit dem ich nicht übereinstimme. Es ist zudem nicht unsere Aufgabe, die Probleme der Welt zu lösen, sondern Hoffnung auf Erlösung zu geben, um das Reich Gottes aufblitzen zu lassen, wo der Friede gelingt. Und es erfordert, wahrhaftig zu reden, aufmerksam zuzuhören und aufmerksam zu sein gegenüber der Gemeinschaft“, so Martina Basso.

Der Franziskaner Markus Heinze warnte davor, sich als Kirche oder als Friedensraum von der Welt zu distanzieren. „Wir

müssen uns zweier Dinge bewusst sein: Ich selbst bin ein geliebter Mensch, gewollt und bejaht. Und genauso ist auch der andere Mensch geliebt, gewollt und bejaht. Dieses Bewusstsein verändert unser Handeln“, so der römisch-katholische Theologe.

Für beide, die Mennonitin und den Franziskaner, sei dabei klar: Spiritualität und tägliche Arbeit gehörten zusammen und geben die Kraft, solche Räume des Friedens zu schaffen und zu gestalten. „Der christliche Glaube muss zu einer Kultur des Friedens führen“, ist Martina Basso überzeugt. Frömmigkeit und politisch sein, würden dabei einander bedingen und sich nicht ausschließen. Und Markus Heinze sieht darin auch eine verändernde Kraft für die Kirche: „Wir sollen nicht die Kirche ändern wollen, sondern die Welt. Und dann kann Kirche zu einem Friedensraum in der Welt werden.“

„Es ist immer eine Friedensarbeit zwischen Euphorie und Hemmnissen“, stellte Markus Weingardt fest. Teilnehmerinnen und Teilnehmer der gemeinsamen Tagung von AGDF und EAK schilderten in Mainz ihre Erfahrungen mit Friedensräumen, dem Weg zu solchen Erlebnissen und den auftretenden Problemen dabei. Doch auch die Frage, wie Traditionen und Erfahrungen früherer Friedensarbeit hochgehalten werden könnten oder welche neuen Wege beschritten werden sollten, spielten eine Rolle. Es gab Berichte von Erlebnissen, die Mut machten, aber auch von Erlebnissen in der Friedensarbeit, die Resignation verursachten.

„Wir sollten uns aber immer wieder auch bewusst machen, was wir in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten erreicht haben in der Friedensarbeit, um solche Friedensräume zu finden und zu erhalten“, unterstrich EAK-Bundesvorsitzender Dr. Christoph Münchow. Vor 100 Jahren sei wahrscheinlich eine solche Veranstaltung kaum möglich gewesen, ist er überzeugt. Doch seitdem wäre viel geschehen.

Adventisten zu Mel Gibsons neuem Film „Hacksaw Ridge“

Demnach war Desmond T. Doss 1942 der erste zum Militärdienst Einberufene, der sich aus Gewissensgründen weigerte eine Waffe in die Hand zu nehmen. Ihm wurde der Status eines Kriegsdienstverweigerers („Nichtkämpfers“) gewährt, sodass er als waffenloser Sanitätssoldat im Zweiten Weltkrieg diente.

Inmitten der filmischen Darstellung der Kriegsrealität zeichne „Hacksaw Ridge“ ein „aufwühlendes Porträt, wie Doss trotz des Horrors des Schlachtfelds seinen Glauben in entschlossener Weise ausgelebt hat“, so die NAD-Erklärung. Die adventistische Kirche habe seit ihrer Gründung (1863) das Tragen von Waffen abgelehnt, heißt es weiter.

Die Erklärung schließt mit der Feststellung, dass die nordamerikanische Kirchenleitung der Adventisten die Sorgfalt der Filmemacher schätze, mit der sie den Glauben von Desmond T. Doss dargestellt sowie dessen einzigartige Auswirkungen in „Hacksaw Ridge“ umgesetzt hätten.

Kinostart in Deutschland: 12. Januar

„Hacksaw Ridge“ wurde beim Filmfestival in Venedig das erste Mal gezeigt und soll in den USA am 4. November in die Kinos kommen. Der Kinostart für Deutschland ist für den 12. Januar 2017 vorgesehen.

Adventisten sind „Nichtkämpfer“

Adventisten sind „Nichtkämpfer“. Sie empfehlen in Ländern mit Wehrpflicht, in denen kein Zivildienst geleistet werden kann, den waffenlosen Dienst in der Armee.

Dienst ohne Waffe aus Gewissensgründen

„Während die offizielle Position unserer Kirche im Dienst ohne Waffe beziehungsweise in der Kriegsdienstverweigerung aus Gewissensgründen besteht, wird die Entscheidung, dem Militär beizutreten, dem Gewissen des Einzelnen überlassen. Allerdings ermutigt unsere Kirche aufgrund des nichtkämpferischen Grundgedankens der Bibel, der Schwierigkeiten, den Sabbat (Samstag) als Ruhetag zu halten und anderer Probleme, niemanden, sich dem Militär anzuschließen“, betonte Pastor Ted N. C. Wilson, Präsident der adventistischen Weltkirchenleitung, in der August-Ausgabe 2014 der Zeitschrift „Adventist World“. „Unabhängig von der Entscheidung des Einzelnen fühlt sich unsere Kirche dem geistlichen Dienst und der seelsorgerlichen Unterstützung für alle ihrer Mitglieder verpflichtet, einschließlich derer, die im Militär dienen, samt ihren Familien.“

„Siebenten-Tags-Adventisten haben ihr historisches Zeugnis für den Frieden und den Dienst ohne Waffe in den Jahren ihres Bestehens nicht aufgegeben“, gab Wilson zu bedenken. Immer wieder hätten Leiter der Kirche die Politiker aufgerufen, Konflikte zu vermeiden. So hätten beispielsweise drei Jahre nach Ende des Ersten Weltkriegs der Präsident, der Generalsekretär und der Finanzvorstand der Generalkonferenz, als oberste Repräsentanten der adventistischen Weltkirchenleitung, in einem offenen Brief erklärt: „Als Siebenten-Tags-Adventisten sprechen wir uns – wie auch andere Religionsgemeinschaften – nachdrücklich für eine Rüstungsbegrenzung aus. Wenn es im gegenwärtigen Zustand der Gesellschaft möglich wäre, würden wir eine Abschaffung aller Kriege zwischen den Nationen befürworten. Zu dieser Sicht drängt uns die Logik unseres Glaubens an den Friedefürst Jesus Christus und unsere Erfahrung als Bürger seines Reiches.“

Adventistische Kriegsdienstverweigerer in West- und Ostdeutschland

Nach dem Zweiten Weltkrieg habe die Freikirchenleitung ihren

wehrpflichtigen Mitgliedern in Westdeutschland in den Erklärungen vom 1. Dezember 1950, 25. April 1968 und Dezember 1983 empfohlen, den Wehr- und Kriegsdienst aus Gewissensgründen zu verweigern und stattdessen den zivilen Ersatzdienst zu leisten. Fast alle hätten sich für den Zivildienst entschieden, so Holger Teubert, Leiter des Referats Kriegsdienstverweigerung der Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten in Deutschland.

In der früheren DDR habe es nur einen waffenlosen Dienst in der Armee als Bausoldat gegeben. Die meisten wehrpflichtigen Adventisten hätten als Bausoldaten gedient, obwohl dadurch in der Regel der Ausschluss vom Hochschulstudium verbunden gewesen sei. Unter den bereits getauften adventistischen Jugendlichen habe es nur ganz wenige gegeben, die den Waffendienst in der Nationalen Volksarmee abgeleistet hätten; und dies meist im Sanitätsdienst. Aber selbst noch nicht getaufte Jugendliche hätten trotz offenkundiger Nachteile den Dienst als Bausoldaten vorgezogen, so Teubert.

Weltbibelhilfe unterstützt Projekte in Jordanien und Syrien

„Vor wenigen Monaten habe ich die Bibelgesellschaft in Jordanien besucht und gesehen, wie sich die Mitarbeitenden voller Energie und Eifer für die geflüchteten Familien aus Syrien und dem Irak einsetzen“, berichtet der Leiter der Weltbibelhilfe Horst Scheurenbrand. Besonders bewegt habe ihn,

dass in den Gesprächen mit den geflüchteten Familien der christliche Glaube eine zentrale Rolle spielte. Viele fanden in Gottes Wort Trost.

Dem Spendenaufruf der Weltbibelhilfe zum diesjährigen Erntedankfest liegt eine Gebetskarte mit dem arabischen Nün-Zeichen bei. Es steht für Nazarener, die Bezeichnung für Christinnen und Christen im Koran. Die Terrormiliz Islamischer Staat (IS) kennzeichnete mit diesem Buchstaben die Häuser von Christen in den von ihnen eroberten Gebieten. Dadurch drohte ihnen Verfolgung und Tod. Doch das Zeichen entwickelte sich zum Symbol für die weltweite Solidarität mit den arabischen Christen. „Etwas völlig Unerwartetes war geschehen: Das angsteinflößende, tödliche Zeichen war zu einem Symbol der Hoffnung geworden“, erklärt der ehemalige badische Landesbischof und Schirmherr der Weltbibelhilfe, Dr. Ulrich Fischer.

Die Bibelgesellschaft in Syrien konzentriert sich aktuell auf die Arbeit für die im Land verbliebenen Christinnen und Christen. „Für uns ist es wie ein Wunder, dass wir am Leben sind und den Menschen Bibeln bringen dürfen“, berichtet ein Mitarbeiter. „Wir besuchen die Kirchen, auch wenn es schwierig und oftmals gefährlich ist. Wir geben nicht auf, denn die Christen in Syrien sind sehr dankbar für Gottes Wort.“

Die Nachfrage nach Bibeln ist laut Bibelgesellschaft seit Beginn des Bürgerkriegs um das Zehnfache gestiegen. Nach ihren Erfahrungen sind jetzt besonders Kinderbibeln gefragt. Kinder seien die Zukunft und sie sollten in dieser schwierigen Zeit erfahren, dass Gott bei ihnen ist und sie stärkt. Die noch existierenden Kirchengemeinden bieten deshalb nach Möglichkeit Kinderstunden an, berichtet die Bibelgesellschaft.

Die Weltbibelhilfe sammelt in Deutschland Spenden für die Übersetzung und Verbreitung der Bibel sowie andere bibelgesellschaftliche Arbeit weltweit. Partner sind die im Weltverband zusammengeschlossenen Bibelgesellschaften. Der

Weltverband der Bibelgesellschaften (United Bible Societies; UBS) zählt 148 Mitglieder und ist in mehr als 200 Ländern aktiv. Weitere Informationen im Internet unter: www.die-bibel.de/weltbibelhilfe

Adventisten starten ersten globalen TV-Sender in französischer Sprache

Der französischsprachige Fernsehsender ist online und über den Streaming-Player „Roku“ zu sehen, die anderen beiden Sender sind auch über Satellit zu empfangen. „Es liegt noch viel Arbeit vor uns, und wir müssen alle vorhandenen technischen Mittel verwenden, um die Menschen mit der guten Nachricht von der baldigen Wiederkunft Jesu zu erreichen“, sagte Pastor Derek Morris, Präsident von Hope Channel International, auf der kurzen Feier am 15. September in Miami/USA. Die teilkontinentale adventistische Kirchenleitung für Mittelamerika (IAD) habe viel investiert, um die drei Sender jeweils rund um die Uhr betreiben zu können, sagte Pastor Abel Márquez, Leiter der Abteilung Kommunikation der IAD.

Die übergeordnete Leitstelle der drei Sender befindet sich beim Hope Channel International am Sitz der adventistischen Weltkirchenleitung in Silver Spring, Maryland/USA. In Miami/USA sowie in Mexiko sind weitere Standorte eingerichtet worden, um die Wiedergabelisten der drei TV-Sender zu betreuen.

Sendungen von Hope Channel Inter-Amerika sowie anderer internationaler Sender von Hope Channel können verfolgt werden über:

<http://www.hopetv.org/watch/international-channels/>

Syrien: Erzbischof Hindo beklagt Zunahme von Gewalt kurdischer Milizen gegenüber Christen

Der syrisch-katholische Erzbischof von Hassaké-Nisibi, Jacques Behnan Hindo hat im Gespräch mit der katholischen Nachrichtenagentur „Fides“ von zunehmender Gewalt und Einschüchterungsversuchen gegenüber der christlichen Bevölkerung berichtet. Brandanschläge und ähnliche Vorkommnisse sind nach seiner Ansicht Bestandteil einer gezielten Strategie zur Vertreibung der Christen. Der seit 1996 amtierende Erzbischof gilt als nüchterner Beobachter aller am syrischen Konflikt beteiligten Gruppierungen.

„Jedes Mal, wenn die kurdischen Milizen aktiv werden, um die eigene Vorherrschaft über die Stadt zu sichern, ist das Zentrum ihrer Aktionen jenes Stadtviertel, in dem sich sechs christliche Kirchen befinden und wo die meisten Christen leben“, bedauert Erzbischof Hindo. In vielen Fällen seien Christen bedroht und aus ihren Wohnungen vertrieben worden, die anschließend geplündert wurden. Auch er selbst sei Opfer eines solchen Einschüchterungsversuchs geworden, berichtet der

Erzbischof: Als Milizionäre auf die Fenster seiner Wohnung schossen, hätten die Schüsse nur knapp seinen Kopf verfehlt. Zum Zeitpunkt des Vorfalls sei das Viertel von kurdischen Milizen kontrolliert worden, es habe keine anderen Bewaffneten in der Gegend gegeben.

Auch eine humanitäre Hilfslieferung seiner Eparchie für muslimische Einwohner von ehemals von den IS-Terroristen belagerten Dörfern in der Umgebung von Hassaké sei unter Beschuss genommen worden. „Es ist sicher“, so der Erzbischof zu diesem Vorfall, „dass die Schüsse nicht von Dschihadisten abgefeuert wurden, deren Basislager mehr als 20 Kilometer entfernt sind“. Außerdem mache es ihn besorgt, dass unter kurdischem Kommando jetzt auch Milizionäre zu finden seien, die früher mit den IS-Terroristen gemeinsam unterwegs waren.

Um Ausgleich zwischen Kurden und syrischen Regierungstruppen ist nach einem Bericht der katholischen Nachrichtenagentur „AsiaNews“ die armenische Gemeinschaft von Hassaké bemüht. Seitens der Armenier werde jeder Gedanke an Emigration zurückgewiesen. Die armenische Gemeinschaft in Hassaké hat tiefe historische Wurzeln; nach dem Völkermord im Osmanischen Reich (1915 bis 1923) wurde die Gemeinschaft durch Flüchtlinge aus den türkisch verbliebenen Städten, vor allem aus Mardin, verstärkt. In der jetzigen Situation, der de-facto-Teilung der Stadt, haben die Armenier die Erlaubnis, von einer „Zone“ in die andere zu wechseln; daher übernehmen sie immer wieder eine Vermittlerrolle.

Laut „AsiaNews“ ist die humanitäre Situation in Hassaké schwierig. Wie in anderen syrischen Städten ist die Stromversorgung immer wieder unterbrochen, die Versorgung mit Lebensmitteln und Medikamenten ist unzureichend, das Gesundheitssystem ist praktisch zusammengebrochen. Wer ärztliche Hilfe braucht, muss sich nach Kamischli (al-Qamishli) wenden, die unmittelbar an der türkischen Grenze gelegene Stadt.

In dem Bericht von „AsiaNews“ sind aber auch erstmals Hinweise enthalten, dass es in er-Raqqa, der inoffiziellen Hauptstadt der IS-Terroristen, nach wie vor armenische Christen gibt, die dort als „Dhimmi“ („Schutzbefohlene“ nach Scharia-Recht) leben müssen. Die armenische Kirche sei geschlossen, die Kreuze und Glocken abmontiert, zu seltenen Anlässen gebe es die Erlaubnis, dort „leise“ einen Gottesdienst zu feiern. Dafür müsse extra eine Sondersteuer in Höhe von siebeneinhalb Gramm Gold gezahlt werden.

Adventistische Weltkirchenleitung will Ausgaben senken

Stärkerer US-Dollar

Bereits im April hatte Juan R. Prestol-Puesán auf die sich abzeichnenden finanziellen Schwierigkeiten der Weltkirchenleitung hingewiesen. Obwohl die weltweit 19,5 Millionen adventistischen Kirchenmitglieder treu ihre „Zehnten“ und Gaben spendeten, sei die Weltkirchenleitung seit August unterhalb des Budgets, so Prestol-Puesán. Grund dafür sei das Erstarken des Dollars gegenüber anderen Währungen. Da die adventistische Weltkirchenleitung in US-Dollar budgetiere, führten die finanziellen Zuwendungen von Ländern mit schwächerer Währung bei der Umrechnung zu Verlusten im Millionenbereich. Bei der anstehenden internen Überprüfung aller Bereiche und Tätigkeiten gehe es darum, Kosten einzusparen, so Prestol-Puesán. Dabei sei er laut AR offen für Vorschläge der Mitarbeitenden.

Weitere Gründe für die angespannte Finanzlage

Ein weiterer Grund, weshalb die Finanzlage der adventistischen Weltkirchenleitung angespannt sei, habe mit dem Auszug der Nordamerikanischen Kirchenleitung (NAD) aus dem Hauptsitz in Silver Spring und dem Umzug in ein anderes Gebäude in Columbia, Maryland, zu tun. Der Mietausfall für die Weltkirchenleitung betrage pro Jahr rund eine Million US-Dollar. Hinzu komme laut dem Finanzvorstand die gemeinsam vereinbarte Reduzierung der Beitragsprozente der Nordamerikanischen Kirchenleitung an das Budget der Weltkirchenleitung im Lauf der nächsten Jahre.

Der frei gewordene Platz im Gebäude der Weltkirchenleitung werde zukünftig teilweise durch die Büros der Adventistischen Entwicklungs- und Katastrophenhilfe ADRA International belegt; möglicherweise auch durch den adventistischen Radiosender „Adventist World Radio“ (AWR) und das „Adventist Risk Management“ (ARM, adventistische Versicherungsgesellschaft).

Adventistin zur stellvertretenden Gouverneurin der Britischen Jungferninseln ernannt

Rosalie Adams sei 1968 in den öffentlichen Dienst getreten und habe an verschiedenen Schulen im Gebiet der Britischen Jungferninseln unterrichtet bevor sie 2005 als Staatssekretärin ins Ministerium für Gesundheit und Soziale

Entwicklung berufen worden sei, berichtet Adventist News Network (ANN). Sie habe auch als Staatssekretärin im Ministerium für Kommunikation und später in der gleichen Funktion im Büro des Ministerpräsidenten gearbeitet.

Die Kirche der Siebenten-Tags-Adventisten auf den drei größten Inseln der Britischen Jungferninseln, Tortola, Virgin Gorda und Anegada bestehe aus acht Kirchgemeinden, die sich auch in der Nachbarschaftshilfe engagierten, so ANN. Die Adventisten führten auf den Britischen Jungferninseln eine staatlich anerkannte Schule mit Grund- und Sekundarschulklassen.

400 Führungspersönlichkeiten auf dem „Weltgebetstag für den Frieden“ in Assisi erwartet

Assisi/Italien, 13.09.2016 (poi/CBS-KULTUR-INFO/APD) Der Besuch von Papst Franziskus beim diesjährigen „Interreligiösen Gebetstreffen für den Weltfrieden“ am 20. September im italienischen Assisi steht einerseits im Zeichen des 30-Jahr-Jubiläums dieser von Papst Johannes Paul II. 1986 gestarteten Initiative, andererseits auch im Zeichen römisch-katholisch-/orthodoxer Freundschaft aus Anlass des silbernen Amtsjubiläums des Ökumenischen Patriarchen Bartholomaios I. Insgesamt werden in Assisi 400 religiöse, politische, kulturelle Führungspersönlichkeiten aus aller Welt erwartet.

Das diesjährige Gebetstreffen für den Frieden, für dessen

Gestaltung wieder die Gemeinschaft Sant'Egidio in Zusammenarbeit mit den Franziskanern und der Diözese Assisi verantwortlich zeichnet, steht unter dem Motto „Durst nach Frieden. Religionen und Kulturen im Dialog“. Sant'Egidio verfügt über reiche Erfahrung bei der Organisation von Weltgebetstreffen für den Frieden. Die Gemeinschaft veranstaltet seit 1987 alljährlich in einer anderen Stadt ein solches Treffen „im Geist von Assisi“.

Das diesjährige Ereignis ist dreifach bedeutsam: Es findet zu einem Zeitpunkt statt, in dem der Weltfriede vielfachen Gefährdungen u.a. durch Terror und Gewalt ausgesetzt ist. Es stellt ein Gegenprogramm zum vielbeschworenen „Clash of civilizations“ dar, der von manchen schon als Alltagsphänomen betrachtet wird. Und es ruft den vor genau 30 Jahren – am 27. Oktober 1986 – von Papst Johannes Paul II. einberufenen ersten „Weltgebetstag der Religionen für den Frieden“ in Erinnerung, der damals eine Sensation darstellte.

Beten und Arbeiten

Viele Teilnehmende kommen bereits am 18. September nach Assisi. Auch in diesem Jahr soll in Assisi nicht nur gebetet, sondern auch gearbeitet und diskutiert werden. Einige Themen der vorgesehenen „Panels“: „Religion und Gewalt“, „Die Märtyrer von heute“, „Muslime und Christen gemeinsam für den Frieden“, „Wirtschaft und Finanz im Dienst des Friedens“, „Neue Europäer: Mehr Brücken und weniger Mauern“, „Solidarität: Schlüsselwort der Gegenwart“ sowie „Europa: Die Gründe für das Zusammenleben“.

Der Präsident von Sant'Egidio, Marco Impagliazzo, spricht von einer angesichts der heutigen Situation überaus notwendigen Begegnung: „Heute stehen wir vor der großen Frage nach Frieden, die uns all jene stellen, die unter Gewalt leiden und Opfer des Terrorismus und der zahlreichen Kriege unserer Zeit sind. Wir wollen ihre Stimme sein. Bei unserem Zusammenkommen geht es nicht nur darum, das von Johannes Paul II. vor 30 Jahren initiierte große Friedensgebet ins Gedächtnis zu rufen.

Vielmehr wird es ein neues Ereignis auf dem Weg mit jenen Menschen sein, mit denen wir gemeinsam den Frieden bauen wollen“. In Assisi werden – so Impagliazzo – „hochrangige religiöse und institutionelle Persönlichkeiten“ zusammenkommen, um zu zeigen, dass die Religionen nicht gleichgültig gegenüber dem „Schrei der Völker nach Frieden“ sind, dass sie zu den Hasspredigern auf Distanz gehen und sich für die Integration einsetzen, die „ein Schlüsselwort für die Verteidigung unserer Gesellschaften gegen die Gewalt“ ist.

Amts jubiläum von Patriarch Bartholomaios I.

Die starke Betonung des Amtsjubiläums von Patriarch Bartholomaios I. ist ein besonderer Akzent des Assisi-Treffens. Bartholomaios I. wurde am 22. Oktober 1991 zum Ökumenischen Patriarchen und Erzbischof des Neuen Rom/Konstantinopel gewählt. Er ist der 270. Nachfolger des Apostels Andreas. Als Ökumenischer Patriarch ist Bartholomaios I. Oberhaupt der Weltorthodoxie; seine Befugnisse reichen über einen bloßen Ehrenprimat hinaus (etwa Einberufung von Konzilien, Streitschlichtung in autokephalen orthodoxen Kirchen usw.).

Der heutige Patriarch wurde als Dimitrios Archondonis am 29. Februar 1940 im Dorf Aghii Theodori auf der türkischen Ägäis-Insel Imbros geboren (die Insel Imbros und die Nachbarinsel Tenedos wurden 1923 von der Verpflichtung zum „Bevölkerungstausch“ ausgenommen). Er studierte Theologie an der berühmten Theologischen Hochschule in Chalki, an der Päpstlichen Universität Gregoriana in Rom sowie in München. Im Jahre 1961 wurde er zum Diakon, 1969 zum Priester geweiht. Drei Jahre später wurde er Leiter der Patriarchatskanzlei im Phanar. 1973 erfolgte seine Weihe zum (Titular-)Bischof von Philadelphia. 1990 wurde er Metropolit von Chalkedon und damit ranghöchstes Mitglied des Heiligen Synods.

Patriarch Bartholomaios engagiert sich sowohl im ökumenischen als auch im interreligiösen Dialog. Er spricht Griechisch, Türkisch, Italienisch, Deutsch, Französisch, Englisch und

Lateinisch fließend. Außerdem setzt er sich stark für die Bewahrung der Schöpfung ein (u.a. durch die „schwimmenden Symposien“ auf Meeren und Flüssen), sodass er in der Öffentlichkeit immer wieder als „Grüner Patriarch“ tituiert wird.

Am 19. März 2013 nahm Bartholomaios I. an der Amtseinführung von Papst Franziskus teil. Zum ersten Mal seit dem Schisma von 1054 reiste somit das Oberhaupt der orthodoxen Kirche zu einer Amtseinführung des Oberhauptes der römisch-katholischen Kirche. Mittlerweile verbindet den Ökumenischen Patriarchen eine herzliche Freundschaft mit Papst Franziskus. Aus Anlass seines silbernen Amtsjubiläums erscheint eine Festschrift unter dem Titel „Bartholomaios I. und Papst Franziskus“.

Kirchenerneuerung in der Geschichte der Freikirchen

„Dass sich die meisten Freikirchen als erneuernde Kräfte in einer als defizitär empfundenen kirchlichen Landschaft verstanden haben, gehört zu ihrem entstehungsgeschichtlichen Hintergrund und prägt ihr Selbstverständnis bis heute“, gab der 2. Vorsitzende des VFF, Dr. Thomas Hahn-Bruckart, Mainz, bei der Tagungseröffnung zu bedenken. Auch innerhalb der Freikirchenfamilien habe es im Laufe der jeweils eigenen Geschichte Erneuerungsbewegungen gegeben. Wie dabei „Erneuerung“ jeweils theologisch verstanden wurde und welche Konzepte sich damit verbanden, sei nicht einheitlich gewesen.

Veränderung oder Wiederherstellung?

Der Tagungstitel „Reformatio oder Restitutio?“ (Veränderung oder Wiederherstellung?) befasste sich mit zwei Begriffen, die Grundtendenzen aufzeigen sollten, in welcher Weise sich die jeweiligen freikirchlichen Traditionen oder Erneuerungsbewegungen in Kontinuität oder Diskontinuität zum Vorhergehenden sahen, so Hahn-Bruckart. Betrachtete man die damals vorhandenen Kirchen als reformierbar? Oder sah man als einzigen Weg auf das Urchristentum zurückzugreifen und den Versuch einer „Wiederherstellung“ desselben anzustreben? Welche Rolle spielte dabei die Reformation im 16. Jahrhundert? Handelte es sich um eine „unabgeschlossene“ Reformation oder war sie auch nur Teil einer Verfallsgeschichte? Bei diesen Fragen gehe es nicht nur um theologische Grundentscheidungen, sondern auch um das Verständnis von Geschichte und das von den Freikirchen jeweils entworfene Selbstbild, sagte der 2. Vorsitzende des VFF.

Die Hessische Renitenz

Im ersten Referat erläuterte Professor Dr. Gilberto da Silva von der Lutherischen Theologischen Hochschule Oberusel „Die Hessische Renitenz und ihre Geschichtstheologie“. In vielen deutschsprachigen Gebieten kam es aufgrund der Einführung der „Union“, gemeint ist die Vereinigung von lutherischer und reformierter Kirche, ab 1830 zur „Renitenz“. Durch den Protest von Pfarrern und Gemeinden gegen diese Union bildeten sich „freie“, staatsunabhängige lutherische Kirchen. 1866 wurde das Kurfürstentum Hessen von Preußen besetzt, annektiert und fortan als preußische Provinz Hessen-Nassau regiert. Die preußische Besatzung unierte 1873/74 die kurhessische Landeskirche, was einen schwerwiegenden Angriff auf das lutherische Bekenntnis darstellte. In den Gemeinden entstand offener Widerstand dagegen. Daraufhin wurden 43 Pfarrer, Anhänger des Marburger Theologieprofessors August Vilmar, ihres Amtes enthoben. Sie betreuten in der Folgezeit die „renitenten Gemeinden“ und gründeten die „Renitente Kirche ungeänderter Augsburgischer Konfession in Hessen“.

Aufgrund des Studiums des lutherischen Augsburger Bekenntnisses (CA) von 1530 kam Vilmar zur Überzeugung, dass Laien einschließlich des Landesherrn nicht über Angelegenheiten der Kirchen bestimmen dürften. Er forderte deshalb die Selbstregierung und Selbstverwaltung der Kirche durch das geistliche Amt, nämlich die Pfarrer. Für ihn gab es weder ein urchristliches noch ein reformatorisches Ideal. Das seien nur die jeweiligen Erkenntnisstufen gewesen. Die Reformation Luthers habe Vilmar zwar gewürdigt, doch sie sei noch nicht vollständig gewesen. Es habe die Erkenntnis vom geistlichen Amt in der Kirche gefehlt.

Die Christenheit zwölf Aposteln zugeteilt

Professor Dr. Helmut Obst, Halle, sprach über „Die Apostolische Bewegung zwischen Urchristentum und eschatologischer Heilsgemeinde“. In Großbritannien wurden unter dem Einfluss einer schottischen endzeitlichen Erweckungsbewegung zwischen 1832 und 1835 zwölf Männer durch prophetische Worte als Apostel berufen. Diesen wurde die Christenheit in zwölf Auftragsgebieten („Stämmen“) zugeteilt. Die Apostel sahen ihre Hauptaufgabe in der Einheit und Vollendung der Kirche. Sie wollten Christus bei seiner Wiederkunft die Kirche als „geschmückte Braut“ entgegenführen. Die Wiederkunft Christi erwarteten sie noch zu ihren Lebzeiten. Es entstanden Katholisch-Apostolische Gemeinden. Sie vertraten die Auffassung: Die Reformation hatte zwar eine große Bedeutung, doch sie habe nicht genügt, um die Kirche von Grund auf zu erneuern. Die Aufrichtung der biblischen Ordnung mit Aposteln und anderen Ämtern wäre eine der eigentlichen Aufgaben der Reformation gewesen. Doch die Reformatoren hätten sich auf falsche Ordnungen gestützt.

Die Kirche ist irreparabel

Professor Dr. Erich Geldbach, Marburg, informierte über „Geschichtsschau und Gemeindeideal bei John Nelson Darby“ (1751-1834). Aufgrund seiner heilsgeschichtlichen Schau vertrat Darby die Ansicht, dass die Kirche nach der Zeit der

Apostel irreparabel verfallen sei. Der Verfall habe bereits zur Zeit des Neuen Testaments begonnen. Darby stimmte in vielen Lehraussagen zwar mit den Freikirchen überein, kritisierte jedoch deren Absicht, die „Gemeinde nach dem Neuen Testament“ wiederherstellen zu wollen. Eine Wiederherstellung der ursprünglichen Gemeinde Jesu sei nicht mehr möglich, da Gott nie etwas wiederherstelle, was der Mensch verdorben habe, und außerdem das apostolische Amt fehle. Für die gegenwärtige Gemeinde sei es nur noch möglich, sich im Namen Jesu zu versammeln und sehnsüchtig auf den Tag der Entrückung durch Christus zu warten. Dazu seien keine Ämter, keine Dogmatik und keine kirchlichen Gebäude mehr nötig.

Der Pietismus als zweiter Teil der Reformation

Um die Erweckungsbewegung innerhalb der evangelischen Landeskirchen in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts ging es bei Dr. Jan Carsten Schnurr von der Freien Theologischen Hochschule Gießen. Diese Bewegung hatte, so Schnurr, ein Geschichtsbewusstsein. Es wurden Vorbilder in der Vergangenheit gesucht. Man fand sie in den biblischen Berichten über die Apostel und in den Märtyrern der frühchristlichen Zeit bevor Kaiser Konstantin (272-337 n.Chr.) das Christentum zur Staatsreligion erklärte. Auch für die Christen in vorreformatorischer Zeit, wie die Waldenser (ab 12. Jahrhundert), Jan Hus (1370-1415) und John Wycliff (1320-1384) bestand Interesse. Die Reformatoren wurden als Lehrer beschrieben, welche die Lehre des Evangeliums weitergaben. Sie waren „Kirchenverbesserer“, da sie die Kirche wieder auf den Boden der Heiligen Schrift zurückführten. Doch die Reformation habe als Wiederherstellung der Lehre nicht ausgereicht. Es sei auch der Pietismus mit der Wiederherstellung des gelebten Glaubens als zweiter Teil der Reformation notwendig gewesen.

Die unvollendete Reformation

Ob sich die Freien evangelische Gemeinden (FeG) als Kinder einer unvollendeten Reformation ansehen, darüber handelte das

Referat von Professor Dr. Markus Iff, Dozent an der Theologischen Hochschule Ewersbach im hessischen Lahn-Dill-Kreis. Die Gemeinden betrachteten sich als „Kinder der Reformation“. Entscheidend sei jedoch die „Gemeinde der Glaubenden“. Evangelisch sein bedeute daher auch evangelisch leben. Das Evangelium binde den Glaubenden an Christus und deshalb sollte er auch im Gehorsam des Glaubens leben. In diesem Sinne sei die Reformation unvollendet und die FeG würden sich als Erneuerungsbewegung verstehen.

Die wahren Gläubigen leben in Gütergemeinschaft

Mit den Hutterern im 16. Jahrhundert befasste sich Dr. Astrid von Schlachta, Weierhof in Bolanden/Pfalz. Diese täuferische Kirche geht auf Jakob Hutter zurück, deren Anhänger in Gütergemeinschaft leben. Die Täufer wurden von der lutherischen, reformierten und der römisch-katholischen Kirche als Abtrünnige angesehen und deswegen verfolgt. Auch Jakob Hutter erlitt den Märtyrertod und wurde 1536 in Innsbruck auf dem Scheiterhaufen verbrannt. Die verfolgten Hutterer mussten das Südtiroler Pustertal verlassen und siedelten sich in der Markgrafschaft Mähren an, wo sie auf Gütern des Adels Schutz fanden. Dort kam es zur Einführung der Gütergemeinschaft, die schließlich als Zeichen der wahren Gläubigen und daher als heilsnotwendig angesehen wurde. Vorbild war für die Hutterer die Jerusalemer Urgemeinde. Doch die Anerkennung des Christentums durch Kaiser Konstantin habe zum Abfall der Kirche geführt. Die Reformatoren wurden von den Hutterern nur insoweit positiv gesehen, wenn sie sich gegen die Irrtümer des Papsttums wandten. Doch indem auch sie Staat und Kirche miteinander verbanden, wären sie nicht besser gewesen.

Von der Erneuerungsbewegung zur partnerschaftlichen Kirche

Das Schlussreferat hielt Dr. Klaus Arnold, Linsengericht im Main-Kinzig-Kreis in Hessen, über „Die Kirche des Nazareners als soziale und theologische Erneuerungsbewegung“. Die Kirche entstand aus der Heiligungsbewegung in den USA und wurde 1908 in Pilot Point/Texas gegründet. Sie umfasst heute über zwei

Millionen Mitglieder in 155 Ländern und ist seit 1958 auch in Deutschland vertreten. Laut Arnold hat sich die Kirche des Nazareners aus einer sozialen und theologischen Erneuerungsbewegung zu einer eigenständigen, globalen und partnerschaftlichen Kirche entwickelt, die sich als reformbedürftig und reformierbar und auf den Prinzipien der Reformation stehend versteht.

Nächste VFF-Tagung in Wien

Die in Karlsruhe gehaltenen Referate werden im Jahrbuch des Vereins für Freikirchenforschung dokumentiert, der 2017 erscheinen soll. Die nächste Tagung des Vereins für Freikirchenforschung findet zum Thema „Reformation und Freikirchen in Österreich“ vom 24. bis 25.6.2017 in Wien statt.

„Sommerloch“ dämpft Debatte zum „Weißbuch“ der Bundeswehr

Grundanliegen evangelischer Ethik mit berücksichtigt

Brahms würdigte in einem Pressegespräch am 8. September in Berlin, dass das Weißbuch in einem breit angelegten Diskussionsprozess entstanden sei. Auch die EKD habe sich mit ihren Einrichtungen an diesem Prozess beteiligt. Das Weißbuch biete nun eine Zusammenfassung der unterschiedlichen Perspektiven. Sicherheits- und verteidigungspolitische Aspekte seien ebenso berücksichtigt wie der Reviewprozess des Auswärtigen Amtes und Beiträge aus Wirtschaft und Zivilgesellschaft. Auch Grundanliegen evangelischer Ethik

wären mit gehört worden, etwa in der Orientierung an der internationalen Rechtsordnung und der Ausrichtung auf nachhaltige Entwicklung. Die Breite der Analyse und die Weite des Horizonts wären beeindruckend und zukunftsweisend.

Der Friedensbeauftragte kritisierte allerdings den Zeitpunkt der Veröffentlichung. Als das Weißbuch am 13. Juli vorgestellt wurde, war gerade die parlamentarische Sommerpause. Daher sei es bisher nicht zu einer breiten Debatte über das Weißbuch in Parlament und Gesellschaft gekommen.

Mehr Geld nur für die Bundeswehr

Die Bedrohung für den Frieden wachse, so Brahms. Ziele und Mittel, Möglichkeiten und Grenzen des außen- und sicherheitspolitischen Handelns müssten deshalb neu ausgerichtet werden. Dabei falle allerdings auf, dass im Weißbuch der Leitbegriff „Friede“ relativ selten vorkomme. Stattdessen dominierten die Begrifflichkeiten von „Bedrohung“, „Sicherheit“ und „Resilienz“. Die Bundeswehr sei nach dem Grundansatz des Weißbuchs nur eines von vielen möglichen Instrumenten um Gewalt zu vermeiden, einzudämmen und zu beenden. Doch wenn es dann im Weißbuch um eine Trendwende in der Bundeswehr durch mehr Personal, bessere Ausrüstung und mehr finanzielle Ausstattung gehe, entstehe der Eindruck, dass im Zweifelsfall die Bundeswehr das vorrangige Instrument deutscher Sicherheitspolitik sei.

Am deutlichsten werde das durch die Forderung einer langfristigen Erhöhung des Verteidigungsetats auf zwei Prozent des Bruttoinlandsproduktes. Nichtmilitärische Instrumentarien, die angeblich prioritär seien, würden aber nicht in gleicher Weise finanziell gestärkt. Gerade vor dem Hintergrund, dass Deutschland seit vielen Jahren die Selbstverpflichtung verfehle, 0,7 Prozent des Bruttoinlandsproduktes für Entwicklungszusammenarbeit einzusetzen, sei die konzeptionelle und finanzielle Konzentration auf die militärischen Instrumente kritisch zu bewerten.

Keine Kriterien für den Einsatz militärischer Gewalt

Zwar sage das Weißbuch, dass Krisenprävention grundsätzlich den Vorrang habe. Es fehle aber die deutliche Aussage, dass die Androhung und Ausübung militärischer Gewalt immer nur äußerste Möglichkeit sein könnten, gab der Friedensbeauftragte zu bedenken. Das Weißbuch lasse offen, wann und in welchen Fällen die Androhung und Anwendung militärischer Gewalt als „ultima ratio“ gerechtfertigt seien. Es fehlten klare und orientierungsfähige Kriterien für den Einsatz militärischer Gewalt.

Bei militärischer Gewalt hat die Politik versagt

Die Bundeswehr werde in erster Linie als „Instrument deutscher Sicherheitspolitik“ betrachtet, hob der evangelische Militärbischof Sigurd Rink hervor. Dabei gerieten allzu schnell die Menschen aus dem Blick, die unter Gewalt leiden und unter Gewaltverhältnissen leben und handeln müssen. Krieg und Konflikte konfrontierten Menschen mit elementaren und extremen Bedrohungen, bis hin zu Traumata und Tod. Evangelische Friedensethik rücke diese Aspekte militärischer Einsätze in den Fokus der Rechenschaft, die politisches und militärisches Handeln zu geben hätten. Der Einsatz militärischer Gewalt sei immer ein Zeichen des Versagens politischen Handelns.

Schwachpunkt Rüstungskontrolle

Der Militärbischof wies darauf hin, dass das Weißbuch zwar eine wirksame Rüstungskontrolle unterstütze, andererseits aber die Stärkung der deutschen und europäischen Verteidigungsindustrie fordere. Es befürworte den Export von Kriegswaffen an sogenannte Drittstaaten aus, wenn „im Einzelfall ... besondere außen- und sicherheitspolitische Interessen“ dafür sprechen. So entstehe der Eindruck, dass deutsche Politik sich alle Optionen für einen ungehinderten Rüstungsexport offen lasse. Um diesem Eindruck zu wehren, wäre es aus Sicht evangelischer Friedensethik entscheidend, dass Kriterien genannt würden, ob und wann ein solcher

Rüstungsexport zu rechtfertigen wäre.

Es sei daher in Deutschland auf breiter Basis eine Debatte darüber nötig, welche politischen Konzepte in Fragen von Frieden und Sicherheit zukunftsweisend sind, so Rink. Dabei sollten nicht nur die Impulse des Weißbuches für die Zukunft der Bundeswehr bedacht werden, sondern in gleicher Intensität auch die nichtmilitärischen Instrumente deutscher Friedenspolitik im Zentrum der Aufmerksamkeit stehen.

Lobpreis und Verantwortung für die Schöpfung gehören zusammen

In diesem Jahr fand die bundesweite zentrale Feier des Schöpfungstages in Bingen am Rhein unter dem Motto „Die ganze Schöpfung – Lobpreis Gottes“ statt. „Jedes Geschöpf ist ein Grund, Gott zu loben“, sagte Dorothea Sattler, Professorin für Ökumenische Theologie an der Universität Münster, in der Predigt des ökumenischen Gottesdienstes im Park am Mäuseturm.

Hoffnung auf ewiges Leben

Der Lobpreis der Vielfalt der lebendigen Geschöpfe dürfe aber nicht verschweigen lassen, dass es auch heute immer wieder Grund zur Klage gebe: „Kinder sterben unter Trümmern nach einem Erdbeben; Menschen ertrinken auf der Flucht in den Wellen der Meere; Tausende von Tieren erkranken und werden getötet“, sagte Sattler. Die biblische Botschaft zeichne aber ein Bild der Hoffnung, dass die Schöpfung einmal von ihren

Leiden erlöst werde. Das sei keine billige Vertröstung, sondern fordere den Menschen zum Handeln auf. „Ohne die Hoffnung auf ewiges Leben bleibt die Zuversicht der Geschöpfe ohne Ziel – letztlich aussichtslos.“

An dem Gottesdienst wirkten neben dem Vorsitzenden der ACK in Deutschland, Bischof Karl-Heinz Wieseemann (Speyer), der Kirchenpräsident der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau, Volker Jung, sowie der Diözesanadministrator des Bistums Mainz, Dietmar Giebelmann, mit. Vor dem Gottesdienst haben rund 20 kirchliche Initiativen und weitere Umweltorganisationen Projekte und Ideen für einen nachhaltigen Lebensstil auf einem Markt der Möglichkeiten präsentiert.

Kirchen in Europa rufen zu Gebet und Schutz der Schöpfung auf

Glaube an den Schöpfer hochhalten

„Respekt, Wertschätzung und Kontemplation der Schöpfung sind gemeinsames Anliegen der christlichen Kirchen“, heißt es in der Stellungnahme von CCEE, KEK und ECEN. „Die Schöpfung zu respektieren meint nicht allein, die Erde, das Wasser und andere Teile der natürlichen Welt zu schützen und zu bewahren. Gleichzeitig wird darin der Respekt für die Menschen ausgedrückt, die das Geschenk der Schöpfung teilen und Verantwortung dafür tragen.“

„Wir laden herzlich alle Christen in Europa, die

Mitgliedskirchen der KEK und die Bischofskonferenzen der CCEE, die Gemeinden und kirchlichen Gemeinschaften und alle Menschen guten Willens ein, an der Schöpfungszeit teilzunehmen, die Schöpfungszeit in der jeweiligen eigenen liturgischen Tradition gemeinsam zu feiern, und den gemeinsamen christlichen Glauben in Gott den Schöpfer, hochzuhalten“, so die Stellungnahme.

ACK Deutschland: Tag der Schöpfung

Mit einem Markt der Möglichkeiten, einem Bühnenprogramm und einem ökumenischen Gottesdienst auf dem Kirchengelände im Park am Mäuseturm in Bingen am Rhein begeht die Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen in Deutschland (ACK) den diesjährigen Tag der Schöpfung am 2.9.2016 ab 14 Uhr in Bingen am Rhein. Seit dem Jahr 2010 feiere die ACK in Deutschland jährlich einen Ökumenischen Tag der Schöpfung. Er gehe auf eine Anregung des damaligen Ökumenischen Patriarchen Dimitrios I. zurück, einmal im Jahr „gemeinsam zum Schöpfer zu beten“, teilte die Pressestelle der ACK mit. Dieser Tag werde bundesweit begangen und rege dazu an, das Lob des Schöpfers gemeinsam anzustimmen und gleichzeitig die eigenen Aufgaben für die Bewahrung der Schöpfung in den Blick zu nehmen.

„Jetzt ist die Stunde der Außenpolitik und der Diplomatie“

2015 hat das NATO-Mitglied Litauen wegen der Ukraine-Krise die 2008 abgeschaffte Wehrpflicht vorübergehend wieder eingeführt,

in Norwegen wurden im Juli die ersten wehrpflichtigen Frauen in die Streitkräfte einberufen, nachdem das NATO-Mitglied Anfang 2015 die Wehrpflicht für Frauen eingeführt hat. Und in der Schweiz wird aktuell über eine Wehrpflicht für Frauen diskutiert, nachdem dies eine Arbeitsgruppe des Schweizerischen Bundesrates im Juli empfohlen hatte.

Besorgniserregende Entwicklungen

„Das alles sind besorgniserregende Entwicklungen“, stellt der EAK-Bundesvorsitzende fest. Er habe Verständnis dafür, wenn die aktuellen Krisen und Konflikte in Europa und der Welt für Ängste sorgen. Aber die Lösung könne nicht lauten, „dass wir wieder aufrüsten und mehr Militär fordern“. Vielmehr sei dies nun „die Stunde der Außenpolitik und der Diplomatie“. „Als der Kalte Krieg zu eskalieren drohte, sorgte die KSZE damals für eine Entspannung. Warum wird jetzt nicht mehr auf die OSZE gesetzt?“, fragt Münchow.

Er warnte in diesem Zusammenhang auch davor, in Deutschland erneut eine Debatte über die Wiedereinführung der Wehrpflicht zu führen. Zuletzt geschah das vor wenigen Tagen im Zusammenhang mit der Vorstellung der neuen „Konzeption Zivile Verteidigung“ (KZV) der Bundesregierung. „Ich bin froh und erleichtert, dass Bundesinnenminister Thomas de Maizière rasch betont hat, dass eine Wiedereinführung der Wehrpflicht derzeit nicht zur Debatte stehe“, so der EAK-Bundesvorsitzende.

Wehrpflicht für Frauen

Äußerst kritisch sehe die EAK vor allem die Einführung einer Wehrpflicht für Frauen. „Ich halte den norwegischen Weg für falsch. Ich kann mich des Eindrucks nicht erwehren, als würde hier unter dem Deckmantel einer angeblichen Gleichberechtigung von Mann und Frau versucht, die personellen Lücken der dortigen Armee zu schließen“, meinte Jasmin Schwarz, die Referentin für Frieden und Kriegsdienstverweigerung (KDV) der EAK. „Die Nachfrage nach einer KDV-Beratung nimmt in Deutschland, gerade auch unter Soldatinnen, spürbar zu“, gab Jasmin Schwarz mit Blick auf ihre beruflichen Erfahrungen zu

bedenken.

Antikriegstag

Seit 1957 wird in der Bundesrepublik Deutschland, nicht zuletzt auf Initiative der Gewerkschaften, der 1. September in Erinnerung an den deutschen Überfall 1939 auf Polen, als Antikriegstag begangen. In der DDR wurde der 1. September als „Weltfriedenstag“ bezeichnet.

ADRA Italien und Adventgemeinde Rieti bieten Schutz für Betroffene des Erdbebens

16 Menschen seien derzeit im adventistischen Kirchengebäude untergebracht. Die Freiwilligen von ADRA und der Kirchengemeinde bieten den Vertriebenen drei Mahlzeiten pro Tag an, so NA. ADRA Italien habe das Angebot von Mahlzeiten auch den Freiwilligen anderer Hilfsorganisationen gemacht, die in den umliegenden Gebieten arbeiten. „Wenn die an der Erdbeben-Notfallhilfe beteiligten Organisationen diesen Service benötigen, werden sie sich mit uns in Verbindung setzen“, teilte ADRA Italien gegenüber NA mit.

Eine LKW-Ladung mit Grundversorgungs- und Hilfsgütern sei ebenfalls im Kirchengebäude in Rieti untergebracht, da die Warenlager der anderen Verbände bereits voll sind. „Wir werden dieses Material für die Bedürfnisse unserer Gäste und für

andere Bedürfnisse nutzen“, erklärte ADRA Italien. „Die Freiwilligen haben auch eine Bestandsaufnahme der erhaltenen Medikamente gemacht, die an das Rote Kreuz geschickt wird“.

ADRA Italien organisiere die Arbeit der Freiwilligen in Schichten. Täglich würden fünf bis sechs Freiwillige benötigt. Einige Freiwillige aus verschiedenen adventistischen Kirchengemeinden (in Rom, Bologna, Florenz, Pesaro, u.a.) hätten bereits ihre Zusammenarbeit angeboten.

Adventisten reagieren auf Erdbeben in Italien

„Wir drücken unsere Solidarität mit den Familien der Opfer dieser Naturkatastrophe aus und teilen ihre Trauer“, sagte Pastor Giuseppe Cupertino, Generalsekretär der Kirchenleitung der Siebenten-Tags-Adventisten in Italien (Chiesa Cristiana Avventista del Settimo Giorno). Sie würden auch für die Verletzten, Obdachlosen und die Rettungskräfte beten, die jene zu retten versuchten, die noch unter den Trümmern liegen würden, heißt es in der Medienmitteilung der italienischen Adventisten.

Blut spenden – Kirchen als Unterkünfte

Die Adventistische Entwicklungs- und Katastrophenhilfe ADRA Italien habe mit der Präfektur sowie anderen Hilfswerken Kontakt aufgenommen, um die Bedürfnisse abzuklären, sagte Daniele Benini, Koordinator der Freiwilligen bei ADRA Italien. Die Siebenten-Tags-Adventisten könnten ihre unbeschädigten Kirchen als temporäre Unterkünfte zur Verfügung stellen und

bei der Betreuung von Kindern und Senioren helfen. Benini forderte die adventistischen Kirchenmitglieder auf, ihrer Solidarität einen konkreten Ausdruck zu verleihen und an einer der Blutspendeaktionen in der Katastrophenregion teilzunehmen.

Adventistischer Kirchenleiter: Ich bete für Leidende

Die Nachrichten und Bilder aus Italien machten ihn niedergeschlagen, so Pastor Mario Brito (Bern/Schweiz), Kirchenleiter der Adventisten in West- und Südeuropa. „Es ist sehr traurig zu sehen, wie Frauen und Männer – junge und alte – besorgt und bestürzt über Trümmer gehen und jedes Stück dessen suchen, was einmal ihr Heim war“, schreibt Brito. Er bete für Leidende und Entmutigte in dieser Situation.

Adventisten in Nigeria fordern: Keine Wahlen mehr an Samstagen

Nigeria gewähre Religionsfreiheit und damit auch die Feier des Ruhetags der Siebenten-Tags-Adventisten, der von Sonnenuntergang am Freitag bis Sonnenuntergang am Samstag dauere, sagte der Kirchenleiter. Es seien schon viele Briefe an die unabhängige nationale Wahlkommission (Independent National Electoral Commission, INEC) geschrieben worden mit der Bitte, Wahlen nicht mehr auf einen Samstag zu legen, so Owolabi. Er sei zuversichtlich, dass die nationale Wahlkommission dem Anliegen der Adventisten entsprechen werde. Zudem habe sich bei einer kürzlich durchgeführten Gouverneurswahl, die auf einen Dienstag gelegt worden sei,

gezeigt, dass die traditionell niedrige Wahlbeteiligung signifikant gesteigert wurde.

Wahlen und Examen weder Freitag, Samstag noch Sonntag

Laut Adventist Review (AR, nordamerikanische Kirchenzeitschrift) hat Pastor Ted C. Wilson, adventistischer Weltkirchenleiter, anlässlich einer Pastoralvisite in Nigeria 2014 den damaligen nigerianischen Präsidenten Goodluck Jonathan gebeten, weder Wahlen noch Examen an staatlichen Institutionen auf Freitag, Samstag oder Sonntag anzusetzen. Dies würde es allen Muslimen und Christen unterschiedlicher Konfession erlauben, ihrem Glauben entsprechend zu leben, so Wilson.

Adventistische Weltkirchenleitung zu Bürgerpflichten

In einer Erklärung zum Verhältnis von Kirche und Staat schreibt die adventistische Weltkirchenleitung: „Adventisten sollten ihre Bürgerpflicht ernst nehmen. Wir sollten uns an den Wahlen beteiligen, sofern uns dies möglich ist und wir mit gutem Gewissen daran teilnehmen können. Wir sollten uns verpflichten, uns am Aufbau unseres Gemeinwesens zu beteiligen.“

Unterschiede bei Adventisten bezüglich Ruhetagsgestaltung

Als weltweite Kirche kennen die Adventisten nicht nur kulturelle Unterschiede in Bezug auf Frauenordination, sondern auch im Hinblick auf die Wahrnehmung des Wahlrechts an Samstagen. Ellen G. White, eine der Gründerpersonen der Kirche, hat vor mehr als 100 Jahren in den USA die Teilnahme an Wahlen und Abstimmungen auch am Ruhetag empfohlen, sofern dies nicht anders möglich sei.

Kampf gegen Korruption und für bessere Gesundheitsversorgung

Pastor Oyeleke A. Owolabi rief laut AR die Nigerianer auch zur Zusammenarbeit im Kampf gegen Korruption auf. Vom Staat forderte er, dass dieser weder von Kirchen noch von Moscheen Steuern erheben soll, da es sich um Non-Profit-Organisationen handle.

Nach Angaben von AR hat Owolabi angekündigt, dass die Adventisten in Otun Ekiti eine Hochschule für Medizin eröffnen werden, um Fachkräfte auszubilden und die Gesundheitsversorgung in der Region zu verbessern.

Religion in Nigeria

In Nigeria besteht eine kaum überschaubare Vielfalt an religiösen Gemeinschaften. Rund 50 Prozent der Nigerianer sind Muslime, vor allem in Norden. Etwa 40 Prozent sind Christen und der restliche Teil – rund 10 Prozent – bekennt sich zu einer traditionellen afrikanischen Religion. Neben den Adventisten halten auch folgende christliche Kirchen in Nigeria den Sabbat: Holy Sabbath Church, Seventh-Day Baptist Church, Church of God Seventh-Day und die Sabbath Holy Church.

Adventisten in Nigeria

In Nigeria, mit 181 Millionen Einwohnern, leben rund 223.000 erwachsen getaufte adventistische Christen, die in mehr als 1.150 Kirchengemeinden Gottesdienst feiern. Adventisten unterhalten in Nigeria 57 Grund- und 18 weiterführende Schulen, vier Krankenhäuser und 18 Kliniken oder Ambulanzen.

Waldenser sehen neue Öffnung zum Dialog bei Katholiken

Die sich wandelnde Welt brauche eine „Präsenz der Einheit“ der Christen, die sich heute noch in getrennten kirchlichen Institutionen ausdrücke, sich aber „hoffentlich in den wesentlichen Dingen einig ist“, so Pastor Bernardini.

Die Ökumene ist ein Thema der Synode der Waldenser- und Methodisten-Kirchen, die am 21. August im norditalienischen Torre Pellice begonnen hat. Ebenfalls auf der Tagesordnung der sechstägigen Zusammenkunft stehen die Flüchtlingsfrage und das 500. Reformationsgedenken. Unter den 180 erwarteten Teilnehmern der Synode sind auch Abgesandte der Italienischen Bischofskonferenz.

Papst Franziskus: Zusammenarbeit trotz Unterschiede möglich

In seiner Grußbotschaft zum Auftakt der Waldenser-Methodisten Synode sieht Papst Franziskus laut Kathpress trotz bestehender Unterschiede zwischen Katholiken und Protestanten Möglichkeiten der Zusammenarbeit in der Flüchtlingshilfe und beim Umweltschutz.

Im März 2016 hatte Papst Franziskus als erster Papst überhaupt Angehörige der Waldenser empfangen. Er hatte zuvor – im Juni 2015, ebenfalls als erster Papst – in Turin eine Kirche der protestantischen Freikirche betreten und dort um Vergebung für die Unterdrückung und Verfolgung der Glaubensgemeinschaft durch die katholische Kirche gebeten.

Waldenser

Die protestantische Glaubensgemeinschaft der Waldenser, deren geografisches Zentrum in den Cottischen Alpen, den sogenannten Waldenser-Tälern, westlich von Turin/Italien, liegt, wird auf eine Gründung des Lyoner Kaufmanns Petrus Valdes (1140-1206) zurück geführt. Die Waldenser gelten als die ersten evangelisch-reformierten Christen in Europa. Sie waren schon da, bevor Martin Luther 1517 in Wittenberg die Reformation eingeleitet hatte. Im Mittelalter wurden die Waldenser von der römisch-katholischen Kirche als Häretiker verfolgt.

Nach Angaben des wissenschaftlichen Mitarbeiters der Deutschen Waldenservereinigung leben in Italien rund 20.000 sowie in Argentinien und Uruguay 7.000 Mitglieder. In Italien bilden die Waldenser seit 1979 mit den Methodisten eine gemeinsame Kirche, die Chiesa Evangelica Valdese (Englisch: Union of the

Methodist and Waldensian Churches).

USA: Adventistischer Gemeinschaftsdienst hilft Evakuierten der Waldbrände und Überschwemmungen

Flut in Louisiana

Das Amerikanische Rote Kreuz habe die Flut in Baton Rouge/Louisiana als die größte Naturkatastrophe in den USA seit dem Hurrikan Sandy vor vier Jahren bezeichnet, bei dem 147 Menschen starben, teilte ANN mit. In den Überschwemmungsgebieten würden noch einige Personen vermisst, und mindestens elf Menschen seien aufgrund der Überflutung umgekommen.

Mehr als 40.800 Personen hätten sich bei der nationalen Koordinationsstelle der Vereinigten Staaten für Katastrophenhilfe FEMA (Federal Emergency Management Agency) registriert. 40.000 Häuser seien nach Angaben von Medienberichten betroffen, und mindestens 200.000 Personen hätten in Unterkünften, Hotels oder bei Verwandten vorübergehend eine Bleibe gefunden.

ACS-DR versuche, Betroffene in unzugänglichen Gebieten per Boot zu versorgen. Die adventistische Kirchengemeinde in Baton Rouge sowie zwei weitere Kirchengemeinden in New Orleans würden Unterkünfte für Evakuierte anbieten. Verschiedene

adventistische Kirchgemeinden im Bundesstaat Arkansas und im Norden Louisianas betrieben Sammelstellen für dringend benötigte Hilfsgüter, die an Betroffene verteilt werden sollen, so ANN.

Der Adventistische Gemeinschaftsdienst ist laut Lavidia Whitson, Leiterin des ACS DR-Teams in Arkansas und Louisiana, von drei Nicht-Regierungsorganisationen gebeten worden, Warenlager auf ihrem Gebiet einzurichten. Dies werde aber erst nach der endgültigen Anfrage des Bundesstaates entschieden, so Whitson.

Waldbrände in Kalifornien

Die Waldbrände in Lake County/Kalifornien sind laut ANN am 13. August Berichten zufolge durch Brandstiftung ausgelöst worden und hätten 175 Häuser zerstört. Die adventistische Kirchgemeinde Lakeport werde auf der Webseite der kalifornischen Regierung als eines von drei Zentren für Evakuierte aufgeführt. Mindestens 15 Evakuierte hätten dort Unterkunft gefunden. Auch würden Freiwillige von ACS DR vor Ort helfen.

Adventistischer Gemeinschaftsdienst ACS

Die humanitäre Organisation „Adventistischer Gemeinschaftsdienst“ (Adventist Community Services, ACS) der Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten leistet mit 1.250 Zweigstellen in den USA Nothilfe, Krisenintervention sowie Notfallseelsorge und engagiert sich in der Aus- und Weiterbildung von Jugendlichen für Nothilfeinsätze und begleitet Senioren sowie Obdachlose. Weitere Informationen: www.communityservices.org

Adventistische Kirchenleitung in Nord- und Ostdeutschland veröffentlicht Grundsatzentscheidung zur Frauenordination

In einer Grundsatzentscheidung, die vom adventistischen Kirchenleitungsgremium des NDV (NDV-Verbandsausschuss) bereits im Juni beschlossen und nun veröffentlicht wurde, wird „Ordination“ nicht wie bisher als weltweit gültige Einsegnung verstanden, sondern auf das Gebiet der deutschen Kirchenleitung beschränkt. Daher werde diese Form der Beauftragung in Nord- und Ostdeutschland ohne Unterschied sowohl Männern als auch Frauen im Pastorendienst zugesprochen.

Wörtlich heißt es in der Stellungnahme: „Der NDV bekennt sich zur biblischen Praxis der Handauflegung mit Segensgebet als sichtbarem Zeichen der Kirche, seine Pastoren und Pastorinnen zum hauptamtlichen Dienst in den Gemeinden zu beauftragen. In diesem Sinn spricht der NDV von ‚Ordination‘.“ Diese „wird Männern und Frauen ohne Unterschied zugesprochen und gilt nur im Gebiet des NDV/SDV, da unsere Gremien nur für diesen Bereich entscheiden können“.

Die Kirchenleitung des NDV möchte dadurch der bereits bestehenden Beschlusslage auf ihrem Gebiet Rechnung tragen, ohne formal gegen die weltweit gültigen Richtlinien (Working Policy) der Generalkonferenz (Weltkirchenleitung) zu verstoßen. Die Stellungnahme des NDV zur Ordination von Frauen zum Dienst als Pastorin ist in deutscher und englischer Sprache einsehbar unter:

www.adventisten.de/organisation/norddeutscher-verband/dokument
e

Adventistische Weltsynode lehnte Ordination von Pastorinnen 2015 erneut ab

Am 8.7.2015 hatten es die rund 2.300 Delegierten der adventistischen Weltsynode (Generalkonferenz-Vollversammlung) in San Antonio, Texas/USA, als oberstes Gremium der Freikirche mit rund 40 zu 60 Prozent abgelehnt, den weltweit dreizehn teilkontinentalen Kirchenleitungen (Divisionen) die Kompetenz zu erteilen, adventistische Pastorinnen in ihrem Verwaltungsgebiet zum Pastorendienst zu ordinieren.

Frauen können nach ihrem Theologiestudium in der Kirche der Siebenten-Tags-Adventisten zwar als Pastorin „gesegnet“ werden und damit fast alle Amtshandlungen, wie Taufe, Abendmahl, Trauung und Beerdigung, vornehmen; doch ordiniert werden nur männliche Geistliche. Damit ist Pastorinnen grundsätzlich auch das Amt des Präsidenten („Vorsteher“) einer regionalen oder überregionalen Freikirchenleitung verwehrt, das eine Ordination erfordert. Die aktuelle Stellungnahme des NDV öffnet nun auch dieses Amt für Frauen, sieht dafür aber eine erneute Ordination vor: „Die Wahl eines Pastors oder einer Pastorin in den leitenden Dienst als Vorsteher/in wird durch eine erneute Beauftragung/„Ordination“ vollzogen.“

Deutsche Freikirchenleitung für Frauen als vollbeauftragte Pastorinnen

Die Vorstände des Nord- und Süddeutschen Verbandes der Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten hatten bereits in einer Stellungnahme vom 14. Juli 2015 die Entscheidung in San Antonio zur Frauenordination bedauert. In ihrer Stellungnahme hieß es: „Eine positive Antwort wäre aus unserer Sicht angemessen und überfällig gewesen und hätte dem mutigen (Pionier-)Geist der Adventbewegung besser entsprochen.“ Während die Vorstände den Willen der Mehrheit der Vollversammlung respektierten, würden sie jedoch entschieden jeder Form der Diskriminierung von Frauen entgegentreten. „Wir glauben, dass Männer wie Frauen mit denselben Gaben ausgestattet werden, die für den Dienst als Pastor/Pastorin

erforderlich sind. Deshalb werden wir alle Möglichkeiten ausschöpfen, um Frauen als vollbeauftragte Pastorinnen in unseren Gemeinden einzusetzen“, so die Vorstände.

Beschluss des NDV von 2012

Am 23. April 2012 hatte die überregionale Kirchenleitung der Adventisten in Nord- und Ostdeutschland mehrheitlich beschlossen, dass innerhalb des NDV auch Pastorinnen wie ihre männlichen Kollegen ordiniert werden können. Dieses Votum entsprach nicht der Beschlusslage der Weltkirchenleitung der Siebenten-Tags-Adventisten, wurde bisher allerdings noch nicht umgesetzt.

Der Süddeutsche Verband (SDV) hatte 2012 keinen Beschluss zur Ordination von Frauen gefasst. Er praktiziert aber ebenfalls die „Segnung“ von Pastorinnen in Übereinstimmung mit der Weltkirchenleitung (Generalkonferenz). Deshalb dürfen von den Kirchenleitungen im NDV „gesegnete“ Geistliche, sowohl Männer wie Frauen, auch im Gebiet des SDV tätig sein. Im SDV werden auch weiterhin nur Männer als Pastoren für den weltweiten Dienst ordiniert.

ADRA unterstützt in Portugal und auf Madeira

Festland

„Unser Land brennt weiter“ und die Brände hätten viele Menschen betroffen, darunter auch Adventisten, sagte Pastor Jorge Duarte, Abteilungsleiter für Kommunikation der Siebenten-Tags-Adventisten in Portugal. In Vila Nova de

Monsarros, 80 Kilometer südlich von Porto, habe ADRA Portugal gemeinsam mit Pfadfindern den Gemeinderat darin unterstützt, Betroffenen Hilfe zu leisten.

Madeira

In Funchal, der Hauptstadt der Autonomen Region Madeira, sei ein Ladengeschäft eines Adventisten völlig ausgebrannt und ein Wohnhaus einer anderen adventistischen Familie teilweise zerstört worden. Nach Angaben von Rui Bastos, Pastor der adventistischen Kirche in Funchal, sei das adventistische Kirchengebäude sowie die Schule aber verschont geblieben, obwohl das Feuer in der Nähe gewütet habe.

Evangelische Friedensverbände fordern Ende der Debatte um den Einsatz der Bundeswehr im Innern

Bundesverteidigungsministerin Ursula von der Leyen hatte sich angesichts der jüngsten Terroranschläge, aber auch angesichts des Amoklaufs in München, dafür ausgesprochen, die Bundeswehr auch im Inneren zur Terrorabwehr einzusetzen. Das neue Weißbuch der Bundesregierung zur Sicherheitspolitik und zur Zukunft der Bundeswehr spricht ebenfalls davon, dass der Einsatz von Soldaten bei „terroristischen Großlagen“ denkbar wäre.

Gefährliche Diskussion

„Hier wird eine gefährliche Diskussion geführt“, warnte Jan Gildemeister von der AGDF. Er verwies auf die deutsche Geschichte, nicht zuletzt auch auf die Zeit des Nationalsozialismus, die dazu geführt habe, dass in Deutschland die Aufgaben von Polizei und Armee deutlich getrennt sind. „Dies hat sich bewährt und sollte nicht leichtfertig aufgegeben werden“, betonte der AGDF-Geschäftsführer. Er fühle sich in dieser Auffassung auch durch den Blick auf die un gute Rolle des Militärs in vielen anderen Ländern weltweit bestätigt.

Grundgesetz wiederholt unterlaufen

Leider würde schon seit Jahren das Grundgesetz in dieser Frage unterlaufen, kritisierte auch Wolfgang Burggraf. Der EAK-Geschäftsführer nannte dabei den Einsatz der Bundeswehr mit Tornado-Aufklärern beim G8-Gipfel 2007 in Heiligendamm oder dem von Medien berichteten Aufbau von „Regionalen Sicherungs- und Unterstützungskräften“ (RSUKr) aus Reservisten der Bundeswehr, auf welche die aktive Truppe im Rahmen des Heimatschutzes zurückgreifen könne. „Dabei hat München vor wenigen Tagen doch deutlich gezeigt, dass die Polizei durchaus in der Lage ist zu handeln und mit Terroranschlägen oder Amokläufen fertig zu werden“, machte Burggraf deutlich und fragte: „Was hätte hier denn durch einen Bundeswehreinsatz besser gemacht werden können?“

Bundeswehr ist nicht Polizei

AGDF und EAK warnten davor, diese Debatte weiter zu befeuern. „Dass die Polizei für die innere Sicherheit und die Bundeswehr für die Landesverteidigung zuständig ist, hat sich in Deutschland bewährt. Die Grenzen, die das Grundgesetz setzt, sind richtig und dürfen nicht aufgegeben werden, auch nicht durch den Hinweis auf mögliche EU-Richtlinien oder -Vorgaben“, betonte Wolfgang Burggraf. Er gab zu bedenken, dass die Bundeswehr oder deren Feldjäger möglicherweise bestimmte polizeiliche Aufgaben beherrschen würden, „aber sie sind nicht die Polizei und sie wären mit einem Terroreinsatz in

Deutschland völlig überfordert“. Jan Gildemeister vertrat die Ansicht: „Hier wird vor dem Hintergrund der Terroranschläge versucht, Stimmung zu machen und der Bevölkerung eine Sicherheit vorzugaukeln durch den Einsatz der Bundeswehr im Innern, die es nicht geben kann.“

Katholische Kirche veröffentlicht Textsammlung zur Reformation

Reformation als Neubesinnung auf das Evangelium

„Der 500. Jahrestag des Beginns der Reformation, der 2017 begangen wird, bietet in besonderer Weise Anlass, sich mit den Voraussetzungen, dem Verlauf und den Folgen der Reformation zu beschäftigen“, schreibt der Vorsitzende der Ökumenekommission der Deutschen Bischofskonferenz, Bischof Dr. Gerhard Feige (Magdeburg), im Vorwort der über 200-seitigen Arbeitshilfe. Vielfach wäre die Reformation in der römisch-katholischen Kirche negativ und abwertend beurteilt worden. Mit den Beschlüssen des Zweiten Vatikanischen Konzils (1962-1965) sei jedoch ein Wandel in der Bewertung ermöglicht worden, der sich in eigenen Stellungnahmen und in der gemeinsamen Erarbeitung ökumenischer Dialogdokumente niedergeschlagen habe, so Feige.

Nach wie vor sei die Erinnerung an die Reformation nicht frei von Schmerz, verbinde sich doch mit ihren Folgen die Trennung der abendländischen Christenheit. Andererseits sähen katholische Theologen heute in der Reformation aber auch „einen wichtigen Beitrag zu einer Neubesinnung auf das

Evangelium“, gab der Vorsitzende der Ökumenekommission zu bedenken. Es sei der römisch-katholischen Theologie inzwischen gelungen, die Geschehnisse des 16. Jahrhunderts nüchtern aufzuarbeiten. In einem langen ökumenischen Dialog hätten jene theologischen Lehrunterschiede neu bewertet werden können, die ihre Wurzeln in der Reformationszeit haben. Dies dokumentiere die vorliegende Arbeitshilfe.

Die Gründe, sich gegenseitig zu verurteilen, entfallen

Im ersten Teil der Arbeitshilfe sind Dialogdokumente zusammengestellt, die gemeinsame Aussagen zur Reformation, ihren Hauptpersonen und ihren Auswirkungen enthalten. Etwa die Stellungnahmen der Gemeinsamen Römisch-katholischen/Evangelisch-lutherischen Kommission „Alle unter einem Christus“ (1980) und „Martin Luther – Zeuge Jesu Christi“ (1983) sowie der „Schlussbericht der Gemeinsamen Ökumenischen Kommission zur Überprüfung der Verwerfungen des 16. Jahrhunderts“ (1985). Die „Gemeinsame Erklärung zur Rechtfertigungslehre“, die 1999 zwischen dem Lutherischen Weltbund und der römisch-katholischen Kirche festgestellt wurde, ermögliche laut Bischof Feige „das gemeinsame Urteil, dass die Gründe, sich gegenseitig zu verurteilen, vor allem in der Frage der Rechtfertigung entfallen sind“.

Im zweiten Teil werden Beiträge aus dem Raum der römisch-katholischen Kirche dokumentiert. Ausgehend vom „Ökumenismusdekret“ des Zweiten Vatikanischen Konzils (1964) verdeutlichen sie die katholische Position zur Reformation und ihren Auswirkungen.

Beitrag für ein gemeinsames Christusfest

Die Textsammlung verstehe sich, so Gerhard Feige, „als Beitrag der römisch-katholischen Kirche zum 500-jährigen Gedenken der Reformation und will den Boden für ein gemeinsames Christusfest aus diesem Anlass bereiten“.

Die Broschüre „Reformation in ökumenischer Perspektive“ (Arbeitshilfen Nr. 284) ist als pdf-Datei zum Herunterladen

unter www.dbk.de in der Rubrik „Veröffentlichungen“ zu finden.

Wissen, worauf es ankommt bei „Gemeinsam Glauben Leben“

Bedürfnisse ernst nehmen um selbst ernst genommen zu werden

Paulsen, der von 1999 bis 2010 Präsident der Weltkirchenleitung (Generalkonferenz) der Adventisten war, machte deutlich, dass Christen in der Zeit zwischen der Erlösung der Menschheit durch Jesu Tod am Kreuz von Golgatha und seiner Wiederkunft lebten. Wenn Christen sich daher als „erlöst“ betrachteten, müsse das auch in ihrem Leben sichtbar werden. Da jeder Mensch seine eigenen Herausforderungen kenne, gab er den Rat: „Halte dich an das Gute und bringe dein Leben in Ordnung“. Wenn jemand behauptet „erlöst“ zu sein, gelte das auch für das Verhältnis der Christen untereinander in der Kirchengemeinde. Es müsse von Freundlichkeit, Nachsichtigkeit und Vergebungsbereitschaft geprägt sein, um die Einheit in einer Gemeinde zu bewahren. Das bedeute allerdings nicht zu allem Ja zu sagen. „Wir müssen nicht in jedem Detail übereinstimmen, wir sollten aber durch das Band der Liebe, das Spannungen heilt, vereint sein“, so der frühere Kirchenleiter. Christen sollten auch zu anderen gehen, um ihnen die Botschaft des Evangeliums mitzuteilen. Doch dabei gelte es am „Puls der Zeit“ zu bleiben, um zu wissen, was Menschen interessiert. „Nur wenn wir wirklich die Bedürfnisse der Mitmenschen ernst nehmen und uns um die Nöte kümmern, werden wir als Christen selbst ernst genommen und unsere Ortsgemeinden bekannt.“

Paulsen, der aus Norwegen stammt, sprach auf Englisch und wurde von Pastor Matthias Müller, Abteilungsleiter für Gemeindeaufbau der Siebenten-Tags-Adventisten in Hamburg, Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern, übersetzt. Eine Übersetzung in Gebärdensprache gab es auch für eine Gruppe Hörgeschädigter.

Als Kirchenpräsident offen für junge Leute

Jan Paulsen ist mit Ehefrau Kari seit fast 60 Jahren verheiratet. Sie haben eine Tochter und einen Sohn sowie drei Enkelkinder. Während seiner Zeit als Präsident hatte der oberste Leiter der weltweiten Adventisten unter dem Namen „Let's Talk“ (Lasst uns miteinander reden) Hunderte junger Leute auf allen Kontinenten eingeladen, mit ihm vor laufenden Kameras über Themen und Fragen zu reden, die ihnen wichtig waren. Als Generalkonferenzpräsident ging es ihm auch um die Frage: Wie können Frauen, junge Erwachsene und Migranten besser in die adventistischen Ortsgemeinden integriert werden? 1972 promovierte Paulsen an der Evangelisch-Theologischen Fakultät der Eberhard Karls Universität in Tübingen. Unter anderem war er Dozent der adventistischen Lehrerausbildungsstätte in Bekwai/Ghana und Rektor des Westafrikanischen Theologischen Seminars in Nigeria sowie des Newbold College der Freikirche in England. Besonders für seine Tätigkeit in Afrika wurde Paulsen 2012 vom norwegischen König zum Kommandeur des Königlich Norwegischen Verdienstordens ernannt.

Vor der Predigt hatte der Präsident des Norddeutschen Verbandes der Siebenten-Tags-Adventisten, Pastor Johannes Naether (Hannover), eine Gesprächsrunde mit der Fragestellung: „Jesus mischte sich unter die Leute – und was tun wir als Adventisten?“ Auch hierbei ging es darum, offen zu sein für die Menschen mit ihren Fragen und Problemen.

Sich mit Menschen aller Sprachen verständigen

Am Samstag gab es in Friedensau eine öffentliche Abendveranstaltung mit dem Pantomimen Carlos Martínez aus

Spanien. Sein 60-Minuten-Programm „Á la Carte“ drehte sich um Begegnungen und Beziehungen. Es war bunt, lustig und todernst – so wie Beziehungen eben sind. Bereits am Freitag-Nachmittag führte er mit etwa 60 Besuchern des G’Camp den Workshop „Pantomime – Wie macht man das?“ durch. Dabei schilderte Martínez wie er schon als Kind den Traum hatte alle Sprachen der Welt zu sprechen. Nachdem er aber erfuhr, wie viele Sprache es gib, wollte er wenigstens Französisch, Englisch und Chinesisch lernen. Deutsch hatte er damals noch nicht im Blick. Doch fiel ihm schon der Französisch-Unterricht in der Schule schwer, sodass er einen anderen Traum hatte, nämlich Schauspieler zu werden. An der Schauspielschule in Barcelona habe er dann auch Unterricht in Pantomime erhalten und darin schließlich seine besondere Gabe entdeckt. Da Pantomime bedeute „Geschichten ohne Worte zu erzählen“, sei es ihm nun doch möglich, Menschen aller Sprachen etwas verständlich zu machen.

Liebevoll sich zum Menschen auf den Weg zu machen

Das erste G’Camp der Adventisten in Friedensau fand 1994 unter dem Motto „Die Welt lieben wie Christus“ statt. Die Ausbildungskonferenz sollte einer größeren Gruppe von Adventisten missionarische Impulse vermitteln sowie Begegnung und Austausch ermöglichen. Gab es damals knapp 200 Dauerteilnehmer, so waren es bei den ein-, später zweijährigen Missionstreffen teilweise über eintausend Besucher. Bei allen bisher 18 stattgefundenen G’Camps ging es darum, sich „liebevoll zum Menschen auf den Weg zu machen, ganz gleich wo und wie sie sind“. So formulierte es Pastor Bernd Rahner, einer der Leiter des G’Camp in den ersten Jahren.

Den ökologischen Fußabdruck verkleinern

Der Kanzler der Theologischen Hochschule Friedensau, Tobias Koch, erklärte, dass die Hochschule den Auftrag Gottes, die Schöpfung zu bewahren, ernst nehmen würde. Deshalb sei beispielsweise bei der Verpflegung der Teilnehmer durch die Mensa beim G’Camp 2016 auf die Ausgabe von Plastikbesteck und

-geschirr verzichtet worden. Der Abwasch von Besteck und Geschirr mache zwar etwas mehr Arbeit, „aber das ist es uns wert“, so Koch. Außerdem wäre die Möglichkeit zur Mülltrennung noch besser organisiert worden. „Wir wollten damit unseren ökologischen Fußabdruck verkleinern und unsere Energiegewinnung um einen weiteren grünen Baustein erweitern.“ Das sollte nach dem Kanzler ansteckend auf die Teilnehmer wirken, um zum Erhalt der Schöpfung selbst einen persönlichen Beitrag zu leisten.

Gemeinsam Glauben leben – auch mit Kindern und Flüchtlingen

„Miteinander wunderbar“

Während der Morgenandacht am Freitag, dem 5. August, wurde die biblische Geschichte vom sinkenden Petrus auf dem See Genezareth nacherzählt und anschaulich gemacht. Die Person des Petrus spielte der Präsident des Süddeutschen Verbandes der Freikirche, Pastor Werner Dullinger (Ostfildern bei Stuttgart). Jeden Tag machte der Freikirchenleiter die Kinder als Petrus mit einer anderen biblischen Geschichte vertraut. Dabei ging es neben dem sinkenden Apostel auch um die Speisung der Fünftausend, den großen Fischfang, das letzte Abendmahl mit Jesus, um Petrus, der geschworen hatte, Christus nicht zu kennen, und um die Himmelfahrt Jesu. Beim Mottolied des G´Camp waren bei den Morgenandachten Kinder die Hauptakteure. Sie sangen zusammen mit den Erwachsenen „Miteinander wunderbar“.

Für die Kinder gab es zwar anschließend ein eigenes Programm, doch sie waren, wie die Jugendlichen, immer wieder in die Gesamtgemeinschaft integriert.

Viele Kulturen auf engem Raum

Auch etwa 20 Flüchtlinge aus Stendal waren zum G´Camp eingeladen. Das sei nicht ganz einfach gewesen, denn sie hätten zum Besuch eine besondere Erlaubnis benötigt. Einer von ihnen, Farzard, sagte: „Friedensau ist ein ganz besonderer Ort. Es macht Spaß, Neues zu lernen und auch so viele Kulturen auf engem Raum zu erleben.“ Ihm fiel auf, dass es hier so wenig Sicherheitspersonal gebe. Da habe er schon ganz andere Orte kennengelernt. Laut Aussage des Ministeriums für Wirtschaft, Wissenschaft und Digitalisierung von Sachsen-Anhalt gebe es in dem Bundesland keine andere Hochschule, die mit ausländischen Studierenden so viel Erfahrung habe, wie Friedensau. Die rund 200 Studentinnen und Studenten der Fachbereiche Christliches Sozialwesen und Theologie an der dortigen adventistischen Theologischen Hochschule kommen aus über 30 Ländern.

Gemeinsam für Flüchtlinge

In den Morgenandachten wurden auch Sozialprojekte der Freikirche vorgestellt. Der „Knotenpunkt“ Bad Schwartau der dortigen adventistischen Kirchengemeinde in Schleswig Holstein bietet beispielsweise neben einer „Lebensschule für offene Baustellen im Leben“, einem Männerstammtisch, kreativem Kindertanz und „Ehestärkungskursen“ auch Beratungen und einen Deutschkurs für Flüchtlinge an sowie ein gemeinsames schweinefleischfreies Mittagessen am Samstag. In der Bundesrepublik gebe es etwa 80 Flüchtlingsprojekte mit adventistischer Beteiligung, weitere seien in Planung, so Sylvia Kontusch, die ehrenamtlich die Flüchtlingsarbeit im Süddeutschen Verband der Adventisten koordiniert. Sie hielt in Friedensau den Workshop „Flüchtlingsarbeit als Kirchengemeinde“. 2015 gründeten die Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten in Deutschland, die Adventistische

Entwicklungs- und Katastrophenhilfe ADRA, das Advent-Wohlfahrtswerk und die Theologische Hochschule Friedensau das Aktionsbündnis „Gemeinsam für Flüchtlinge“. Ziel des Aktionsbündnisses ist es, die Kräfte und Möglichkeiten der einzelnen Partner zu bündeln und zu koordinieren, um der gesellschaftlichen Herausforderung in der Flüchtlingshilfe besser begegnen zu können.

Gutes Tun durch ADRA-Shop

Bei einem anderen vorgestellten Projekt ging es um den ADRA-Shop in Lüdenscheid. Unter dem Motto „Gutes Kaufen. Gutes Tun“ bietet der Shop gut erhalten Kleidung für Damen, Herren und Kleinkinder, Hausrat und Deko-Artikel sowie Bücher und Spielzeug an. Die Mitarbeitenden sind alle ehrenamtlich tätig. Mit dem Erwerb der Waren tun sich die Käufer selbst etwas Gutes, schonen die Umwelt und helfen Menschen in Not, so die Initiatoren. 80 Prozent des erwirtschafteten Gewinns würden in die Katastrophenhilfe und Entwicklungszusammenarbeit von ADRA weltweit fließen, 20 Prozent seien für Sozialprojekte vor Ort vorgesehen. Weitere ADRA-Shops gibt es in Weiterstadt bei Darmstadt, Bergisch Gladbach, Stendal, Schwedt/Oder und Köthen.

Durch Mikroben Gerüche beseitigen

Die Adventistische Entwicklungs- und Katastrophenhilfe ADRA Deutschland in Weiterstadt bei Darmstadt gehört zu einem weltweiten Netzwerk von über 130 eigenständigen ADRA-Länderbüros, informierte Gabriel Schönfeld, Soforthilfekoordinator von ADRA Deutschland. Das Hilfswerk, welches auch beim G´Camp einen Ausstellungsstand hatte, habe in den vergangenen Jahren einen Schwerpunkt im Bereich Wasser und Sanitär gesetzt. Daher hat ADRA eine mobile Anlage für sogenannte effektive Mikroorganismen (EM's) angeschafft, die auch in Friedensau zu sehen war. Es handelt sich dabei um eine Mischung von verschiedenen Mikroben. Diese Organismen könnten beispielsweise nach einer Überschwemmung eingesetzt werden, um Fäulnisbakterien in der Landwirtschaft zu beseitigen und

unangenehme Gerüche aus betroffenen Häusern und Wohnungen zu entfernen. Es entstehe Fermentierung statt Fäulnis. Inzwischen würden EM's auch im Agrarbereich, in der Gewässerreinigung, der Tiergesundheit und im Haushalt eingesetzt. Schönfeld demonstrierte die Wirkungsweise am Donnerstag auf dem Friedensauer Zeltplatz durch Einsatz von EM's in den Toiletten und Biotonnen. Es genügte eine kleine Menge von dieser Flüssigkeit und in Toilette und Biotonne waren die Gerüche nicht mehr wahrnehmbar.

„Brot für die Welt“ legt Jahresbericht 2015 vor

Zweitbestes Spendenergebnis der letzten zehn Jahre

Die Spenden und Kollekten für „Brot für die Welt“ lagen 2015 mit 57,5 Millionen Euro 1,8 Millionen über denen des Vorjahrs (55,7 Mio.). Das sei das zweitbeste Ergebnis der letzten Dekade. Pfarrerin Cornelia Füllkrug-Weitzel, Präsidentin des Hilfswerks, zeigte sich bei der Präsentation der Jahresbilanz in Berlin dankbar für das „große Vertrauen, das Spenderinnen und Spender sowie Kirchen, Gemeinden und politische Entscheidungsträger Brot für die Welt entgegenbringen“.

Herausforderungen

Mit Sorge sehe „Brot für die Welt“, dass Gewalt und bewaffnete Konflikte bestehende Armut verschärfen und bereits erreichte Fortschritte gefährden. Füllkrug-Weitzel: „Eine zentrale Aufgaben des nächsten Jahrzehnts wird daher die Unterstützung für Binnenvertriebene, also Flüchtlinge im eigenen Land, und

Flüchtlinge aus angrenzenden Ländern gemeinsam mit der gastgebenden Bevölkerung sein.“

Füllkrug-Weitzel erinnerte daran, dass die Industrieländer mitverantwortlich seien für Hunger, Armut und Gewalt und damit letztlich auch für Flucht: etwa durch Waffenexporte in Krisengebiete oder durch aggressive Durchsetzung von Wirtschaftsinteressen auf Kosten von Menschenrechten. „Darum ist es mehr denn je auch politisch wichtig, sicher zu stellen, dass Entwicklungshilfemittel wirklich für eine nachhaltige und menschenrechtsbasierte Entwicklung eingesetzt werden“, sagte Füllkrug-Weitzel.

Wirtschaft und Menschenrechte

„Es ist dringend nötig, dass die Bundesregierung jeder Form aggressiver und unfaire Durchsetzung von Wirtschaftsinteressen auf Kosten von Menschenrechten und Menschenwürde und auf Kosten der Lebenschancen von Menschen in armen Ländern einen Riegel vorschiebt.“ Damit Unternehmen ihre Geschäftspraxis ändern, bräuchte es verbindliche Vorgaben, deren Nichteinhaltung auch sanktioniert werde, so die Präsidentin. „Noch besser wären internationale Vorgaben, die für alle Unternehmen gelten“.

Finanzmittel

Neben Spenden und Kollekten erhielt Brot für die Welt 2015 Mittel des Kirchlichen Entwicklungsdienstes (52,5 Mio.) und Beiträge Dritter (129,8 Mio.), vor allem aus dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ). Insgesamt standen dem Hilfswerk der evangelischen Kirchen und Freikirchen 255,4 Millionen Euro (2014: 254,8 Mio.) zur Verfügung. Davon flossen 94,3 Prozent in die Projektarbeit. Die Ausgaben für Werbung, allgemeine Öffentlichkeitsarbeit und Verwaltung lagen bei 5,7 Prozent. Brot für die Welt liegt damit in der Kategorie „niedrig“ des Deutschen Zentralinstitutes für soziale Fragen (DZI). Es vergibt das DZI-Spendensiegel.

„Brot für die Welt“ wurde 1959 gegründet. Das evangelische Hilfswerk unterstützt Menschen unabhängig von ihrer Volks- oder Religionszugehörigkeit. Schwerpunkte sind die Überwindung von Hunger, die Bewahrung der Schöpfung und die Förderung von Demokratie, Frieden und Menschenrechten.

„Unter einem Dach: Gemeinsam Glauben leben“

Durch Wertschätzung Brücken bauen

Pastorin Jessica Schultka, Redakteurin des Advent-Verlags in Lüneburg, legte ihrer Morgen-Ansprache ein Wort des Apostels Paulus aus dem Römerbrief, Kapitel 12, Vers 10 zugrunde: „Übertrefft euch gegenseitig an Wertschätzung.“ (Übersetzung: BasisBibel). Es gebe viele Gründe, „warum wir uns über andere ärgern können“ und „Brücken bauen nicht funktioniert“, sagte sie. Schultka wolle aber genau dazu ermutigen.

Der Bibeltext des Apostels Paulus zeige: „Brücken bauen fängt in uns selbst an. Wenn wir nachdenken und fühlen.“ Brücken bauen habe in erster Linie etwas „mit unserem Inneren zu tun: mit unseren Werten“. Wer mit anderen auskommen wolle, solle Gutes über ihn denken und gute Motive unterstellen.

Schultka rief zu einer wertschätzenden Haltung im Umgang miteinander auf. Ältere Menschen sollten von den jüngeren lernen und durch Fragen versuchen, sie zu verstehen. Jüngere sollten zuhören, wenn Ältere etwas sagen wollen. Auch in Glaubensfragen sei es wichtig, zu verstehen zu suchen, warum jemand eine abweichende Meinung hat.

Geschichte mit Spannungsfeldern

Dr. Johannes Hartlapp, Dozent für Kirchengeschichte an der Theologischen Hochschule Friedensau, beleuchtete die heutige Situation der Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten unter drei verschiedenen Spannungsfeldern. Diese Spannungsfelder ergäben sich aus der Geschichte der Freikirche und prägten ihre Entwicklung bis heute, so Hartlapp.

Zwischen „Verstand und Herz“ existiere ein Spannungsfeld, da es Adventisten viel mit dem Verstand zu tun hätten, unser Leben heute aber in einem „deutlichen Maß von unserem Empfinden“ bestimmt sei. Ein weiteres Spannungsfeld ergebe sich aus der Erwartung der Wiederkunft Jesu Christi: „Die frühe Adventgemeinde war geprägt von einer ganz großen Motivation: Jesus kommt gleich wieder“, teilte Hartlapp mit. Heute lebten wir aber in einer Zeit, in der es eine religiöse Sättigung gebe. „Wir haben dieses Bekenntnis institutionalisiert.“ Ein drittes Spannungsfeld im Blick auf die Freikirche bestehe zwischen Anspruch und Wirklichkeit im missionarischen Sinne. Fazit des Kirchengeschichtlers: „Wir sollten ehrlich über diese Spannungsfelder reden“.

Das 18. G'Camp der Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten findet als missionarisches Ausbildungstreffen vom 2. bis 7. August auf dem Gelände der Theologischen Hochschule in Friedensau bei Magdeburg statt. Rund 650 Dauerteilnehmende, darunter viele Kinder und Jugendliche, haben sich zu dieser Veranstaltung angemeldet.

G'Camp in Friedensau eröffnet

Pastor László Szabó, Dozent für Gemeindeaufbau und Weltmission an der Theologischen Hochschule Friedensau, wies in seiner Eröffnungsansprache im großen Veranstaltungszelt darauf hin, dass die Kirchengemeinden oft eher „schwarz-weiß“ erlebt würden. „Wo sind die Farben? Wo ist die Vielfalt?“, fragte er. Gott schenke jedem Gläubigen unterschiedliche Gaben. Szabó ermutigte dazu, sich in die Kirchengemeinden mit diesen Gaben einzubringen und so das Gemeindeleben vielfältig zu machen und zu bereichern.

Im Rahmen des G'Camp sind unterschiedliche Veranstaltungen und rund 25 praxisnahe Workshops geplant. Themen wie „Im Dialog mit unseren muslimischen Nachbarn“, „Umgang mit Teenagern“, „Gewaltfreie Kommunikation“, „Wie starte ich ein soziales Projekt?“ oder „Flüchtlingsarbeit als Kirchengemeinde“ werden angeboten. Für Kinder werden zwei Extra-Camps auf dem Zeltplatz angeboten. Ein besonderes Workshop-Angebot für junge Leute von 16 bis 35 Jahren ist die Jugend-Singwoche. Eingeübt und aufgeführt werden Gospel, Pop und Klassik.

Echte Gemeinschaft von völlig unterschiedlichen Menschen sei der beste Beweis für die „Echtheit unseres Glaubens und unserer Mission“, teilte Pastor Bernhard Bleil, Koordinator des G'Camp, unter Bezug auf das Motto der Veranstaltung mit. Hauptsprecher des G'Camp sind die Pastoren Jan Paulsen, ehemaliger Weltkirchenleiter der Adventisten, sowie Saša Gunjevic, Pastor in Hamburg-Grindelberg.
